Heft 9. September 1912. Jahrg. XIV.

Zeitschrift

für

Kolonialpolitik, Kolonialrecht

und

Kolonialwirtschaft.

Herausgegeben

von der

Deutschen Kolonialgesellschaft

unter verantwortlicher Schriftleitung von Hubert Henoch, Berlin W. 35, Am Karlsbad 10.

Inhalt:

Verlag von Wilhelm Süsserott
Hofbuchhändler Sr. Kgl. Hoheit des Grossherzogs von Mecklenburg-Schwerin
Berlin W. 30.

Jährlich 12 Hefte. Preis für das Jahr Mk. 12,—. Einzelnummer Mk. 1.25.

Zeitschrift
für Kolonialpolitik, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaft.

Nr. 9. September 1912. XIV. Jahrgang.

Wesen und Ziele unserer „unsichtbaren Kolonisation“.

Wie bei der Feststellung der Zahlungsbilanz eines Staatswesens die „unsichtbaren Einfuhren“ eine erste Rolle spielen, so eignet unter den mannigfaltigen Kräften, mittels deren die modernen Großmächte ihre politische, wirtschaftliche, kulturelle Weltbedeutung erhalten und ständig auszuweiten suchen, zweifellos ein außerordentliches Gewicht derjenigen Gruppe nationaler Entwicklungsformen und -strebigkeiten, die man als „unsichtbare Kolonisation“ bezeichnen kann. Zu verstehen sind darunter alle jene Bemühungen um völkische und staatliche Machtgewinnung außerhalb der Landesgrenzen, die nicht auf die Schaffung neuer hoheitlicher Rechtstitel in fremden Weltteilen zielen, sondern lediglich die Schöpfung kapital- und kulturwirtschaftlicher Vermögenswerte und werbender Anlagen zu Nutzen der kolonisierenden Nation im Machtbereich anderer Staatsgebilde bezwecken, deren Souveränetät nicht angetastet wird. Daß gerade solcher Art der kolonialen Machtwerdung heute, noch vor wenigen Jahrzehnten nicht geahnte gewaltige, unabmeßbare Fortbildungsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten winken, lehrt die Zeitgeschichte auf allen Blättern und braucht daher hier nicht des Näheren und Weiteren beleuchtet zu werden. Immerhin ist andererseits die Tatsache nicht zu verkennen, daß die Bedeutung, das Wesen, die Tragweite dieses verwickelten Kolonialsystems noch bei weitem nicht genügend gegenüber den viel einfacheren und durchsichtigeren Problemen der sichtbaren Kolonisation gewürdigt, verstanden, kritisiert wird. Daher erscheint es als ein nicht geringes Verdienst Norman Angells, des bekannten Verfassers von „The Great Illusion“, daß er in seiner neusten Schrift „The Mirage of the Map“ den Gedanken der unsichtbaren Kolonisation geschickt in überraschende, neue Belichtungen stellt, so daß er unter eigenartigen, reizvollen, zu tieferem Nachdenken und ungewöhnlichen Wertungen anregenden Formen wieder erscheint.

Angell stellt in umfangreichen Vergleichen die Machtausbreitung Deutschlands, Englands und Frankreichs einander gegenüber und kommt zu dem Ergebnis, daß, wenn man sich nicht durch das Trugbild der Landkarte den Blick für die Tatsachen blenden lasse, offensichtlich wir, nicht die beiden Ententefreunde, in dem Wettstreit die ersten Preise davongetragen hätten und zwar in einer Siegeslaufbahn, die als das achte Wunder der Welt zu bezeichnen sei. Der Ertrag der meisten französischen Kolonien decke die Verwaltungskosten nicht, die Paris aufzubringen habe. Zur Besiedelung fehle es der französischen

Nation, deren Rasse dem Untergang (?) geweiht erscheine, an Stoßkraft. Die Bilanz ihrer Kolonialpolitik sei also die, daß sie durch Entsendung von Beamten- und Soldatentrupps in die überseeischen Schutzgebiete den nationalen Organismus noch mehr entkräfte, als er ohnehin durch die fallenden Geburtenziffern geschwächt werde, dort die Ordnung in der Hauptsache zugunsten anderer volkswirtschaftlich überlegener Staaten herstelle und sogar im Mutterland selbst für deren unsichtbare Durchdringung den Platz freimache. Tatsächlich sei so Frankreich für Deutschland eine bessere Kolonie, als es alle Überseegebiete für Paris sein könnten: heute lebten in Frankreich doppelt soviel Deutsche erwerbstätig als Franzosen in den von der Trikolore beschützten Schutzstaaten, und ebenso überrage der Handel Deutschlands mit Frankreich weit den Wert von dessen Ein- und Ausfuhr von und nach den Kolonien. Ähnlich lägen die Verhältnisse zwischen Deutschland und England. Der britische Handel und ebenso die britische Einwanderung gehe relativ im Verkehr mit allen Ländern zurück, die nicht Albions Weltreich angegliedert seien und sogar mit solchen, die zu ihm gehörten, nämlich mit den Dominions, die eben in Wirklichkeit namentlich wirtschaftlich vollkommen unabhängig seien. Dagegen habe Deutschland seit 1870 einen Bevölkerungszuwachs von 20 Millionen gewonnen, der der gesamten weißen Bevölkerung der britischen Kolonien gleichkomme und wovon ein großer Teil außerhalb der Reichsgrenzen lebend sich als „nationale Kulturarmee" betätige und Deutschlands Handel und Industrie und wirtschaftlichen Einfluß mit Riesenschritten, schneller selbst als das die Wogen beherrschende Weltreich Größerbritannien, voranführe. Als Bilanz alles dessen und als Wahrheitsbild der revidierten geographischen Karte ergäbe sich somit folgendes: Auf der einen Seite zwei Nationen, die ihre politische Herrschaft in den letzten Jahrzehnten ungeheuer ausgedehnt hätten, von denen gleichwohl die eine zusehends an innerer Kraft wie äußerlicher Machtgeltung verliere, die andere nur mit Mühe und ständig wachsender Gefährdung ihre geschichtliche Suprematie behaupte, auf der anderen Seite ein Staatswesen, dessen Gebietszuwachs sich in sehr mäßigen Grenzen halte, das gleichwohl an tatsächlicher Machtschöpfung und Machtdurchdringung der Welt alle seine Wettbewerber überflügelt habe. Brasilien, die La Plata- und die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, China, Rußland, selbst Frankreich, Altengland, das seien die wahren Kolonien Deutschlands, die es ausbeute und sich nutzbar und dienstbar mache, das die verdeckten, unsichtbaren, aber tiefwurzelnden und sturmfesten Grundlagen von Deutschlands Weltmachtgröße.

Offensichtlich ist in diesen Darstellungen um der Zwecksetzung der Schrift willen manches gefärbt, überspannt. Soll aber der Wahrheitskern, der in der Schale solcher Übertreibungen steckt, weiter entwickelt und seiner Bedeutung nach gewürdigt werden, so ist zunächst festzuhalten, daß die unsichtbare kolonisatorische Machtausbreitung eines Staates diesen selbstverständlich nicht der Notwendigkeit entheben kann, an die verhältnisgleiche Ausdehnung und

Entwicklung des sichtbaren Kolonialbesitzes zu denken: andernfalls würde er sehr bald einem Körper gleichen, der nur immer Fleisch, aber keine Knochen ansetzt, ein politisches Gefüge schaffen, das seine Angriffsflächen ständig vermehrt, aber mit keinen Verteidigungsstellen sich panzert. Nebenbei bemerkt, liegt so in Angells Ausführungen mittelbar der bündigste Beweis für die Torheit des jenseits des Kanals gefallenen Worts von dem Luxus unseres Flottenbaues. Wie stark nun die Spannung zwischen dem natürlichen demographischen Ausdehnungsdrang und dem tatsächlichen Ausdehnungsvollzug im Vergleich von Deutschland — und mit ihm der verbündeten mitteleuropäischen Mächte — gegenüber den Ententemächten ist, zeigt folgende Zusammenstellung.

Bundesgruppe	Staaten (Stammland)	Einwohnerzahl auf den qkm	Kolonialbesitz in Hundertteilen des Mutterlandes
Dreibund . . .	Deutschland . .	120	509
	Österreich-Ungarn	76	—
	Italien	121	171
Ententenverband .	Großbritannien .	145	9400
	Frankreich . . .	74	1286*)
	Rußland . . .	24	315

*) Ohne Marokko!

Es hieße voreilig und doktrinär urteilen, wollte man aus diesen Gegensätzen ohne weiteres ein Mißverhältnis zu ungunsten Deutschlands ableiten. Es ließe sich ebensowohl schließen, daß wir vielleicht in der Ausweitung unseres kolonialen Besitzes am ehesten eine vernünftige und auf die Dauer sicherste, heilsame Mitte eingehalten, England und Frankreich im Länderheißhunger sich den Magen übernommen haben. Jedenfalls liegen die Dinge so, daß die Motive unserer Genügsamkeit auf dem Gebiet sichtbarer Kolonisation, deren Rückwirkung der um so stärkere Druck nach dem Gebiet der unsichtbaren Kolonisation hin ist, teils unfreiwillige, teils aber auch freiwillige, selbstgesetzt-programmatische und naturbedingte sind. Auf der einen Seite sind wir zu spät als Weltmacht aufgetreten, um Hauptgewinne unter den vielen Glückslosen, die die Erde jenseits der Meere zu verteilen hatte, uns zu sichern. Und als wir den wenigen Bissen zugesprochen, die von der großen Herrentafel übriggeblieben waren, bildete sich das Eduardsche Ententensystem, das nicht mit Unrecht als ein „Länderverteilungs-Syndikat" bezeichnet worden ist zu dem Zweck, alles noch verfügbare Land an die Gesellschafter unter Ausschluß des eingekreisten Deutschlands zu verpfänden. Auf der anderen Seite zwingt uns schon unsere festländisch-zentrale, in Ost und West bedrohte Lage, sehr vorsichtig und maßhaltend bei der Anlage exponierter Außenforts in fremden Weltteilen zu sein. Wir können den Zielen überseeischer Herrschgewalt nicht, wie England dank seiner insularen Abgeschlossenheit, mit Volldampf, sondern

immer nur mit halbem Dampf zustreben. Unsere vornehmste kulturpolitische Mission besteht jetzt, nachdem der Kampf mit dem Franzosentum so gut wie ausgekämpft ist, im Durchringen des seit Jahrtausenden hin- und herwogenden, noch heute unentschiedenen Riesen-Machtstreits zwischen Deutschtum und Slaventum. Nur weil der Brite in seinem inselhaft begrenzten Denkhorizont und in seiner mangelhaften Kenntnis der europäischen Geschichte keinerlei Verständnis für diese unsere Aufgabe und die daraus fließenden harten Notwendigkeiten hat, ist es möglich, daß noch heute wieder ein Staatsmann von dem Rang Balfours zu dem törichten Gerede — ein milderer Ausdruck ist bei aller sonstigen Wertschätzung des früheren Premiers und konservativen Führers nicht möglich — sich versteigt, Deutschland betreibe eine Gewaltpolitik, die mit dem Weltfrieden und den Völkerrechten unvereinbar sei und mit Krieg und Kriegsandrohung willkürlich spiele. Und durch das Zusammenwirken all dieser hemmenden Faktoren sind wir schließlich auf natürlichem Weg dahin geführt worden, unserer Kolonialpolitik eine sie vom Ausdehnungsstreben aller anderen Weltmächte streng unterscheidende Richtlinie zu setzen. Deutschland zieht eine scharfe Grenze zwischen dem bestellten Boden alter Kulturvölker und dem jungfräulichen, unbestellten Boden wilder oder halbwilder Völker. Des ersteren begehren wir nicht und neiden daher weder England um seinen indischen oder ägyptischen, noch Frankreich um seinen nordafrikanischen und ostasiatischen Besitz. Wir halten dafür, daß sich Europas Kulturmission religiösen und nationalen Gemeinschaften wie dem Mohammedaner-, Hindu- und Chinesentum gegenüber sich eben auf die unsichtbare Kolonisation zu beschränken habe, in der Überzeugung, daß auf die Dauer die Herrschaft der abendländischen Herrenvölker über die Riesenheere jener Volksgruppen doch unhaltbar ist; wir sind nicht befangen vom Dünkel der schlechthinnigen Überlegenheit europäischer Zivilisation, die unserer Auffassung nach keineswegs berufen ist, dem Osten ihre Gesetze aufzuzwingen, vielmehr lediglich freie Helferin am Werk der Wiedergeburt der alten bodenständigen und daher wurzelfesten Staats- und Lebensformen jener Kulturwelten sein soll.

Die rückständigen, minderwertigen, aus eigener Antriebskraft an die zeitgenössische Zivilisation nicht anpassungsfähigen Völker haben noch vor hundert Jahren den weitaus überwiegenden Teil der Erdoberfläche innegehabt und beanspruchen noch heute unverhältnismäßig weite Gebiete für sich nach dem Gesetz, daß, je primitiver die Lebensführung eines Volkes ist, desto größer der Raum ist, den es für seinen Unterhalt und seine Wirtschaftsführung gebraucht. Darin liegt der große und scharfe Gegensatz zwischen den Welten der Kultur und der Barbarei, dessen Ausgleich und Versöhnung auf anderem Wege als dem der verschiedenen Kolonisationssysteme nicht möglich ist. Hinwiederum gilt für eine hochentwickelte Herrennation das Gesetz, daß notwendig, je mehr Grenzen sie in der Umkreisung anderer ebenbürtiger Kulturstaaten zu verteidigen hat, desto geringer ihre absolute politische Ausdehnungskraft nach solchen entlegenen kulturbrachen Gebieten ist. Aus diesen Tatsachen er-

gibt sich weiterhin zwingender Logik, daß wir, ganz im Gegensatz zu dem kriegerischen Ehrgeiz und der nicht zu sättigenden Machtlüsternheit, wie sie uns splitterrichtende, des Balkens im eigenen Auge vergessende Kritiker von der Art Balfours unterschieben, von Natur die denkbar friedliebendste Nation sind. Was die sichtbare Kolonisation anbelangt, so richten sich unsere Augen heute lediglich auf kulturöde Gebiete, wie die mittel- und südafrikanischen, obgleich auch hier unverkennbar die Möglichkeiten der Ausweitung deutschen Besitzes sehr begrenzt sind. Wir müssen unsere Hoffnung darauf stellen, daß im schwarzen Erdteil vielleicht der Besitz solcher europäischen Mächte zweiten Ranges mit der Zeit wieder frei wird, denen die eigene politische und wirtschaftliche Schwäche eine sorgsame Pflege und Entwicklung ihrer Schutzgebiete nicht erlaubt, und daß sich sonst im weltpolitischen Vertragsgeschäft Kompensationsgelegenheiten bieten werden — Aussichten, auf die ja Grey selbst Deutschland hingewiesen hat. Das Hauptlebenselement unserer nationalen Machtentwicklung und -erhöhung muß tatsächlich, wie es Norman Angell richtig darstellt, unter gegenwärtigen Umständen die ihrem tiefsten Wesen nach durchaus friedlich geartete Arbeit auf dem Gebiet unsichtbarer Kolonisation bleiben. Aus dieser Feststellung ergeben sich aber weiterhin unzweideutig die klaren, durchaus nicht, wie es jenseits des Kanals zu behaupten beliebt wird, mysteriösen Ziele unserer Außenpolitik. Deren Forderungen lassen sich auf zwei Gesetze zurückführen: die offene Tür nicht nur im weltwirtschaftlichen, sondern auch im weltpolitischen Gemeinschaftsleben der Völker. Mit anderen Worten, Deutschland verlangt nicht nur Handelsfreiheit und Gleichheit, sondern besteht auch auf denselben Rechten billiger Politik, auf der Anerkennung der Ebenbürtigkeit mit den ersten der Weltmächte bei allen diplomatischen Entscheidungen über der Staaten Schicksale und der Abgrenzung von Macht- und Interessensphären. Es wehrt sich gegen die Versuche, seine Stimme im Rat der Völker stumm zu machen, wie es von dem Ententetrust versucht worden ist. Daß Englands wohlverstandene Interessen mit diesem einseitigen und gekünstelten diplomatischen System der Eduardschen Ära nichts gemein haben, die Einsicht beginnt heute bereits Gemeingut des politisch denkenden Britentums zu werden. Daß sie mit den hier skizzierten Gesetzen und Richtungen unserer Politik nirgendswo unversöhnlich zusammenstoßen, wohl aber viele Berührungspunkte haben, auch diese Erkenntnis bricht sich sichtlich bei allen weitblickenden, nicht von alten Vorurteilen befangenen Staatsmännern des Vereinigten Königreiches Bahn und ist uns das Unterpfand, daß schließlich die vielberedete deutsch-britische Verständigung über alle Irrungen und Wirrungen der Gegenwart hinweg dennoch zu einer beide Parteien ehrenden und zufriedenstellenden Tat und zum ehernen Fundament dauernden Weltfriedens werden wird.

Dr. Frhr. von Mackay.

Bilder aus den Karolinen und Marianen.

Wiederum waren mir 3 Jahre in der Südsee verflossen; ich stand im Begriff, den somit wohl verdienten Urlaub anzutreten. Freunde und Bekannte hatten mir das Geleit an Bord gegeben und waren dann mit einem: Auf Wiedersehen! geschieden. Ihre Boote strebten dort eben dem Lande zu und näherten sich immer mehr dem Schaumkranze, der im ewigen Wechselspiele hüpfender Wellchen und donnernd zusammenbrechender Wogen das gebirgige Saipan umgibt. Gedankenvoll blickte ich den Booten nach. — Jetzt schimmerte ein wehendes Tüchlein herüber, der weißbeschwingten, leicht über den blauen Wogen dahinschwebenden Möwe vergleichbar. Zu gleicher Zeit zerriß der gellende Ton der Dampfpfeife mit kreischender Dissonanz den stillen Frieden, der bis dahin über Meer und Eiland gelegen hatte. Dieser rauhe Laut tat meiner Seele wohl, paßte er doch so gut zu den Gedanken, die mich bewegten. In meinem Herzen regte sich dieses Mal nicht das frohe Gefühl, die Heimat wiederzusehen, nein, eine ernste, düstere Stimmung lastete mit drückender Melancholie auf der Seele des Scheidenden und schien sich sogar auf das blaue Meer, ja die ganze Natur herum verdüsternd niederzusenken. Noch niemals hatte ich in solcher Stimmung die Heimreise angetreten! Das war nicht die Trennung von dem friedlichen Eiland oder von den dort Zurückbleibenden — es war etwas Schwereres, etwas Unsagbares! —

In wenig Tagen würde ich Ponape wieder betreten, jene Insel, auf der ich das erste Jahr meiner diesmaligen Dienstperiode zugebracht hatte. Ja, das war es, was meinen Sinn so umdüsterte, meinem Gedankengange einen so melancholischen Untergrund gab. Vier frische Gräber meuchlings ermordeter Freunde und Bekannter würde ich dort sehen, Beamter gleich mir, die alle an einem Tage der Hinterlist verräterischer Eingeborenen zum Opfer fielen. Mit drei der jetzt unter dem kühlen Rasen Schlafenden war ich wenige Wochen vorher noch fröhlich beisammen gewesen, mit einem der Märtyrer verband mich sogar innige Freundschaft. Hatte ich mich doch während der Unruhen, welche zu meiner Zeit auf Ponape herrschten, in Not und Gefahr eng an ihn angeschlossen. Darum hatten wir also die Nächte durchwacht, die Tage in angestrengter Tätigkeit hingebracht, damit feiger Hinterlist nachträglich gleich vier Opfer fallen sollten! — Ich blickte empor. Aber mitleidlos, im heiter

lächelnden Blau spannte sich der Himmel über mir und ruhig wogten die Wellen zu meinen Füßen. Geschehen bleibt geschehen. Wozu also mit dem Schicksal hadern?

Ein Windchen leis' durchs Tauwerk geht,
Raunt mir ins Ohr: verweht, verweht.

Wir waren mittlerweile in den ca. 10 Meilen breiten Kanal zwischen Saipan und dem benachbarten Tinian eingetreten, einer langhingestreckten Insel, deren gewaltige, steil zur See abfallenden Ufer eine Landung fast unmöglich machen. Sie ist von Herden wilder Rinder und Schweine, von Ziegen und Hunden bewohnt, deren Ursprung auf eine hier zur spanischen Zeit existierende Niederlassung zurückzuführen ist. Tinian ist die Fleisch-

Ponape. Metalamin-Ruine.

kammer Saipans und der weiter südlich liegenden, leider in amerikanischem Besitze befindlichen Hauptinsel der Marianen, dem starkbevölkerten Guam. — Während wir so längs der Küste dahindampften, flogen meine Gedanken zurück in jene Tage, wo ich auf diesem, nur von wenigen eingeborenen Jägern bewohnten Stückchen Erde weilte. Ich sah die braunen, kräftigen Leute, welche unter der Leitung eines europäischen Pächters das verwilderte Vieh abschießen und zu Trockenfleisch verarbeiten, vor mir, ich sah auch das Haus, welches uns damals aufnahm. Ich schlenderte durch die nur aus 8 Hütten bestehende Ansiedlung und betrat den Wald, der eine eigentümliche Reliquie längst dahingegangener Zeiten birgt. Es sind das gewaltige Steinsäulen von ca. 4 Meter Länge. Nur eine steht noch aufrecht, die anderen warf das Erdbeben des Jahres 1902 um. Zwei der am Boden liegenden sind heute noch zu sehen, die anderen wurden im Laufe der Zeit von Gebüsch und rankenden Schlingpflanzen so überwuchert, daß jede Spur von ihnen verschwunden ist.

Zur Zeit der Entdecker stand hier noch eine mächtige Steinruine, der die heute vereinsamten Säulen als Träger dienten. Staunend betrachteten die Spanier das ungeheure Bauwerk, das auf der menschenleeren Insel in tiefster Einöde um so imponierender wirkte. Aber bereits damals wußte keiner der Eingeborenen eine Auskunft über den Zweck oder Ursprung desselben zu geben. —

Allmählich blieb auch diese Insel hinter uns zurück. Der Wind wurde frischer, die Wogen der offenen See hoben unser gutes Schiff im gleichmäßigen Schwunge. Mir aber hob der frische Hauch gleichfalls die Brust. Tief atmete ich auf, frei schweifte mein Blick über die gewaltige Wasserfläche. Mit einem Male war es mir, als trügen mich Flügel empor und dann sah ich zu meinen Füßen ausgestreckt die reiche Inselflur dieses größten aller Meere. Wie Sterne erglänzten seine zahlreichen Eilande auf dem blauen Wogen-Untergrunde. Hier sah man einzelne, dort bildeten sie dichtgedrängte Haufen und weiterhin zogen sich gar langgestreckte, an Sternbilder gemahnende Ketten derselben hin. Unter ihnen fielen einzelne bedeutende Inseln ins Auge, die sich aus dem Schwarm der kleinen ebenso hervorhoben wie die Fixsterne am nächtlichen Firmament, welche die unzählbare Sternmenge ringsum, durch Glanz und Größe beschämen zu wollen scheinen. Nach Süden zu dehnte sich, fast an die Milchstraße gemahnend, eine langhingestreckte Masse von Inseln und Inselchen aus, die Welt der Karolinen. Im fernen Osten erhoben sich die charakteristischen Bergkonturen Ponapes, noch ferner das gleichfalls gebirgige Kusai, welches gewissermaßen den Grenzstein gegen die Marschallgruppe bildet. Zwischen diese Inseln erster Ordnung schieben sich überall große und kleine ein, welche Phantasie und Laune mit vollen Händen über den Ozean zerstreut zu haben scheint. — Dann wandte sich mein Blick nach dem Norden. Wie ganz anders war das Bild, was sich mir jetzt darstellte! Dort schien ein Mathematiker tätig gewesen zu sein, der zuerst mit Hilfe eines Zirkels einen Kreisbogen zog, auf dem er die Marianen verteilte und zwar so, daß sie von Süden her an Größe beständig abnehmen, bis es zuletzt nur noch unfruchtbare Klippen sind, auf denen höchstens Seevögel hausen. Dafür entbehren sie aber nicht einer wildromantischen Schönheit, die den größeren fehlt. In einsamer Majestät ragen diese weltentrückten Nordinseln aus einem Meere empor, das nicht müde wird zu den Füßen der Herrscher die vom offenen Ozeane heranrollenden, lichtgekrönten Wellen zu zerschellen, deren Schaum sie somit einer ewigen Weihrauchwolke gleich umwallt. Wohl alle diese kleinen Inseln bergen in ihrem unheilschwangeren Schoße ein unterirdisches Feuer, das bald dumpfbrüllend gewaltigen Feuerschein emporsendet, bald aber in sich zusammenzusinken und verlöschen zu wollen scheint. Gleich mächtigen Trauerfloren hängen gewaltige, schwarze Rauchmassen an den Spitzen der Bergwipfel und flatterten je nach dem herrschenden Winde bald nach dieser, bald jener Himmelsrichtung hin. Fast scheint es, als ob die düstern Vulkane trauerten, daß sie allein des schmückenden Grünes entbehren müssen, des sanften Rauschens der Blätter und des erquickenden Schattens,

während doch die tieferliegenden Teile der Inseln längst von niederem Buschwerk, ja von Kokospalmen bedeckt sind, die in einzelnen Fällen sogar ausgedehnte Wälder bilden. Menschenleer sind sie alle, nur zeitweise weilen dort einzelne Vogelfänger. Die bemerkenswertesten davon sind:

1. Sarigan.
2. Guguan.
3. Assongsong.

Obgleich die Karolinen scheinbar regellos über das Gebiet zerstreut sind, fällt bei näherer Betrachtung ihre reihenförmige Anordnung ins Auge. Die Tiefseelotungen zeigen, daß die Inseln auf unterseeischen Erhebungen liegen, die auf weite Strecken hin parallele Faltungen des Meeresbodens bilden. Sie erinnern somit an die Anordnung der Gebirgssysteme Inner-Asiens. Denkt man sich dieses versenkt, so würden wir eine der heutigen Südsee entsprechende Landverteilung vor uns haben. Daß hier einstmals ein altes Festland bestand, erscheint somit zweifellos; ob dasselbe aber mit einem der heute existierenden Kontinente zusammenhing, bleibt ungewiß. Was den etwa 1000 Kilometer langen Bogen des Marianenrückens anlangt, so war er früher ein Teil des heutigen asiatischen Festlandes, das sich vor der Entstehung des japanischen Meeres von Sibirien, der Mandschurei und China aus über Sachalin, Korea und Japan bis gegen den 12. nördlichen Breitengrad hin erstreckte. Das südlichste Stück ging von Mitteljapan aus und bildet heute den erwähnten unterseeischen Rücken, der nirgends tiefer als 1000 Meter unter das Meeresniveau herabsinkt. Auf ihm erheben sich die Bonin-, weiter die Marianeninseln. Im Süden trennt ihn eine auf 8200 Meter herabgehende Grabensenkung von den Karolinen. Östlich und westlich von unseren Inseln ist überall Tiefsee, ja gerade hier wurden die größten bisher gemessenen Meerestiefen gefunden.

Über die frühere Beschaffenheit dieser Gegenden hat uns die Wissenschaft neuerdings höchst überraschendes mitzuteilen gewußt. In einer fernen Erdperiode, der Jurazeit, lag nämlich der Nordpol allem Anscheine nach in der Gegend von Südjapan. Damals herrschte hier die größte Kälte. Gewaltige Schneefelder deckten das Land, Eisberge trieben in der dunklen, monatelangen Polarnacht auf den Wogen dahin. Krachend stießen die Riesen aneinander und zerschmettern sich gegenseitig, während bald furchtbare Schneestürme das grausige Bild verhüllten, bald des Mondes kaltes Silberlicht die Trostlosigkeit der Szenerie mehr hervorhob als milderte. In derselben Zeit aber wuchsen auf Grönland und Spitzbergen Brotfruchtbäume, Plantanen und andere, immergrüne Pflanzen, wovon zahlreiche Versteinerungen, namentlich des letzten Landes, wo ich selbst zu sammeln Gelegenheit hatte, Kunde geben. Bei der folgenden Abschmelzung und Senkung würde der ganze Marianenrücken vollständig unter Wasser verschwunden sein, wenn nicht zur Tertiärzeit der Vulkanismus eingesetzt und dadurch die heutigen Inseln erschaffen hätte.

Weiter und weiter glitt der Dampfer. Ich sah mich selbst, wie ich vor fast 4 Jahren wieder in die Südsee herauskommend, mit derselben „Germania“, die mich jetzt heimwärts trug, kurz vor Ponape auf ein Riff geriet. Es war eine helle Mondnacht, wir schliefen bereits seit mehreren Stunden, als uns plötzlich ein kräftiger Stoß weckte. Ich bedaure von allen jenen in Romanen so gruselig-schön beschriebenen Sensationen nichts gemerkt zu haben. Alles ging höchst prosaisch zu. Unglücklicherweise hatten wir mehrere hundert Mortlockinsulaner, darunter viele Frauen und Kinder, an Bord, die von ihren durch Taifun verwüsteten Eilanden, wo Hungersnot herrschte, nach Ponape überführt wurden. Wir saßen mehrere Tage auf dem Korallenriffe fest, doch blieb die See ruhig, so daß sowohl Frauen als Kinder gelandet werden konnten. Auch kam der Dampfer, allerdings erst nachdem ein großer Teil der Ladung über Bord geworfen war, schließlich wieder frei. — Unvergessen aber werden mir die Stunden bleiben, wo die Dampfwinden mit ruhiger Geschäftigkeit aus den Tiefen des Schiffsraumes Lasten von Kisten emporhoben, an denen man las: Lebensmittel, Wein, Champagner, die dann von den kaum bewegten Wellen mit gleichmäßigem Plätschern in Empfang genommen wurden. Bald war die ganze Umgebung des Schiffes bedeckt von unzähligen treibenden Kisten und Ballen, welche von den mit ihren Auslegerbooten herbeigeeilten Eingeborenen eifrig aufgefischt wurden. — Die Tücke des Schicksales wollte es dann, daß jenes Stahltau, an welchem wir uns mit Hilfe einiger ausgebrachter Anker endlich von dem Riffe heruntergezogen, im letzten Momente in die Schraube geriet, worauf das nunmehr frei, aber auch unlenkbar gewordene Fahrzeug langsam dem am Horizonte mahnend emporragenden Jokoitsfelsen zutrieb. Glücklicherweise führte die Strömung das hart geprüfte Schiff nicht dorthin, sondern auf eine Sandbank in der Bucht von Kiti, so daß dieses zweite Festkommen keinen weiteren Schaden anrichtete. Nachdem das Drahtseil glücklich herausgemeißelt war, konnte der Dampfer seine Reise fortsetzen.

Ponape besteht völlig aus Basalt, dessen Gebirgszüge die Insel ganz erfüllen. Sie fallen fast überall steil, an einzelnen Punkten sogar senkrecht ab. Dichter Wald, den zahlreiche umgestürzte Stämme fast unzugänglich machen, bedeckt seine steilen Abhänge, seine turmähnlich aufragenden Felsmassen. Überall aber rieseln aus den in grüner Dämmerung daliegenden Schluchten kleine Quellchen hervor, die leise plätschernd unter den üppig stehenden Kräutern dahinziehen, wobei ihr Silberfaden nur hier oder dort einmal sichtbar wird. Sie scheinen es eilig zu haben, zum Meere zu kommen, in munteren Sprüngen drängen sie abwärts und stürzen sich dann ohne Besinnen, weißschäumend über das schwarze Ufergestein hinweg in das Bächlein, mit dem vereint sie unter dem dichten Schattendache der Brotfruchtbäume weiter ziehen. Wenn der Unterlauf häufig gemäßigt dahinfließt, so wird er zur Regenzeit immer zu einem rauschenden Strome, welcher nicht nur große Mengen von Rollsteinen, sondern auch bedeutende Quantitäten von Humus zutal führt,

um sie an seiner Mündung abzulagern. Da die Wasserläufe zahlreich sind, umgibt das abgelagerte Material die Küsten gürtelartig und erreicht eine solche Ausdehnung, daß es vollkommen einem niederen Vorlande gleicht, zumal da diese weiten Sumpfflächen mit dichten Mangrovenbüschen, aber auch mit hohen, aus dem Schlamme emporwachsenden Bäumen bedeckt sind. Nur mit

Saipan. Mein erstes Wohnhaus (japanisches Haus)

Mühe halten sich die Flüsse in diesem breiartigen Gemische von Erde und Wasser schmale, sonderbar gewundene Rinnen offen, welche von den auf allen Seiten emporstrebendem Gebüsche mauerartig eingefaßt werden.

Auf Ponape herrschten eigentümliche Zustände. Die früheren Besitzer der Insel, die Spanier, hatten mit den Eingeborenen nicht fertig werden können. Alle ihre kriegerischen Unternehmen mißglückten. — Wenn wir hören, daß sich unter den Beamten ein Philippino befand, welcher, wie alle seine Lands=

leute, die Spanier aus tiefstem Herzensgrunde verabscheute, so erscheint das nicht gerade wunderbar. Der tötliche Haß zwischen den beiden Völkern führte bekanntlich schließlich zu jenem blutigen Aufstande, der Manila und die Philippinen in amerikanischen Besitz brachte. Nach vielfachen Versuchen, die Ponapesen zu unterwerfen, zogen sich die Spanier in ihre mit einer Mauer umgebene Ansiedlung zurück, die übrigens Tag und Nacht bewacht wurde. Aus jener Zeit stammt das Tor, welches heute noch zu sehen ist. Als das Deutsche Reich die Insel übernahm, waren, wenn ich mich recht besinne, einige 40 Malaien angeworben worden, welche zu Soldaten ausgebildet wurden. Es ist klar, daß man mit einer so geringen Macht bei Streitigkeiten der etwa 3000 Seelen zählenden Eingeborenen nicht groß eingreifen konnte, sondern auf gütliche Verhandlungen angewiesen war. Der erste Gouverneur von Ponape und seine Nachfolger haben es denn auch mit großer diplomatischer Geschicklichkeit verstanden, der überaus schwierigen Situation gerecht zu werden, ohne indessen in der Lage zu sein, ihrem Willen energischen Nachdruck zu verleihen.

Der Ponapese ist von Natur schon sehr für sich eingenommen; durch die „Siege" über die Spanier, die rücksichtsvolle Behandlung, die ihm zuteil wurde, hatte sich die Wertschätzung seines lieben „Ichs" so gesteigert, daß sie von Größenwahn nicht mehr weit entfernt war. Hiervon nur einige Beispiele: Zu gleicher Zeit mit mir kam ein neuer Bezirksamtmann nach Ponape, dieser ordnete an, unsere farbigen Soldaten sollten vor den Häuptlingen nicht mehr präsentieren. Das wurde gleich als beleidigend empfunden. — Die Häuptlinge, ihre Leute übrigens auch, waren gewöhnt, das gesamte Personal, überhaupt alles was amtlich war, als zu ihrem Bedarfe bestimmt anzusehen. Vogelflinten, die sie zur Taubenjagd „brauchten", wie ich belehrt worden bin, wurden ihnen sogar von Amts wegen gratis repariert. Ich habe mich vergebens gefragt, welches Interesse denn vorliegen könnte, diesen unzuverlässigen Leuten Gelegenheit zu Schießübungen zu geben. Ich möchte noch einige weitere Fälle anführen, die mich selbst betreffen: Eines schönen Tages kam ein Häuptling zu mir und forderte mich auf, seine kranke Frau zu besuchen. Da ich hörte, das betreffende Dorf sei 3 Stunden weit entfernt, erkundigte ich mich zunächst, was ihr denn fehle und erfuhr, sie hätte einen bösen Fuß. Nach der weiteren Schilderung konnte ich das Leiden nicht für so bedenklich halten, daß ich deshalb die Schwerkranken im Hospital einen Tag lang hätte allein lassen müssen. Deshalb bedeutete ich dem Häuptling, er möge seine verehrte Gemahlin doch gefälligst per Boot herbringen. Damit war ich aber an den Unrechten gekommen. Er verzichtete lieber auf die Behandlung, als daß er sich selber weiter bemüht hätte. — In einem anderen Falle war ich 2 Nächte außerhalb bei einer kranken Frau, die ich operierte. Die Angehörigen hielten es nicht einmal für nötig, sich irgendwie zu bedanken. Sie hatten mir morgens und abends je ein entsetzlich zähes Huhn gekocht, von denen ich, da man durch die Sitte dazu gezwungen ist, auch aß. Beim Scheiden

mußte ich für den gehabten Genuß 2 Mark bezahlen. — Von den kleinen Stämmen, welche Ponape bewohnen, haben sich einige der katholischen, andere der protestantischen Mission angeschlossen. Genau wie zur Reformationszeit die protestantische, d. h. die bürgerliche Partei der Katholischen, d. h. den Geschlechtern feindlich gegenüberstand, so auch hier, wo sich Religions- und politisches Bekenntnis in weitaus den meisten Fällen deckt, ja decken muß!

Tinian. Haus des Pächters.

Vertritt doch jede dieser Gruppen das Interesse bestimmter eingeborenen Stämme sowohl den anderen als auch der Regierung gegenüber. —

Die Unruhen begannen mit einer Reiberei zwischen Katholiken und Protestanten, wobei es zur Brandstiftung und Verwüstung der Felder kam. Durch das schnelle Eingreifen des Bezirksamtmannes, der die Häuptlinge beider Parteien zur Ruhe ermahnte, wurde das drohende Blutvergießen verhindert. Doch hatten sich die Gegner bewaffnet und beobachteten sich gegenseitig voll Argwohn. Andere Stämme schlossen sich dieser oder jener Partei an, kurz es sah bedenklich genug aus.

Eines schönen Tages erhielten wir denn auch die Nachricht von einem geplanten nächtlichen Überfall der Kolonie. Unsere Lage war nicht die beste. Wir waren 4 Beamte, wozu noch ein bejahrter Kaufmann kam; ich selber konnte auch nicht mehr ganz für voll gerechnet werden. Das Soldatenmaterial bestand aus einigen Malaien und älteren Truckeingeborenen, die in den langen Friedenszeiten sich mit den Ponapesen verschwägert und mehr oder weniger eng angefreundet hatten. Großer Staat war damit entschieden nicht zu machen! — Jeder Europäer erhielt zunächst eine Anzahl scharfer Patronen sowie ein Mausergewehr, welches für Wochen hindurch eine beliebte Dekoration jedes Schlafzimmers blieb. „Sollte in keinem besseren Haushalte fehlen," scherzten wir damals. Dann wurde ein regelrechter Wachtdienst eingerichtet, welcher unter dem wechselnden Kommando der beiden jüngeren Beamten stand. An den Wegen, die zur Ansiedlung führten, wurden mit Eintritt der Dunkelheit Posten ausgestellt, regelrechte Patrouillen durchstreiften nächtlicherweile die sonst so friedliche Ansiedlung. Dem Umstande, daß wir von dem geplanten Überfalle vorher Kenntnis bekommen hatten, sowie dem Geschicke des Bezirksamtmannes, der unermüdlich war, die Häuptlinge in ihren oft weit entfernten Dörfern aufzusuchen und zum Frieden zu ermahnen, ist es zu verdanken, daß es nicht zu offenen Feindseligkeiten kam. Indessen die allgemeine Spannung war eine große, überall gärte es. Eines schönen Tages segelten die Kriegskanus in stattlicher Anzahl an unserer Ansiedlung vorbei, da die betreffende Partei auf einem benachbarten Inselchen über Krieg oder Frieden beraten wollte.

In dieser schwierigen Lage lud der Herr Bezirksamtmann die Häuptlinge zu einer allgemeinen „Versöhnung" zu sich, ein Schritt, der ihm sicher nicht leicht gefallen ist. War doch das Zusammenbringen der feindlichen Elemente in der Kolonie ein nicht ungefährliches Experiment, freilich aber auch die einzige Möglichkeit, den Ausbruch eines allgemeinen Krieges zu verhüten. Der Versuch glückte momentan. Trotz ihres Versprechens, unbewaffnet erscheinen zu wollen, hatten zwar einzelne Stämme, wie wir später erfuhren, Gewehre in ihren Kanus verborgen. Doch mußte die kampfeslustige junge Mannschaft wohl oder übel Ruhe halten, da jeder Häuptling in feierlicher Weise die Verantwortung für das Tun seiner Leute hatte übernehmen müssen. Das Feuer glimmt natürlich unter der Asche weiter.

Ich will nicht näher darauf eingehen, wie durch ein dänisches Segelschiff, das einlief, Nachricht von unserer üblen Lage nach Herbertshöhe gebracht wurde. Nach einigen Wochen langten Neu-Guinea-Soldaten an, später S. M. Kriegsschiffe Condor und Jaguar. Diese Ereignisse wirkten naturgemäß abschwächend auf die Kriegslust der Ponapeleute ein. Indessen konnte sich doch niemand verhehlen, daß mit dem notdürftig ausgeflickten Frieden etwas Dauerndes nicht geschaffen sei. Bei der oben geschilderten Sinnesart der Eingeborenen mußte die geringste Reibung den seit langem angesammelten Zündstoff zur Explosion bringen. Das ist dann ja leider auch geschehen! Wir

dürfen aber hoffen, daß das vergossene Blut nicht nutzlos gewesen ist, und das von nun an ein strenges Regiment einsetzt, welches die aufgeblasenen Tagediebe von Ponape zu fleißigen Arbeitern erzieht! —

Doch meine Gedanken schweiften weiter. Ich sah mich im Geiste auf Kusai, wohin ich zur Bekämpfung einer Ruhr-Epidemie entsandt war, der dritten, die ich im Jahre durchmachte. Dort lebt als einziger Europäer ein alter dänischer Kapitän, welcher Plantagenbau und Handel betreibt. — Schon mit dem Dampfer vorher war der Oberhäuptling von Kusai — Charly nannte

Tinian. Eingeborenen-Hütte.

sich der Brave im Privatleben — von meinem bevorstehenden Besuche benachrichtigt und ihm aufgegeben worden, eine Wohnung für mich instand zu setzen. Im letzten Momente entschloß sich der Herr Bezirksamtmann, Herrn Sekretär G..... mitzuschicken, welcher die neueingeführte Kopfsteuer erheben sollte. Nichts Angenehmeres konnte mir geschehen! Das Robinsonleben von 8 Wochen, welches mich erwartete, ertrug sich zu zweien gewiß leichter als ganz allein. Indessen war Charly nur auf eine Person vorbereitet und hatte nur eine kleine Hütte instand gesetzt. Hinsichtlich des Platzes waren wir somit mehr als beschränkt. Als unsere beiden schmalen Feldbetten aufgestellt waren, blieb noch gerade so viel Raum, daß sich ein Mensch dazwischen bewegen konnte. Einige in das Dachgebälk geschlagene Nägel dienten zum Aufhängen von Kleidungsstücken. Weiteren Komfort konnten wir uns aber nicht leisten. Die

morgenliche Säuberung mußte z. B. auf der etwa fußbreiten zur ebenen Erde befindlichen Veranda vorgenommen werden. Dort wurden auch die umgekehrten Waschschüsseln unter dem Dache aufbewahrt. — Aus alten Kistenbrettern improvisierte unser kunstreicher Koch einen Tisch. Auf der einen Seite saß ich auf meinem Reisekoffer, auf der anderen Seite mein Gefährte, der auf einer hohen Kiste thronend beim Essen vornehm auf mich herabblickte, obwohl ich meine gesellschaftliche Position durch ein untergelegtes Kissen und einige Zeitungen möglichst zu erhöhen suchte. Der Tisch, ebenso auch die erwähnten „Stühle" nahmen die ganze Breite des Vorbaues ein, somit mußte bei gelegentlichen Besuchen des erwähnten Händlers einer von uns an der einzigen, noch unbesetzten Tischseite, d. h. im Freien platznehmen. — Da es in der Hütte ziemlich dunkel war, man auf unserer sog. Veranda aber vor dem himmlischen Nasse keinerlei Schutz fand, waren wir gezwungen, bei Regen im Bette zu bleiben. Manchmal haben wir so mit kurzen Unterbrechungen 24 Stunden, so gut es eben gehen wollte, hingebracht, wobei ich immer lebhaft den Dachs und andere Tiere beneidete, welchen die gütige Natur die Gabe verliehen hat, in einen langdauernden Winterschlaf zu verfallen.

Unsere Hütte besaß zwar kein Fenster, wohl aber vier Türen. Das wäre ja sehr schön gewesen, hätten wir diese nur nach Belieben öffnen und schließen können. Dazu reichte aber der Platz nicht aus, wenigstens was die beiden an den Längsseiten befindlichen anbetraf. Hier war nur ein Dauerzustand möglich. Wir ließen also die nach der Wetterseite hin liegende Tür geschlossen, die entgegengesetzte blieb beständig auf. — Ich freute mich nicht wenig, daß mir gerade der Platz an der freien Luft zugefallen war, merkte aber bald, daß dieser auch seine Schattenseiten habe. Wenn nämlich Regen und Sturm nachts so recht um die Hütte sauste, dann warf er neckisch ganze Fluten auf mein schuldloses Haupt. Wollte ich nicht mich selbst und das amtliche Feldbett bis zum Morgen total zerweichen lassen, so mußte ich, zu nicht geringer Freude meines Gefährten, aufstehen. Dann hieß es erst, die Ruhestätte beiseite schieben, die Tür schließen, endlich das Bett an seine alte Stelle zurückbringen, nun erst konnte ich mich wieder dem Schlummer hingeben. Indessen das Menschenherz ist ein Drachennest, und Rache ist süß, und so freute ich mich denn nun meinerseits, wenn mein Gefährte in der immer drückender werdenden Atmosphäre sich schlaflos bald auf diese, bald auf jene Seite warf, während ich mit derjenigen Ruhe, die ein gutes Gewissen verleiht, allmählich in Morpheus Arme zurücksank.

Nachdem wir uns einigermaßen eingerichtet hatten, verfehlten wir nicht, dem Oberhäuptling unsere Aufwartung zu machen. Er residierte ganz in unserer Nähe in einer Rohrhütte, die ein schöner Baum beschattete. Von weiteren dekorativen Gegenständen bemerkte ich nur eine alte Schiffsglocke sowie einige Wäschestücke von zweifelhafter Sauberkeit, die auf der Veranda zum Trocknen aufgehängt waren, ferner ½ Dutzend junger Damen. In

einer dunklen Ecke seines eben geschilderten Palastes fanden wir den hohen Herrn auf einer Matte liegen, da er seit längerer Zeit an Rheumatismus litt. Neben ihm präsentierte sich seine Gemahlin, die übrigens auf den schönen Namen Casuar hörte; sie war eine mehr durch Fett als durch Würde hervorragende, sonst aber nicht üble Landesmutter. Es wurde für uns sogleich ein nur für feierliche Gelegenheiten vorhandener Stuhl herbeigeholt. Offenbar war dieses Prunkstück das einzige seiner Art, ein zweiter erschien nicht, somit mußte ich mich denn auf eine der herumstehenden Kampferkisten niederlassen, die in der Südsee überall als Behälter für Kleider usw. dienen. Die braune

Tinian. Säule.

Majestät war, wie sich herausstellte, in Höchst Ihrer Jugend als Matrose auf amerikanischen Schiffen gefahren und konnte sich somit in dem Südsee-Englisch recht geläufig ausdrücken. — Wir überreichten unsere Geschenke (Tabak usw.), wofür später Bananen und zwei Ananas bei uns eintrafen. Von ersteren wurden eine ganze Anzahl von Büscheln herbeigeschleppt, so daß ich innerlich schon die Noblesse des Gebers loben wollte. Von dem Händler hörte ich aber, die Bananen seien in diesem Jahre auf Kusai so häufig, daß selbst die Kühe sie nicht mehr fressen wollten. — Man sieht, selbst hier, wo alles täglich zweimal in die Kirche ging, war Biederkeit ein unbekannter Begriff geworden! — Trotzdem tat mir aber Charly leid. Früher war er ein bedeutender Häuptling gewesen, der über Leben und Tod unbegrenzt schaltete. Dann hatte die Boston-Mission, die einen ausgeprägt demokratischen Charakter trägt, ihm die Macht aus den Händen gewunden. Somit

war er heute nur noch ein Schatten einstiger Größe. Zwar hatte er noch die 8 traditionellen Köche, aber selten fiel es einem seiner Untertanen ein, ihm wie früher Lebensmittel zu liefern. Niemand brachte ihm mehr den schuldigen Tribut, während das Geld reichlich in die Kasse der Mission floß. Dabei waren seine ehemaligen Untertanen ihm so aufstützig, daß einige junge Leute sich tätlich an ihm vergriffen hatten. Der gerade damals durch Kusai kommende Gouverneur hatte auf eine Klage hin die Übeltäter für einige Jahre zur Zwangsarbeit in Neu-Guinea verurteilt; nur diesem Umstande verdankte der alte Herr, daß seine Autorität nicht vollkommen zusammenbrach. Somit fristete denn Charly sein Leben in ziemlich unfürstlicher Weise. Die Haupteinnahmequelle bildete die erwähnte, übrigens gesprungene Glocke, die um 8 Uhr abends geläutet wurde. Dieses Zeichen bedeutete, der gute Bürger habe sich nunmehr in sein Haus zu verfügen. Leider ist aber die Jugend, wie wir ja alle wissen, besonders wenn schöner Mondschein auf Land und See liegt und der Nachtwind erfrischende Kühle fächelt, nur zu geneigt, sich alsdann mit der Herzallerliebsten im Freien noch etwas zu ergehen und zärtliche Beteurungen zu tauschen. So war es auch auf Kusai! Indessen Charly hatte Aufpasser angestellt, die jedes etwa erspähte Pärchen anzeigten, worauf es zugunsten seiner, meist so leeren Kasse, je nach den Vermögensverhältnissen der Übeltäter, bis zu 20 Mark gebüßt wurde. Da Charly absolut nicht zu rechnen verstand, befand er sich häufig in der Klemme, und er mag wohl öfters gewünscht haben, wenn die Jugend doch weniger tugendhaft, resp. weniger schlau wäre, damit seine Aufseher nicht so oft hinters Licht geführt würden.

Den wichtigsten Teil von Kusai bildet nicht die gebirgige Hauptinsel, auf ihr lebt nur gewöhnliches Volk, sondern ein kleines, flaches Koralleneiland an der Ostseite namens Lele. Hier wohnt nicht nur der erwähnte Oberhäuptling und alle anderen Honoratioren, sondern auch der Händler. Das Inselchen ist von gewaltigen schwarzen Mauern durchzogen, die aus riesigen, oft zentnerschweren Basaltblöcken ohne ein Bindemittel zusammengefügt sind. Hier und dort, aber stets in einiger Höhe über dem Boden, sieht man fensterartige Öffnungen von Türgröße. Die Bauten galten und gelten wohl auch heute noch für das Werk von Geistern. Lele ist somit heiliger Boden, den nur die Häuptlinge, die früher wohl zugleich Priester und Zauberer waren, nebst ihren Familien bewohnen. Der gemeine Mann durfte die Insel bei Todesstrafe nicht betreten; wurde es ihm bei besonderen festlichen Gelegenheiten erlaubt, so hatte er sich dort kriechend fortzubewegen.

Ein Teil der vom Urwalde ganz überwucherten Bauwerke dient sozusagen als Erbbegräbnis für die Häuptlinge. Er steht deshalb noch heute im Rufe besonderer Heiligkeit. Auch sollten, was mich mehr interessierte, die Ruinen dort besonders gut erhalten sein. Indessen darf ich das aus eigener Anschauung als Irrtum bezeichnen, ja ich stehe nicht an, jene Partie der Ruinen, in der wir wohnten, für weit interessanter zu erklären.

Nach dem Innenstrande zu waren leider die früheren Mauerreste abgetragen und zur Erhöhung des Bodens benutzt worden. Wenige Schritte seitlich von unserer Hütte befand sich eine Art, einstmal offenbar an der See beginnender Hohlweg oder Graben, dessen Wände und Boden aus Basaltblöcken zusammengefügt waren. Er führte landeinwärts zu einer schwarzen Mauer, die in geringer Entfernung vor einem hochaufsteigenden, an die Ruine eines mächtigen Schlosses erinnernden Gemäuer dahinlief und somit einen Gang von etwa Meterbreite bildete. Dieses besteht aus einer Anzahl von viereckigen Räumen, die am besten mit großen, von hohen Mauern umschlossenen Gefängnishöfen verglichen werden. Gebäude in europäischem Sinne waren es nicht; schon wegen ihrer Größe können sie niemals ein Dach gehabt haben. Des weiteren ist jedes Viereck mit teilweiser Benützung der Wand des benachbarten erbaut. Man hat somit den Eindruck, als ob je nach Bedürfnis immer ein neuer Hof angefügt sei. Wenn wir von den erwähnten fensterförmigen Öffnungen absehen, so existiert keinerlei Verbindung zwischen den einzelnen Räumen, auch zwischen ihnen und dem erwähnten Gange. Letzterer diente ganz offenbar zu Verteidigungszwecken. Dicht hinter seiner Außenwand befindet sich nämlich, aus flachen, loseliegenden Steinen bestehend, eine Art Ballustrade. Auf dieser standen jedenfalls die Verteidiger, welche von ihrem erhöhten Standpunkte aus mit um so größerer Gewalt auf die Angreifer herabschlagen konnten, als sich früher wohl noch ein Graben vor der Mauer hinzog.

Wie diese zum Teil gewaltigen Felsblöcke, die noch dazu über See hergekommen sein müssen, ohne maschinelle Vorrichtungen aufeinandergetürmt werden konnten, bleibt fast unausdenkbar. Es müssen hier, ähnlich wie bei den Pyramiden, größere Menschenmengen unter einheitlichem Kommando gearbeitet haben. Obwohl man über den Ursprung der Ruinen nichts Genaueres weiß, so ist doch soviel sicher, daß es malaiische Stämme waren, die sie erbauten, Angehörige der räuberischen Orang-Laut, der „Männer von der See", wie sie sich selber nennen. Diese auch wohl als Meeres-Zigeuner bezeichnete Völkergruppe — von den heutigen Repräsentanten nenne ich nur die berüchtigten Piraten des Sulu-Archipels, sowie die kopfabschneidenden Dajak auf Borneo — spielte bis zur Erfindung der Dampfschiffe in den Südmeeren dieselbe Rolle wie die Wickinger zur Zeit Karls des Großen. Ganz wie jene brandschatzten sie mit Hilfe ihrer schnellen Schiffe alle Küsten und Inseln. Sie erschlugen die Männer, führten Frauen und Kinder als Sklaven fort, raubten alles, was nicht niet- und nagelfest, und waren mit ihrer Beute verschwunden, ehe sich die Überfallenen von ihrem Schrecken erholten.

Sehr interessant ist ein kleiner Wasserlauf in den Ruinen. Er nimmt seinen Ursprung nahe des Außenstrandes, wo das Wasser unterirdisch von der See aus in eine Art Kessel eindringt. Von hier fließt er schräg durch das Eiland, um sich der Hauptinsel gegenüber zu ergießen. Als ich mir dieses, heute übrigens ganz versandete Wässerchen ansah, fielen mir große, flache

Steine auf, die offenbar als Anlegestellen für Boote gedient haben. Auch erheben sich, die Ufer des Bächleins bildend, hohe schwarze Mauern, die unwillkürlich die Idee von Speichern wachrufen. Möglich daß hier der Raub ausgeladen und zunächst verwahrt wurde!

Eine ähnliche Ansiedlung gibt es übrigens auch auf Ponape, in der Landschaft Metalanim. Hier bilden die Höfe eine Art von kleiner Stadt, deren Straßen indessen Kanäle sind, ganz wie in Venedig, auf denen Boote verkehren können. In den Ruinen von Ponape hat man einzelne Steingeräte und anderes gefunden, in Kusai ist indessen bisher nichts zutage gekommen. Diese Seltenheit von Funden deutet wohl darauf hin, daß die Bauten immer nur zeitweise stärker bewohnt waren. Wahrscheinlich zog sich die für gewöhnlich zerstreut auf der Insel hausende Bevölkerung nur in Notfällen dorthin zurück. Der festungsartige Charakter, der namentlich bei den Ponapebauten klar zutage tritt, befähigte sie die Rolle der von Heinrich dem Großen angelegten Städte zu spielen, welche beim Einfalle der Hunnen die Landbevölkerung schirmend in ihre Mauern aufnahmen.

Dann sah ich mich endlich an meinem Bestimmungsorte Saipan landend. Halb auf dem weißen Sandstrande lagen zahlreiche Boote, dahinter erhebt sich, von Kokospalmen halb verdeckt, die Ansiedlung Garapan. Ich durchwanderte unser von ca. 2000 Menschen bewohntes Dörflein, freute mich der sauber gehaltenen, chaussierten Straßen, die von grünen sorglich geschnittenen Hecken eingefaßt, sich rechtwinklig kreuzen. Etwas zurück liegen auf Pfosten sich erhebende Häuser, aus deren Fenstern bei unserer Annäherung ein Haufe kleiner Zottelköpfe neugierig hervorschaut. Das Dach besteht aus den Blättern der Kokos, die gekalkten Wände aus dünnen japanischen Brettern. Der nette Eindruck, den das Ganze macht, wird noch dadurch gehoben, daß man vorn, unter der Regentraufe, häufig einige Blumen angepflanzt. Wem Bretter zu teuer sind, der bleibt bei dem ursprünglichen Material. Er stellt den Fußboden aus den schlanken Stämmen der Betelpalme her, während die Wände aus den gespaltenen Stengeln des über Mannshöhe erreichenden Savanengrases (Nete) geflochten werden. Die Wohlhabenden besitzen hübsche Steinhäuser, die den spanischen Einfluß, der ca. 200 Jahre lang der herrschende war, deutlich erkennen lassen. Schmale Balkone, türgroße, unten durch ein leichtes Geländer gesicherte Fenster erinnern lebhaft an die Heimat des Cervantes.

Um das Haus herum liegt der von einem primitiven Zaune umschlossene Hof. Hier stehen zweiräderige, plumpe Karren, neben denen das Zugvieh angebunden ist. Hühner und Enten laufen herum, während unter dem Hause ein Schweinchen sich schmatzend bemüht, seinen Leibesumfang möglichst zu vergrößern. Weiterhin sieht man auch im Schatten eines Baumes die Frau oder Tochter des Besitzers, die in einer flachen, viereckigen Holzschüssel, batéa genannt, Wäsche säubert und sie dann zum Trocknen über die Hecke breitet. — Der dörfliche Eindruck Garapans wird abends, wenn die Leute vom Felde heimkehren, noch bedeutend verstärkt. Dann belebt sich die Hauptstraße mit

Ochsenkarren, auf denen sich die Familie zwischen den aufgetürmten Bündeln von Bananen und anderen Feldfrüchten verstaut hat. Mann, Weib und Kind hocken vergnügt auf dem federlosen Gefährt, offenbar froh, des Tages Last und Hitze hinter sich zu haben, lassen sie sich von der geduldigen, an einem Nasenringe gelenkten Kuh dem heimatlichen Herde zu schleifen. Dazwischen

Saipan. Ehemaliges Amtshaus, heute Schule.

wandern Männer, die langen fusiños über der Schulter. Diese auf Deutsch Stoßeisen genannten Instrumente bestehen aus einer Stange, an der oben ein scharfes T-förmiges Eisen befestigt ist. Sie dienen zur Lockerung des Bodens und stellen das gewöhnliche Ackerbaugerät der hiesigen Bevölkerung dar. Alles aber trägt an der Seite das schwere halbarmlange Buschmesser, ohne das man in Wald und Feld keinen Schritt vorwärts tun kann. — Zu Fußgängern und Wagen gesellen sich als drittes Element kühne Reiter, meistens junge Leute, welche ihren Tieren verwegen die nackten Hacken in die

Seiten stoßen, so daß der geduldige Ochs oder die brave Milchspenderin in einen gelinden Trab verfällt. Dann springt wohl hinter irgendeinem Hause ein kläffender Hund hervor und nötigt den allzu kühnen Helden zu einiger Mäßigung, denn er möchte doch nicht riskieren, im Angesicht der Schönen ringsum plötzlich sehr unkavaliermäßig den Boden zu küssen.

Braune, nackte Karolinerkinder und die etwas helleren, bekleideten der Chamorro grüßen bei unserer Annäherung mit einem lauten „Guten Tag". Manche stürzen auf den sich Nahenden los, als wollten sie ihn über den Haufen rennen, bleiben dann aber plötzlich stehen, legen militärisch die Hand an die nicht vorhandene Mütze und schreien in unverkennbar deutsch-ungarischem Dialekte: „Guten Abend". Die Begrüßung wirkt anfänglich sehr verblüffend, erklärt sich aber dadurch, daß der erste Regierungslehrer auf Saipan ein Landsmann des bekannten Barons Mikosch war.

Die heutigen Chamorro sind ein Mischvolk. Als die Spanier unsere Inseln „christianisierten", wurden nämlich die Männer einfach totgeschlagen, die Frauen aber an die Söldner verheiratet. Da die Kinder das Sprechen von der Mutter lernen, überstand das ursprüngliche Idiom diese Wandlung der Dinge, obwohl es naturgemäß viele spanische Wörter und Wendungen aufgenommen hat.

Die Karoliner sind von Hause aus Fischer, die Chamorro dagegen Ackerbauer. Durch den sehr lohnenden Anbau der Kokospalmen gelockt, gingen indessen auf Saipan viele Leute des ersten Stammes zu dem ihnen ursprünglich fremden Berufe über, ohne es indessen so weit zu bringen wie die Chamorro, die bereits auf einer ganz bedeutenden, nicht durchweg erfreulichen Kulturhöhe stehen. Sie sind zum Teil recht wohlhabend. Ja, die Frauen und Töchter der Reichsten kleiden sich nach neustem amerikanischen Geschmacke. An Tanzabenden erscheinen sie nicht selten in rauschender Seide, mit moderner Haarunterlage aus Drahtgeflecht, welche das starke schwarze Haar zu einem faustdicken Wulste rings um den Kopf herum aufbauscht. Ebensogut wie unsere jungen Damen verstehen sie es, sich im Walzer- oder Polkatakte nach den Klängen des Pianos zu drehen, welchem ein eingeborener Maurermeister, im Nebenamte Tonkünstler, moderne Weisen entlockt, etwa: Wir brauchen keine Schwiegermama oder ähnliches. Noch als ich nach Saipan kam, habe ich wiederholt gesehen, daß manche der Holden barfuß und in Pantoffeln tanzten, bei der letzten Kaisers Geburtstagsfeier konnte ich mich indessen überzeugen, daß diese Periode vorbei ist. —

Weiter sah ich mich durch das Dorf wandern. Vor mir erhebt sich die Regierungsschule, ein stattlicher Bau. Ursprünglich als Bezirksamt benutzt, wurde er 1902 durch ein Erdbeben umgeworfen, worauf das Amt an eine andere Stelle verlegt, das wieder erstandene Haus aber für Unterrichtszwecke bestimmt wurde. Damals war auch der größte Teil des Dorfes zerstört, welche Gelegenheit der um Saipan höchst verdiente Bezirksamtmann F..... benützte, an Stelle des bis dahin regellosen Chaos von Hütten und Häusern

das anheimelnde Bild eines regulären Dorfes zu setzen. — Wenn wir jetzt dem Schulhause näher kommen, so hören wir schon von weitem den Chorus der Abc=Schützen. Offenbar beschäftigt man sich im Augenblicke mit einem ebenso nützlichen wie im praktischen Leben viel genannten Haustiere. „Der Esel hat einen Bauch," tönt es vielstimmig. — „Noch einmal." — „Der Esel

Guipan. Ehemaliges Amtshaus, heute Schule.

. . . ." Dann wird diese interessante Tatsache einzeln abgefragt. „Nun, wer will es noch mal sagen?" — „Ick, ick, ick, Herr Lehrer," schallt es von allen Seiten. (Die Aussprache des Ch gelingt den Kindern selten.) So geht es weiter. Ehe wir scheiden, werden wir gewiß noch Zeuge des ebenso wichtigen wie unumstößlichen Faktums, daß der Esel auch einen Schwanz hat. — Die Schule wird von einem europäischen Lehrer geleitet, unter dem vier eingeborene Hilfslehrer arbeiten, zwei davon sind Chamorro, zwei Karoliner.

Nachdem die Kinder eine genügende Grundlage im Deutschen erlangt haben, erfolgt in der oberen Klasse der gesamte Unterricht in dieser Sprache. Die Lehrfächer entsprechen denen unserer Volksschule, mit Ausschluß von Geschichte und Religion. Letztere wird von der hier allein vertretenen katholischen Mission in ihren eigenen Räumen erteilt.

Auf Saipan ist das Lehrerdasein übrigens noch ein ganz Teil mühseliger als in Deutschland. Bleibt ein Schüler aus dem Unterricht fort, so pflegt Herr H..... zunächst bei mir anzufragen, ob der Betreffende etwa krank ist. Wenn diese Vermutung nicht zutrifft, macht sich der vielgeplagte Jugendbildner, je nachdem zu Fuß, zu Pferde oder per Ochsenkarre auf, seine räudigen Schäflein zusammenzusuchen. — Besonders befähigte Jungen werden übrigens nach vollendeter Schulzeit von der Regierung nach Tsingtau zur weiteren Ausbildung geschickt. Sie lernen dort Schuster, Schmied, Maurer, Zimmermann, oder was sonst gerade für ein Handwerker in der Kolonie fehlt oder erwünscht ist. (Eine wertvolle Bereicherung des Schulprogrammes bildet der Handarbeitsunterricht, welchen die Frau des Stationsleiters P........... aus freien Stücken erteilt. Bei ihr lernen die zukünftigen Hausfrauen nicht nur Kleidernähen, flicken und stopfen, sondern auch sticken, häkeln und andere in dieses Gebiet fallende Künste.) —

Dann schweiften meine Gedanken weiter. Vor mir sah ich auftauchen das Hospital, in dem ich zuerst unter recht schwierigen Umständen gearbeitet habe. Ganz deutlich lag es da und vor der Tür des Häuschens hielt bereits das Ochsenfuhrwerk, mit dem ich Schwerkranke in den Dörfern zu besuchen pflegte.

Flüchtig gedachte ich auch meines Wohnhauses, in dessen Räumen ich so manche frohe, aber auch weniger angenehme Stunden verlebt hatte. Zu letzteren gehört namentlich ein Taifun, während dessen ich 3 Tage lang zwischen meinen schleunigst in Kisten und Koffern verpackten Effekten saß und dem Toben des Unwetters lauschte. Nur das Bett stand noch, aber schon lag der Strick bereit, gegebenenfalles auch Decke und Matratze zusammenzubinden, um ihr Fortfliegen möglichst zu verhindern. Wenn einem das Dach über dem Kopfe entführt wird, so ist das gewiß schlimm, schlimmer ist aber der andauernde Regen der nun alles durchweicht und verdirbt. Lebhaft stand mir Ponape vor Augen, wo die bei einer ähnlichen Gelegenheit obdachlos gewordenen Europäer 3 Tage lang neben und unter einem gestürzten Baumstamme kampiert hatten. — Aber der Mensch gewöhnt sich an alles! Als ich am dritten Morgen aufwachte, war das Toben der Elemente vorbei. Der Sturm hatte nächtlicherweile noch den Berg herab gerade auf eine Ecke meines damaligen Hauses zu eine Schneise durch den Wald gebrochen, war aber durch einige Felsen von demselben abgelenkt. Der Schaden, den er auf Saipan anrichtete, war nicht groß, obwohl er einige Hütten umgeworfen, viele Bäume entwurzelt, Kokos ihrer Kronen beraubt, Wege beschädigt und eine Brücke zerstört hatte, so daß die Reparaturen immerhin einige 1000 Mark betrugen. —

So zog in visionsartigen Bildern an meinen Augen das vorüber, was ich in der letzten Dienstperiode gesehen und erlebt hatte. Unwillkürlich fragte ich mich: „Was wird die nächste bringen? Wird dir die Zeit auf dem friedlichen Saipan in ernster, stiller Arbeit verlaufen oder wirst du wieder bald hier bald dort mit jenen unheimlichen Gewalten, den Epidemien, hart um das Leben dieser Kranken zu ringen haben? Wirst du aufs neue den Tod lieber Freunde beklagen, vielleicht selbst als Opfer fallen?" — Wahrlich schön ist es draußen, wo die Erde andauernd im jugendlichen Grün prangt, wo das leise Glucksen der Wildtauben melodisch durch die stille Abendluft tönt und ein leichtes Säuselwindchen mit den silberleuchtenden Blättern ewig grüner Palmen spielt.

Indessen, wo viel Licht, da ist bekanntlich auch viel Schatten! Und so dachte ich denn der fernen, von der Natur weniger begünstigten Heimat, in deren gemäßigten Breiten aber dafür das Leben um so ruhiger, ich möchte sagen gesitteter abläuft als hier, wo schwere Krankheitsformen, heimtückische Eingeborene so recht das Wort illustrieren: „Heute rot, morgen tot."

Während mich so der Dampfer durch die verheißungsvoll rauschenden Wellen dahintrug, dem fernen Vaterlande zu, da empfand ich wieder einmal was doch die Heimat jedem fühlenden Herzen bedeute und willig stimmte ich dem Dichter bei, der sie über alles preist, indem er sagt:

Bin durch die Alpen gezogen,
Wo die Lawine rollt.
Sah, wie in Meereswogen
Tauchte der Sonne Gold.

Aber freudig ich tauschte
Alpen und Meeresstrand
Für das tannendurchrauschte
Nordische Vaterland.

Dr. med. Schnee, Kaiserl. Regierungsarzt auf Saipan.

Neu-Kamerun.

Das Reichs-Kolonialamt hat als vierten Band seiner Veröffentlichungen soeben ein Buch erscheinen lassen, betitelt „Neu-Kamerun; das in dem Abkommen vom 4. November 1911 von Frankreich an Deutschland abgetretene Gebiet, beschrieben auf Grund der bis jetzt vorliegenden Mitteilungen von Dr. Karl Ritter". Die Arbeit, die anscheinend zuerst nur für den inneren, amtlichen Gebrauch und für die Information des Reichstages beabsichtigt war, ist im Laufe der Bearbeitung über den Rahmen einer eigentlichen Denkschrift hinausgewachsen und daher auch der weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Das ist bei dem immer mehr zunehmenden Interesse weiter Bevölkerungskreise für unseren überseeischen Besitz und bei der Aktualität des Gegenstandes, der lange Zeit im Mittelpunkt des politischen Interesses gestanden hat, um so mehr zu begrüßen, als es bisher an einer zuverlässigen und zusammenfassenden Informationsquelle gefehlt hat.

Das Buch behandelt im ersten Abschnitt die natürlichen Verhältnisse Neu-Kameruns und bespricht zunächst das Südgebiet, dann den Sangazipfel, dann das Ostgebiet. Die natürlichen Verhältnisse scheinen danach im großen und ganzen denen des bisherigen Kameruner Hinterlandes zu entsprechen. Die Bevölkerung ist der in Altkamerun stammverwandt. Die Vegetation ist die gleiche: zum größten Teil Urwald. Der Urwald enthält große Reichtümer an Kautschuk, Elfenbein, Ölfrüchten und Nutzhölzern. Einzelne Teile sollen ganz hervorragende Kautschukbestände haben. Der Verfasser tritt dem Schlagworte entgegen, daß dort durch Raubbau alles schon ausgebeutet sei. Das treffe nur für kleine Gebiete zu. Es seien noch große, ganz unberührte Kautschukdistrikte vorhanden. Dem nördlichen Teile Neu-Kameruns wird eine große Zukunft als Baumwolland gegeben, wenn er einmal durch Eisenbahnen an den Weltverkehr angeschlossen sein wird. Sehr bemerkenswert ist, was über die klimatischen und gesundheitlichen Verhältnisse gesagt wird. Die meteorologischen und klimatischen Verhältnisse gleichen im wesentlichen denen Altkameruns, und die gesundheitlichen Verhältnisse in unserem bisherigen Kameruner Gebiete sind im allgemeinen nicht besser als im neuen Gebiet. In einzelnen Teilen scheint Neu-Kamerun allerdings in dieser Beziehung besonders schlecht zu sein. Das gilt vor allem vom Sangazipfel und vom

Mittellaufgebiete des Sanga, wo die Schlafkrankheit wütet und auch unter Weißen zahlreiche Opfer fordert. Der Sangazipfel, eines der viel besprochenen „Fühlhörner", scheint großenteils ein mächtiges Überschwemmungsgebiet zu sein, das geringe wirtschaftliche Möglichkeiten bietet. Aber gerade bei diesem Gebiete soll ja von vornherein der politische Wert eine größere Rolle für den Erwerb gespielt haben als der wirtschaftliche.

Im zweiten Abschnitte werden Handel, Verkehr und Arbeiterfrage besprochen. Die Handelsentwicklung war in Französisch-Äquatorial-Afrika, zu dem Neu-Kamerun bisher gehört hat, im letzten Jahrzehnt fortwährend aufsteigend; allerdings mehr zugunsten der Ausfuhr als der Einfuhr, so daß Französisch-Äquatorial-Afrika als Typ der Ausfuhrkolonie angesehen werden kann. Aus dem Verhältnis der Ausfuhr zur Einfuhr wird einerseits der Schluß gezogen, daß bisher die Investierung zu wirtschaftlichen Zwecken gering war, daß aber andererseits die bisherigen hohen Ausfuhren nur durch den großen natürlichen Reichtum des Landes ermöglicht worden sind. Die natürlichen Reichtümer des Landes seien noch weit davon entfernt, erschöpft zu sein. In den letzten Jahren sei auch mehr Rücksicht auf die dauernde Erhaltung der natürlichen Reichtümer genommen worden als in früheren Jahren. Bei der Besprechung der Verkehrsmöglichkeiten wird zunächst festgestellt, daß in ganz Französisch-Äquatorial-Afrika bisher noch keine Eisenbahn für den allgemeinen Verkehr vorhanden ist. Diese Rückständigkeit im Eisenbahnbau erklärt sich hier aber daraus, daß im Kongoflußgebiete ein weitverzweigtes Schiffahrtsnetz zur Verfügung steht, an dem auch Neu-Kamerun hervorragend Anteil hat. Die ganze wichtige Schiffahrtsstraße des Sanga liegt in Neu-Kamerun und bildet nicht nur für das neue Gebiet den natürlichen Ein- und Ausfuhrweg, sondern wird voraussichtlich eine intensivere wirtschaftliche Inangriffnahme des alten Kameruner Hinterlandes ermöglichen. Auch an der Ubangischiffahrt nimmt das neue Gebiet teil. Wichtig ist hier die neue, allerdings noch nicht endgültige Feststellung, daß die Schnellen von Singa nicht unterhalb des deutschen Ufergebietes im Ubangi liegen, sondern oberhalb oder wenigstens auf der gleichen Höhe, so daß also während des ganzen Jahres Dampfer bis an den Ubangizipfel herankommen können. Das ist bekanntlich bisher bestritten worden. Das für die Etappenstraße wichtige Mao-Kabi-Problem wird ausführlich besprochen. Seine Lösung ist für den nördlichen Teil Neu-Kameruns und auch des alten Nordgebietes von größter Wichtigkeit. Die Bevölkerung wird im allgemeinen als nicht ungeeignet zur Arbeit geschildert, besonders die Bevölkerung des Nordgebietes soll fleißig und geschickt sein und auf einer verhältnismäßig hohen Stufe der Kultur stehen.

Der dritte Abschnitt behandelt die bisherige Verwaltungs- und Finanzorganisation. Für die Allgemeinheit hat das weniger Interesse.

Der vierte Abschnitt behandelt sehr ausführlich die Konzessionsgesellschaften nach ihren wirtschaftlichen, finanziellen und rechtlichen Verhältnissen. In Betracht kommen 8 Gesellschaften. Davon sind vier aber von unter-

geordneter Bedeutung, da sie nur mit verhältnismäßig kleinen Teilen in deutsches Gebiet fallen oder in Liquidation sind. Von den übrigen vier Gesellschaften sind die Ngoko-Sanga-Gesellschaft und die Cie. forestière Sanga-Ubangi die wichtigsten. Die erstere liegt mit ihrem ganzen Gebiete, die letztere mit 3/5 ihres Gebietes in Neu-Kamerun. Die Cie. forestière arbeitet mit einem Aktienkapital von 12 Millionen Franken. Ihre Aktien sind an der Pariser Börse eingeführt und werden gegenwärtig mit etwa 280 Franken (Nennwert 100 Franken) notiert. Die Frage der Konzessionsgesellschaften ist bekanntlich auch auf der Berner Konferenz behandelt worden, ohne in allen Einzelheiten schon endgültig gelöst worden zu sein. Über diese für unser neues Gebiet so wichtige Frage kann die Veröffentlichung also noch keine abschließende Feststellung geben.

Der Hauptwert der Veröffentlichung scheint uns darin zu liegen, daß sie auf Grund eingehenden Studiums ein vollständig objektives Bild der tatsächlichen Verhältnisse gibt. Die Nachteile und Vorzüge unseres neuen afrikanischen Landes werden einander rein sachlich gegenüber gestellt. Dadurch daß das Nachteilige ohne Beschönigung zugegeben wird, gewinnt das zum Vorteile Neu-Kameruns Gesagte um so mehr an Bedeutung. Es wäre daher durchaus einseitig, wenn man nur Schlimmes an unserem neuen Besitze sehen wollte.

Alles zusammenfassend, wird man zu dem Ergebnis kommen, daß wir mit Neu-Kamerun ein Land erworben haben, das in einzelnen kleineren Teilen zwar geringen Wert hat, das in seinem weitaus größten Teile aber große natürliche Reichtümer und weite Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft bietet. Andererseits wird man sich nicht verhehlen dürfen, daß die Verwertung dieser Reichtümer in manchen Teilen durch widrige klimatische Verhältnisse und durch den Mangel an billigen Verkehrswegen noch sehr erschwert ist. Wie überall in Afrika stellt sich also auch hier die Verkehrsfrage in den Mittelpunkt aller Kolonisationsfragen.

L. R.

———

Brehm's Tierleben;
Allgemeine Kunde des Tierreichs.

Als sich das Bibliographische Institut in Leipzig vor einigen Jahren an Professor Dr. Otto zur Strassen mit der Bitte wandte, „Brehm's Tierleben" in neuer, veränderter Auflage herauszugeben, war es die Aufgabe des berufenen Herausgebers, dem in weitesten Kreisen unseres Volkes eingebürgerten und bewunderten Werke seine Vorzüge zu erhalten, darüber hinaus aber derartige Ergänzungen und weitgehende Änderungen bei Anordnung des Stoffes vorzunehmen, daß die gewaltigen Ergebnisse der neueren Forschung gebührend in die Erscheinung traten. Eine weitgehende Umgestaltung des beliebten Werkes war infolgedessen unvermeidlich; diese aber ließ sich am besten zum Zwecke der Aufklärung dann durchführen, wenn sich die Berufensten der Berufenen unserer Zoologen in den zu bearbeitenden Stoff teilten. Bei dieser Arbeitsteilung fiel die Wahl für Bearbeitung der Säugetiere auf den unter den Männern der zoologischen Wissenschaft in allererster Reihe stehenden Direktor des Berliner zoologischen Gartens, Professor Dr. Ludwig Heck. Ludwig Heck hat seine Qualifikation zur Übernahme der sehr ehrenvollen ihm übertragenen, aber nicht leichten Arbeit durch seine wissenschaftlichen und praktischen und in Verbindung mit seiner Tätigkeit im zoologischen Garten der Reichshauptstadt vollbrachten Leistungen bewiesen. Durch seine wissenschaftliche Bedeutung gelangte er längst zu Weltruf; seinem praktischen Wirken ist es in erster Linie zu danken, daß der Berliner zoologische Garten sich zu dem entwickelt hat, was er heute ist. Dr. Ludwig Hecks Arbeit umfaßt die Bände X—XIII im neuen Brehm. Der erste Band hiervon ist nunmehr erschienen. Das Erscheinen desselben bietet mir willkommenen Anlaß, ihm in dieser Zeitschrift die besten Wünsche mit auf den Weg zu geben und seine Lektüre wärmstens zu empfehlen.

Dieser erste Band enthält zunächst eine ganz neu von Ludwig Heck geschriebene, reich illustrierte anatomische Einleitung, von der besonders auf die hochinteressante Besprechung der geistigen Fähigkeiten und auf die Erörterung über die Bewegungsweise, Hand und Fuß, sowie über die geographische Verbreitung hingewiesen sei. Weiterhin ist es dem Verfasser gelungen, die Bedeutung jeder einzelnen Säugetierform aus dem Zusammenhang zwischen

Körperbau und Lebensweise verständlich zu machen und die Zahl der im „Brehm" behandelten Säugetiere derart zu vermehren, daß der Belehrung heischende Leser das Werk nicht mehr vergebens um Rat befragen wird.

Die Schilderungen Hecks werden ergänzt durch treffliche Illustrationen unserer besten Künstler, unter denen Wilhelm Kuhnert, Friese, Hartig, Rungius erwähnt sein mögen. Der erste Band enthält sonst die Kloakentiere, Beuteltiere, Insektentiere, Flattertiere, Erdferkel, Schuppentiere (darunter das Steppenschuppentier, der bwana mganga, der Herr Doktor der Suaheli, so genannt, weil jedem seiner Körperteile besondere Heilkraft innewohnen soll), Gürteltiere, Ameisenfresser und Faultiere.

In den folgenden Bänden kommen auch die das ganz besondere Interesse der Allgemeinheit erregenden größeren Säugetiere in unseren Kolonialbesitzungen, auf die wir seinerzeit zurückkommen werden, zur Behandlung. Aber schon der jetzt vorliegende X. Band des Brehm ist in hohem Grade geeignet, gleich den anderen „Brehm's Tierleben" neue Freunde zuzuführen.

Rochus Schmidt.

Tagung des deutsch-südwestafrikanischen Landesrats im Jahre 1912.

(Schluß.)

Wir fügen hier eine Übersicht über den Etat der Militärverwaltung von Deutsch-Südwestafrika für 1913 ein:

Der Etat der Militärverwaltung des Schutzgebietes sieht für 1913 u. a. vor: 1 Kommandeur, 4 Stabsoffiziere, 13 Hauptleute, 70 Leutnants, 2 Feuerwerksleutnants, 1 Oberstabsarzt, 3 Stabsärzte, 16 Oberärzte, 1 Stabsveterinär, 8 Veterinäre, 2 Intendanturräte, 2 Kriegsgerichtsräte, 2 Stabsapotheker, 1 Zahnarzt, 31 Feldwebel, 23 Vizefeldwebel, 288 Unteroffiziere, 164 Gefreite und 1280 Gemeine — im ganzen 1970 Köpfe. 1913 sind 403 Köpfe abzulösen. Der Ablösungstransport wird Mitte Oktober 1913 in der Heimat zusammentreten, der Heimsendungstransport Mitte Januar 1914 in Deutschland eintreffen. Die Gesamtsumme der Personalausgaben für die weißen Angehörigen der Schutztruppe beträgt 3 550 745 Mk. Hinzu kommen 131 600 Mk. für die 589 Farbigen und 4 332 330 Mk. an Pensionsgebührnissen für ehemalige Schutztruppenangehörige. Zu versorgen sind 59 Offiziere, 18 Sanitätsoffiziere, 98 Beamte, 5 Deckoffiziere, 514 Feldwebel, 1122 Unteroffiziere, 544 Sergeanten und 5293 Gemeine. Für künstliche Gliedmaßen, Fahrstühle usw. müssen 16 730 Mk. bezahlt werden, für die Hinterbliebenen von Gefallenen 68 600 Mk. Der Lazarettbetrieb erfordert 131 600 Mk., die Verwaltung der Dienstgebäude 320 000 Mk., die Frachtkosten 264 000 Mk., Reise- und Umzugsgebührnisse und Ausrüstungsgelder 271 600 Mk., die Ausrüstung der Truppe selbst 1 143 500 Mk., das lebende Inventar 480 600 Mk., die Verpflegung der Menschen und Tiere 3 416 300 Mk., die Ablösungstransporte 261 950 Mk. — Unter den einmaligen Ausgaben sind u. a. verzeichnet 326 000 Mk. für Hochbauten, 53 000 Mk. für Vermessungsarbeiten, 99 000 Mk. als 2. Rate für 2 Funkenstationen, 106 000 Mk. zur Vervollständigung des medizinischen und ökonomischen Etats (neu), 732 976 Mk. zur Tilgung der Überschreitung der Ausgaben der Militärverwaltung für 1910 (neu), 10 000 Mk. für Beschaffung von Flugfahrzeugen (neu) und 900 Mk. als Ortszulagen für die Beamten im Bezirk Lüderitzbucht (neu).

Die Tätigkeit der Feldwebel in der Schutztruppe legt ihnen eine große Verantwortlichkeit auf, insbesondere deshalb, weil sie bei der Verwal-

tung der den Truppenteilen zugewiesenen Bestände vielfach selbständig handeln müssen. Fällt der Unterzahlmeister aus, so gehen zum Teil auch noch dessen Geschäfte auf ihn über. Die Erhöhung der Gebührnisse der Feldwebel um 500 Mark entspricht daher nur der ihnen gegenüber den anderen Unteroffizieren auferlegten höheren Verantwortlichkeit. Durch die Gewährung höherer Gebührnisse wird es auch möglich sein, geeignete Personen länger dem Dienste in der Schutztruppe zu erhalten. Bei 30 Etatsstellen errechnet sich ein Mehrbedarf von 15 000 Mark.

Das Dispositiv „Farbiges Personal" ist in „Farbige Angehörige der Schutztruppe" geändert worden. Im Interesse des Dienstes soll dadurch das bisher nur privatrechtliche Dienstverhältnis des farbigen Personals zur Schutztruppe fester begründet werden. Eine Änderung in der bisherigen Verwendung des farbigen Personals als Wagenleute, Treiber, Fahrer usw. tritt hierdurch nicht ein.

Für das Rechnungsjahr 1913 sind folgende Neubauten in Aussicht genommen: Zur Vollendung der Unterbringung der Kompagnie in Kabus: 1 Kaserne 9000 Mk., Kammergebäude und Nebenanlagen 9000 Mk.; zum Ausbau von Chamis: 1 Wohngebäude für 2 Offiziere 4000 Mk., 1 Kaserne für 20 Mann 6000 Mk.; zum Ausbau von Outjo: 1 Wohngebäude für 2 Offiziere 4000 Mk., 1 Kaserne für 30 Mann 10 000 Mk.; zum Ausbau des Proviantamts Keetmanshoop 44 000 Mk.; zum Ausbau des Hauptsanitätsdepots Windhuk 39 000 Mk.; für einen Haferschuppen beim Proviantamt Karibib 10 000 Mk.; für den Ausbau nebst innerer Einrichtung des Lazaretts Windhuk 50 000 Mk.; für Anlagen beim Zweigmagazin Kalkfontein-Süd 30 000 Mk.; für Ausbau des Sanitätsdepots Keetmanshoop 30 000 Mk.; für Ausbau nebst innerer Einrichtung des Bekleidungsdepots Windhuk 1. Rate 25 000 Mk.; zur Errichtung von Wohnhäusern für verheiratete Unteroffiziere in Windhuk 1. Rate 20 000 Mk.; für Bau von 3 Revierkrankenstuben in Chamis, Gochas und Ukamas je 10 000 Mk. = 30 000 Mk.

Der Kompagnie in Chamis ist vom 1. 4. 1912 ab ein Maschinengewehrzug, der als selbständige Formation aufgelöst wurde, zugewiesen; diese Verstärkung fordert Erweiterung der Bauten. Die Gebäude in Outjo sind sehr baufällig; dazu sind die Posten Okaukweyo und Zeßfontein aufgelöst und in Outjo zusammengezogen. Schaffung neuer Wohnungen für Offiziere und Mannschaften ist notwendig. Karibib ist jetzt nach Auflösung des Proviantamts Windhuk Hauptmagazin des Nordens geworden. Die vorhandene Unterkunft für die Bestände ist unzureichend. Der Hafer lagert zum Teil unter freiem Himmel — nur mit Planen bedeckt. Es soll deshalb ein einfacher Schuppen aus Wellblech errichtet werden. Das alte Lazarett Windhuk entspricht nicht mehr den einfachsten Anforderungen der modernen Krankenpflege. Die Geschlechtskranken sind in alten Döckerbaracken untergebracht, in denen jede Temperaturschwankung sich empfindlich bemerkbar macht.

Zweckentsprechende Räume für Geisteskranke sind mit Ausnahme einer schmalen, dunklen Zelle, überhaupt nicht vorhanden, ihre Schaffung ist ein dringendes Bedürfnis. Geplant ist: Erbauung eines Operationshauses 23 000 Mk., Einrichtung von Räumen für Geschlechtskranke 800 Mk., Gebäude für Geisteskranke 23 000 Mk., Ausstattung mit Operationstischen, Schränken usw. 3200 Mk., zusammen 50 000 Mk. — Das jetzige Bekleidungsdepot Windhuk ist ein altes, morsches Gebäude, in dem die Bestände in einem Wert von etwa 3 Millionen Mark bis unter das Dach dichtgedrängt gestapelt lagern. Die Folgen dieser Lagerung bei einer Feuersgefahr sind nicht zu übersehen. Es muß ein großer massiver Lagerschuppen errichtet werden, dessen Kosten sich auf 50 000 Mk. belaufen. Hiervon werden für 1913 25 000 Mk. angefordert. — Für verheiratete Unteroffiziere in Windhuk, deren Zahl in den letzten Jahren gestiegen ist und sich voraussichtlich noch erhöhen wird, haben bisher nur ganz primitive Verheiratetenwohnungen verfügbar gemacht werden können, zu deren Aufgabe in absehbarer Zeit aber gesundheitliche Gründe zwingen werden. Es müssen 3 Häuser für je 2 Familien errichtet werden. Jedes Haus erfordert 20 000 Mk. Kosten; Anforderung soll in 3 Raten erfolgen: 1913, 1914 und 1915 je 20 000 Mk.

Was die Beschaffung von Flugfahrzeugen anbelangt, so ist, nachdem die im Schutzgebiet angestellten Windmessungen die Verwendungsmöglichkeit von Flugmaschinen ergeben haben, zur Weiterführung der Versuche zunächst die Beschaffung von Flugfahrzeugen erforderlich. Der Wert der Flugfahrzeuge zum Zwecke der Erkundung, Aufklärung und Nachrichtenübermittelung steht fest, und die Verwendung von solchen gerade bei den im Schutzgebiet bestehenden Verhältnissen ist von besonderer Bedeutung.

* * *

In der **Sitzung vom 6. Mai** beantragt Herr Schad eine regelmäßige Unterstützung der Realschule in Swakopmund, was angenommen wird.

Nach Erledigung kurzer Beschwerden hielt der Sachverständige für Weinbau einen kurzen Vortrag über die Aussichten dieser und der Obstkultur im Schutzgebiete. Man könne in der Kolonie überall Wein- und Obstbau betreiben, besonders im Norden. Die Produktion steigt bedeutend, aber genügt noch lange nicht, um fremde Erzeugnisse vom Markte fernzuhalten. Wir werden späterhin auch mit einem guten Export an Trauben rechnen können, und zwar zu einer Zeit, wo in Deutschland frisches Obst nicht zu haben ist, nämlich im Februar. Auf der Farm des Herrn Pohlmann in Grootfontein sind von einem Baume nicht weniger als 400 Orangen im Werte von 60—70 Mk. geerntet worden. Natürlich müssen wir für den Export nur erstklassige Früchte in bester Verpackung auf den Markt bringen. Man solle aus den vorhandenen Sorten die geeignetsten heraussuchen. Man wird sie am besten vom Kap her beziehen. Die deutschen Sorten brauchen zu lange, ehe sie sich akklimatisiert

haben. Außerdem können wir auch aus dem Kaplande die dortige vorzügliche Verpackungsmethode übernehmen. Beim Weinbau liegt eine große Schwierigkeit vor, daß nämlich die Reifezeit in die Regenzeit fällt. Er sei überzeugt, daß man hier sehr bald einen sehr guten Wein herstellen wird, aber keinen spritzigen Mosel, sondern Sherry, Port- und Rotwein. Die Herstellung dieser Sorten ist nicht so schwierig, wie die der leichten Weine. Herr Janson habe Proben geschickt, die recht gut ausgefallen sind. Aus den geringeren Trauben kann Kognak gebrannt werden. Gewisse Insekten werden energisch bekämpft werden müssen, so die Dickpänse und die Rüsselkäfer. Gegen die Reblaus sind durch eine Verordnung des Gouvernements Vorkehrungen getroffen worden. Trotzdem wird sie aber wohl auch hier auftauchen. Deshalb müssen wir schon jetzt reblauswiderstandsfähige Reben anpflanzen. Die Reblaus kann mit jedem Frachtwagen bei uns eingeführt werden, auch durch die Obstbäume, die aus dem Kap kommen. Seine Bitte geht dahin, für einmal die Einfuhr von Kapreben zu gestatten. Eine Obstverwertungsanstalt, um Obstkonserven herzustellen, ist geplant.

Das wichtige Thema Hebung der Viehzucht kommt dann an die Reihe.

Eine Beschwerde des Farmers v. Wolf verdichtet sich zu dem Antrage, die Regierung möge keine bereits geschorenen Schafe mehr einführen und die Farmer, die beim letzten Transport bereits geschorene Tiere erhalten hätten, entschädigen. Diese Mitteilungen bestätigt und ergänzt Herr Albert Voigts. Die Kommission, die die amtlicherseits besorgen Schafe abgenommen habe, sei nicht fachmännisch gewesen.

Als ein Farmer auch auf den Mangel an Zuchtrindern hinweist, wendet Dr. Seitz ein, es sei zwecklos, darüber zu reden, solange im Mutterlande die Maul- und Klauenseuche herrsche und also eine Einfuhr unmöglich sei. Man sei übrigens dabei, in Lüderitzbucht einen Desinfektor zu erbauen zur Verhinderung der Seucheneinschleppung durch die Eingeborenenkleider.

Ebenfalls geklagt wird über die von Regierungsseite beschafften Angoraziegen. Von 3800 Stück seien auf kapländischem Gebiete während des Transportes nur 18 eingegangen, infolge von schlechter Behandlung auf unserem Gebiete aber sodann ein großer Teil.

Beim Titel Rechtspflege weist Herr Schad auf einen Prozeß hin, den die Regierung mit der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika geführt und verloren hat. In Zukunft sollte man bei so wenig günstigen Aussichten lieber keinen Prozeß führen. Der Staatssekretär Dernburg hat aus ethischen Gründen den Prozeß nicht angestrengt. Bei dem Fiskus aber galten diese ethischen Gründe nichts und die Folge war, daß der Prozeß auch in zweiter Instanz verloren wurde. Der Fiskus mußte 230 000 Mk. und 20 000 Mark Zinsen an die Kolonialgesellschaft zahlen. Die Kosten sind dabei noch nicht mitgerechnet. Hätte sich der Fiskus auf einen Vergleich eingelassen, so wäre das für ihn besser gewesen.

Dr. Seitz erwidert: Wir überlegen es uns natürlich sehr gründlich, bevor wir einen Prozeß anstrengen. Hier lag aber ein Fall vor, in dem man einen andern Ausfall des Prozesses vermuten konnte. Herr Schad ist ja damals selbst Sachverständiger gewesen. Dieser bemerkt: Wenn mich das Gouvernement gefragt hätte, hätte ich ihm gesagt, daß der Prozeß aussichtslos ist. Darauf erwidert Herr Dr. Seitz: Der Prozeß war schon eingeleitet, als ich hierher kam.

Verfassungsrechtliche Erörterungen schließen sich an.

Gustav Voigts beantragt, das Gouvernement möge beim Reichskanzler und Kolonialamte dafür eintreten, dem Landesrate die hierfür geeigneten Angelegenheiten zur Beschlußfassung zu überweisen. Das sei schon vor 3 Jahren zugestanden worden. Die jetzigen Wünsche sind daher sehr bescheiden. Im Kolonialamte denke man ja, wie aus Zeitungsnachrichten zu entnehmen ist, daran, für Deutsch-Südwestafrika eine Verfassung zu geben. Man wisse, daß das Land hierfür noch nicht reif ist. Anderseits aber muß ich auf die Gefahr hinweisen, die der jetzige Zustand in sich birgt. Es sind 110 000 Mk. beim Bahnbau ausgegeben worden, ohne daß denen, die die Schuldenlast tragen müssen, irgendein Einfluß auf die Linienführung gewährt worden ist. Gerade aber in den Anfängen einer neuen Kolonie sind Angelegenheiten zu erledigen, die uns später außerordentlich hinderlich werden können, wenn die besten Kenner des Landes hierüber nicht mit beschließen durften.

Herr Kindt beantragt, beim Kolonialamte dahin vorstellig zu werden, daß der Etat in genau derselben Form dem Reichstage vorgelegt werde, wie man ihn beschlossen habe. Das haben wir schon im vorigen Jahre vorgeschlagen, haben aber auf Wunsch des Herrn Gouverneurs davon Abstand genommen. Wir sehen jetzt, wohin das geführt hat. — Die Befugnisse des Landesrates zu erweitern, hält schwer, weil hierzu eine Verfassungsänderung notwendig ist. Es wäre aber vermessen, wenn wir 13 000 Deutsche eine Verfassungsänderung verlangen wollten. Aber was ohne Verfassungsänderung zu erreichen ist, müssen wir fordern. Es ist wichtig, daß der Reichstag genau darüber informiert wird, was wir hier wollen. Wenn das Kolonial- und das Schatzamt an unserem Etat Ausstellungen zu machen haben, so braucht ja nur eine besondere Kolonne neben den Ziffern des von uns bewilligten Etats in das Aktenstück eingefügt und dem Reichstage vorgelegt werden.

Dr. Seitz antwortet: Was die durch die Presse gehende Nachricht anbelange, der Staatssekretär habe erklärt, er wolle Südafrika eine Verfassung geben, so stimme das nicht. Er habe sofort nach Berlin telegraphiert und die Antwort erhalten, daß eine Verfassung nicht beabsichtigt, sondern nur ein Kompetenzgesetz für alle Schutzgebiete vorgeschlagen sei. Darunter könne er nur verstehen, daß die finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Schutzgebieten auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden sollen. Das wird aber wohl sehr schwer halten.

Was den Antrag Voigts anbelangt: der Reichskanzler möchte von seinem Rechte Gebrauch machen und die hierzu geeigneten Dinge zur Beschlußfassung dem Landesrate überweisen, so könne er dem nur zustimmen.

Sodann geht ein Antrag Kindt ein: „Der Landesrat bittet das Kaiserliche Gouvernement, bei dem Herrn Reichskanzler dahin vorstellig zu werden, daß die Beschlüsse des Landesrats dem Reichstage gleichzeitig mit der Übergabe des Etatsentwurfes offiziell zur Kenntnis gebracht werden.“

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Späterhin beschäftigt man sich wieder mit der Frage der Landespolizei. Herr Schlettwein ersehnt dringend Ersparnisse. Er will auch den Ausdruck Landespolizei ersetzen durch die Bezeichnung „Land- oder Feldjäger“ und will sie angliedern an die Schutztruppe, wie etwa in Deutschland die Gendarmerie an das Heer angegliedert sei.

Demgegenüber bemerkt Dr. Seitz: Tatsächlich sei die südwestafrikanische Landespolizei nichts anderes als die Gendarmerie zu Hause. In Württemberg hießen sie Landjägerkorps. Bei der ganzen Frage kommt vor allen Dingen die Verwendbarkeit für die Verwaltung des Schutzgebiets in Betracht, und ich muß aus diesem Grunde einer Verschmelzung mit der Schutztruppe ganz entschieden widersprechen. Wenn wir das machen wollten, dann könnten wir ja die Landespolizei ganz aufgeben und könnten durch Abkommandierungen von der Schutztruppe abhelfen. Das ist aber unmöglich aus den verschiedensten Gründen, aus Gründen, die im Wesen der Schutztruppe als einer geschlossenen Organisation liegen. Die Schutztruppe kann nicht den Verwaltungsbehörden direkt unterstellt werden. Wenn die Landespolizei ein Instrument sein soll, das den Zwecken des Gouvernements dient, so muß diese auch dem Gouvernement ohne Zwischeninstanz unterstellt sein. In Deutschland untersteht die Gendarmerie dem Minister des Innern. Analog muß sie auch hier unmittelbar dem Gouverneur unterstellt bleiben, auch wenn sie mehr nach dem System der heimischen Gendarmerie eingerichtet wird. Das würde auch nicht ausschließen, daß durch eine derartige Organisation erhebliche Ersparnisse erzielt werden könnten. Die Landespolizei ist mit älteren Beamten besetzt. Einer Organisation, die erst im Entstehen begriffen ist, wird es nicht möglich sein, den Nachwuchs rasch heranzuziehen. Wir haben uns schon wiederholt darüber beraten, wie die Landespolizei umgestaltet werden könnte, und auch zu Hause werden demnächst derartige Verhandlungen angeknüpft. Das eine kann ich nur sagen, daß eine Verschmelzung mit der Schutztruppe nicht möglich erscheint; ich wüßte nicht, wie dadurch Ersparnisse gemacht werden sollen. Die Frage ist auch schon im Reichstag aus Anlaß des Schutztruppengesetzes behandelt worden. Bei dieser Gelegenheit hat sich der Abgeordnete Erzberger geäußert: „Ich würde die umgekehrte Entwicklung für richtig halten; daß man in Südwestafrika immer mehr Polizeitruppe schaffe und die Schutztruppe verringere.“ Ich glaube, hier geht der Abgeordnete Erzberger von Gesichtspunkten aus, die für unsere Verhältnisse nicht zutreffen. Man

kann sehr wohl in tropischen Ländern den Polizeidienst einer farbigen Polizeitruppe übertragen. Anders liegen die Verhältnisse bei uns. Wir haben keine geschlossene Polizeitruppe und können sie auch nicht bilden; bei uns kann es sich um Gendarmerie handeln. Ich wollte nur das im allgemeinen bemerken. Diese Frage ist auch seinerzeit erörtert worden, als die Landespolizei geschaffen worden ist. Die maßgebenden Gründe bei Schaffung einer Landespolizei waren die, daß sich der Gouverneur ein Instrument schaffen wollte, über das er jederzeit ohne Zwischenrichtung verfügen kann.

Herr Rösemann bemängelt die hohen Kosten der Landespolizei von viereinhalb Millionen Mark. Er findet, sie habe zuviel Pferde und sonstige Reittiere und bemängelt, daß 68 Wachtmeistern, 449 Sergeanten nur 38 Polizisten gegenüberstehen. Durch Einstellung älterer Polizisten würde der Pensionsfonds sehr belastet. Wenn, wie er gehört habe, die Unterhaltung eines Pferdes 800 Mk. jährlich erfordert, so würde sich jedes Pferd in Jahresfrist, dem Werte nach, auffressen.

Auch Herr Kindt hat mancherlei zu tadeln. Besonders, daß die Polizeisergeanten Schreiberdienste leisten müssen.

Dr. Seitz bemerkt darauf, daß die Polizeibeamten nicht lediglich zu Bureauzwecken verwendet würden. Doch sei es nicht zu verbieten, daß in der Zeit, wo sie keine Patrouillen zu reiten haben, sie zu Schreiberarbeiten herangezogen werden.

Herr Bethe meint, die Belastung des Etats mit Pensionen sei nicht so schlimm und fügt weiter das folgende hinzu: „Es sind verschiedentliche Vorschläge zur Aufhebung der Polizeidepots gemacht worden, um Ersparnisse zu erzielen. Es wurde gesagt, man solle die Beamten den Verwaltungsdienststellen — Bezirks- und Distriktsämtern — zur Ausbildung überweisen. Meine Herren, das geht nicht. Schon aus wirtschaftlichen Gründen geht das nicht. Ich behaupte, daß dasjenige Amt, welches die Ausbildung von Mann und Pferd übernehmen könnte, in Verwaltungsangelegenheiten nur so wenig zu tun haben könnte, daß ihm als Verwaltungsdienststelle die Existenzberechtigung abzusprechen wäre. Ich zweifle nicht, daß es unter den Verwaltungschefs Herren gibt, die eine solche Ausbildung leiten könnten, ich stelle aber in Abrede, daß sie die nötige Zeit dazu haben würden. Ich möchte, um die wirtschaftliche Seite besonders hervorzuheben, mit der Ausbildung unseres wichtigsten Dienstmittels, des Pferdes, beginnen. Im Jahre 1908 mußten den Ämtern die Beamten und Pferde zum großen Teil ohne vorherige Ausbildung aus den Depots überwiesen werden. Die Beamten bei den Ämtern mußten also ihre Remonten selbst reiten. Der Erfolg war der, daß in diesem Jahre nahezu 40 bis 50% der Pferde verbraucht wurden. Im Etat sind 20% als Ersatz vorgesehen, und wir bemühen uns, durch eine sorgfältige Durchbildung der Tiere dahin zu gelangen, daß wir auf einen möglichst geringen Prozentsatz für Ersatz kommen, falls uns die Sterbe nicht zuviel abfordert. Das geht aber nur bei sachgemäßer Durchbildung auf den Depots. Meine Herren,

Sie könnten einwenden, daß, wenn der Verwaltungschef sich mit dieser Ausbildung nicht beschäftigen kann, der Wachtmeister dazu da sei! Der Wachtmeister ist aber nicht dazu da. Der Wachtmeister, der seinen Dienst so versieht, wie er ihn tun soll, der, meine Herren, ist im Monat annähernd drei Wochen dauernd unterwegs, da bleibt ihm ebenfalls nicht die Zeit zur Ausbildung der Tiere und Reiter. Es müßte also für ihn ein zweiter Wachtmeister eintreten. Für die 16 Ämter kämen also 16 Wachtmeister mit einem Durchschnittsgehalt von 4300 Mk. gleich 65 800 Mk. in Frage. Die Besetzung der beiden Depots Waterberg und Kub werden ja nach Anordnung Seiner Exzellenz in diesem Etatsjahre aufgelöst. Die Besetzung der Depots Kupferberg und Spitzkoppje, wie ich sie mir wünschte, wäre mit je 1 Hauptmann, 1 Oberleutnant. Die für diese 2 Depots notwendigen 4 Offiziere kosten aber nur 34 200 Mk., also die Hälfte. Ersparnisse in der Pferdewirtschaft werden ermöglicht, wenn wir jüngere Tiere als Remonten kaufen und auf den Depots großziehen und ausbilden können. Sie alle, meine Herren, wissen, daß man — einzelne Züchter ausgenommen — hierzulande kaum ein dreijähriges Pferd kaufen kann, welches nicht schon im Geschirr oder unter dem Sattel gegangen ist, und sich dabei einen dauernden Knacks geholt hat. Wir müssen also unter den 2½- bis 3jährigen Tieren unsere Remonten suchen und diese auf den Depots heranziehen, wo sie sich unter Gewährung von etwas Kraftfutter im Gebäude, in Knochen- und Muskelbildung weiter entwickeln können. Es ist gesagt worden, 4 Kilogramm als Tagesration sei zu reichlich, und es ist gefragt worden, ob die auf Posten stehenden Pferde die volle Ration erhalten. Meine Herren, die Pferde auf Posten bekommen die halbe Ration, und nur wenn die Landespolizei ihre vollen Rationen erhält, können wir nicht rationsberechtigte junge Remonten durchkrümpern und daher dann auch nur kaufen. Seit Bestehen der Landespolizei sind stets namhafte Ersparnisse an Kraftfutter gemacht worden, die in den schlechten Jahren Grasankäufe ermöglichten. Ferner ist eine Vereinfachung der Verwaltung vermutet, durch Überweisung der Beamten pp. lediglich an die Ämter. Meine Herren, bei der Ausrüstung der Landespolizei handelt es sich nicht nur um Bestellung, Verausgabung und Verbrauch, sondern vor allen Dingen um den Nachweis der Sachen. Meine Herren, wollen Sie anstatt einer Stelle hierfür 16 schaffen? Ich kann das nicht wirtschaftlich finden, auch läßt es sich hinsichtlich der Einheitlichkeit der Bestellung nicht durchführen. — Für die Verwendung der Beamten auf der Inspektion möchte ich Ihnen einige genaue Angaben machen. (Verliest die Verteilung.) Danach kommen für den eigentlichen Schreiberdienst — Kanzlei — drei Beamte in Frage. Den Ämtern ist die Verwendung der Beamten als Schreiber von Sr. Exzellenz ausdrücklich untersagt und nur gestattet, die Beamten, soweit sie dem eigentlichen Polizeidienst nicht entzogen werden, aushilfsweise mit Schreiberarbeiten zu beschäftigen. — Mit Bezug auf die Bemerkung, daß infolge der Unterstellung der Stationspolizei auch unter die Inspektionsoffiziere neben den Verwaltungschefs Reibereien vor-

gekommen seien, bemerke ich, daß Differenzen hinsichtlich der Verwendung von Beamten vorgekommen sind, von Reibereien habe ich nichts gehört. Diese Unterstellung unter die Offiziere ist aus disziplinären Gründen unerläßlich, auch muß die Inspektion und der zuständige Inspektionsoffizier stets wissen, wo der einzelne Beamte zu finden ist.“ Auf Anregungen wegen Umgestaltung der gesamten Landespolizei bemerkt er dann noch das folgende: „Um Ersparnisse, die daraus sicher zu gewinnen sind, zu machen, brauchen wir jüngeren Ersatz, der dann, um nicht doppelt zu rechnende Dienstjahre von vornherein zu haben, nicht aus der Schutztruppe, sondern aus Deutschland kommen müßte. Der aus Deutschland kommende jüngere Ersatz muß aber hier erst neben seinen eigentlichen Dienstkenntnissen für den neuen Dienstberuf Landeskenntnisse erwerben, und mit allen einschlägigen Eigenarten und Verhältnissen bekannt gemacht und vertraut werden. Das kann nicht auf den Ämtern, sondern das muß durch eingehende sorgfältige Ausbildung auf den Depots geschehen. Bezüglich der Berittenmachung der Gendarmerie zu Hause bemerke ich: Der Gendarm bezieht Pferdegeld. Das reicht nicht hin, um sich aus der Truppe ein vollwertiges Tier oder ein Offizier-Chargenpferd zu kaufen, es könnten also —soweit ein Ankauf aus der Truppe beabsichtigt ist — nur Ausrangierer in Frage kommen. Mit Ausrangierern hier würde die Polizei nicht weit kommen. Die Gendarmerieschulen haben Remonteausbildung, soviel mir bekannt ist. Mit Aufhebung der Depots Waterberg und Kub, meinte Herr Prion, würde der Fuhrpark der Landespolizei verringert werden können. Diese Ansicht ist irrig. — Um die Frachtkosten nach Möglichkeit herabzusetzen, sollen die Frachten für die einzelnen Dienststellen mit amtlichem Fuhrwerk befördert werden. Die Gefährte der Inspektion und der Depots sind nicht allein für diese verfügbar, sondern müssen den Verwaltungsstellen soweit als möglich aushelfen. Der Herr Vertreter von Outjo wird mir bestätigen können, daß die Inspektion mit Rücksicht auf die weiten Entfernungen nach einzelnen Außenposten dem Amt einen Wagen einschließlich Gespann dauernd zur Verfügung gestellt hat. Eine Verringerung kann hier nicht eintreten. Herrn v. Wolf möchte ich erwidern, daß nach allen mir bekannt gewordenen Äußerungen sämtliche Dienststellen immer noch mehr Beamte haben wollen, eine Klage, daß sie nicht wüßten, was sie mit den vielen Beamten machen sollten, ist mir nicht bekannt geworden. — Was die Behäbigkeit einzelner Persönlichkeiten betrifft, bemerke ich: Wenn man in ein gewisses Alter gekommen ist, so neigt der oder jener mehr oder weniger zur Körperfülle. Wir haben im Bezirk Gobabis einen Beamten mit recht beträchtlichem Körperumfang. Das sieht wohl nicht so gut aus, wie eine angemessene Schlankheit, hat aber für den Dienst nichts zu bedeuten, solange die körperliche Beweglichkeit nicht darunter leidet. Sollte dieser Fall eintreten, dann sorgt die Inspektion schon dafür, daß ein solcher Beamter verschwindet. — Wenn die vielen gerichtlichen Zustellungen der Landespolizei abgenommen werden könnten, würde ich das mit Freuden begrüßen; solange aber eine andere Zustellung

nicht möglich ist, müssen wir diesen Dienst mit versehen. Den Ausführungen über die Rationen kann ich nicht beitreten. Das schnelle Zurücklegen weiter Strecken von Privaten auf Weidepferden ist auch gar nicht maßgebend für uns. Der Beamte soll gar nicht weite Strecken auf den Wagen schnell zurücklegen, sondern er soll langsam genug reiten, um seinen Weg genau zu beobachten, falls ihm etwas begegnet, das sein dienstliches Eingreifen erfordert. Das würde ihm sonst entgehen. Die Patrouillen müssen den größten Teil der Strecke querfeld reiten, dabei kommt es nicht auf Schnelligkeit, sondern auf Ausdauer und Kraft an, und diesen dauernden Anstrengungen wird ein Tier auch einmal für längere Zeit ohne Hafer besser widerstehen, wenn ihm durch ständige sachgemäße Kraftfütterung vorher die erforderliche Kraft zugeführt worden ist."

Die Erörterungen werden um 12½ Uhr abgebrochen und in der **Sitzung vom 7. Mai** fortgesetzt.

Herr Schad will als erster Redner 70 Mann und 200 Pferde streichen, wodurch eine Ersparnis von mehreren 100 000 Mk. zu ermöglichen sei. Ihm erwidert Seine Exzellenz: Man habe nur das unbedingt Notwendige angefordert. Er verweist auf die englische Grenzpolizei, wo jeder Beamte zwei Pferde habe.

Vom Regierungstisch macht sodann noch Oberrichter Bruns folgende Ausführungen: „Ich möchte mich zu einer Ressortfrage äußern, die hier angeschnitten ist, das Zustellungswesen. Der Vorschlag des Herrn v. Wolf, die Polizei durch Abnahme der gerichtlichen Zustellungen und deren Übertragung auf Eingeborene zu entlasten und dadurch etwa an Polizeipersonal zu sparen, führt meines Erachtens leider nicht zu dem gewünschten Erfolg. Eine Entlastung der Polizei in gerichtlichen Angelegenheiten würde nur dann zu erzielen sein durch Abnahme der Geschäfte, die sie als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft z. B. bei Ermittlungen und Vernehmungen in Strafsachen und ferner als Vollstreckungsbeamte außerhalb der Gerichtsbezirke zu leisten hat: Ersteres ist allgemein nach der Str.-P.-O. gesetzlich nicht zulässig und ist jene Tätigkeit ja auch der ureigenste Beruf der Polizei. Letzteres ist nicht möglich, weil anderweitig Beamten fehlen und deren besondere Einstellung mindestens 70 000 Mk. kosten würde. Die einfachen gerichtlichen Zustellungen verursachen dagegen nicht die geringste Mehrarbeit, wie dem Herrn Inspekteur der Landespolizei eigentlich nicht unbekannt sein sollte. Denn sie erfolgen nach der Ihnen bereits mitgeteilten Verordnung des Herrn Gouverneurs nur noch auf den regelmäßigen Patrouillenritten, die den Gerichten vorher mitgeteilt werden. Zu diesen Patrouillenritten sammelt die Station alle eingehenden Zustellungen, dann steckt sie die Patrouille beim Abtritt geordnet in die Tasche und gibt sie gegen Quittung an die einzelnen Farmer usw. ab. Sie ist ja ohnehin gezwungen, sich bei ihrem Eintreffen auf den einzelnen Farmen mit den Farmern in Verbindung zu setzen, denn sonst hat der Patrouillenritt, wie Herr Wittmann gestern sehr richtig bemerkt hat, keinen

Wert. Dabei lassen sich die Zustellungen ohne jede Anstrengung erledigen. Ich möchte geradezu sagen, daß die Zustellungen die beste Kontrolle dafür bilden, daß die Patrouille die einzelnen Farmer persönlich aufgesucht hat. Eine Mehrbelastung der Polizeibeamten entsteht durch die Zustellungen nicht, höchstens eine solche des Pferdes um das Gewicht des Papiers. Ist die Polizei sonst fähig, ihren Aufgaben gerecht zu werden, so wird sie durch die Zustellungen in dieser Fähigkeit nicht behindert, und ich meine, man sollte die Polizei, die ohnehin so teuer ist, ruhig solche Verrichtungen nebenbei erledigen lassen, die sie bequem erledigen kann und die sonst beträchtliche anderweite Aufwendungen erfordern würden. Das wäre aber der Fall, wenn besondere Eingeborene für das Zustellungswesen eingestellt würden. Der zweite Nachteil würde bei dem Vorschlag des Herrn v. Wolf ferner der sein, daß jeder sichere Nachweis der Zustellung verloren ginge. Nehmen Sie nur z. B. an, daß ein Schuldner die Annahme verweigern oder der Eingeborene damit die fehlende Empfangsbescheinigung begründen würde. Soll der Eingeborene das rechtswirksam bescheinigen können? Und wem soll das Gericht später, wenn der weiße Schuldner die Richtigkeit der Bescheinigung des Eingeborenen bestreiten würde, glauben? Dem Eingeborenen? Ich möchte den allgemeinen Krach nicht erleben, der dann entstehen würde. Solche Fälle könnte ich Ihnen noch viele anführen. Ein gewissenloser Schuldner kann sich leicht derartige Umstände zunutze machen. Lassen Sie es deshalb lieber bei dem bisherigen Verfahren, für das es zurzeit keinen besseren und billigeren Ersatz gibt. Gäbe es ihn, so wären die Richter die ersten, die dankbar von ihm Gebrauch machen würden."

Die Meinungen über die Frage der Polizei, über ihre Verteilung, über die ihr beigegebenen farbigen Hilfskräfte usw. sind sehr geteilt, so daß noch längere Zeit über Einzelheiten her und hin gesprochen wird.

Von größerem Interesse sind dann die Debatten über die Hafenanlage.

Herr Schad fragt: welchem Zwecke das Hafenamt dient und welchem Zwecke es dienen soll.

Baurat Reinhardt erwidert, das Amt habe nicht nur während des Baues der Landungsanlagen, sondern auch sonst wertvolle Dienste geleistet. Es sei notwendig im Interesse der Küstenschiffahrt. Zu seinem Amtskreis gehört die Unterhaltung der gesamten Hafenanlagen in Swakopmund, die Unterhaltung der Mole, der Landungsbrücke, der Betrieb der Leuchtturmanlage, der Betrieb des Steinbruches für die Mole usw.

Herr Schad will die Wichtigkeit dieses Wirkungskreises nicht in allen Punkten anerkennen und meint, in der Praxis verhalte es sich anders und erachtet das Vorhandensein eines Hafenamtes in Swakopmund nicht für notwendig, wohl aber für Lüderitzbucht.

Demgegenüber äußert sich der Herr Gouverneur wie folgt: „Die Frage einer Andersorganisation des Hafenamts hat auch das Gouvernement

beschäftigt. Die Sache kann erst entschieden werden, wenn die neue Brücke fertig ist und über den Brückenbetrieb entschieden ist. Wir werden erneut versuchen, die Unterhaltung der Brücke der Betriebspächterin zu übergeben. Ich weiß aber nicht, ob wir bei einer Vergebung der Brückenunterhaltung an Private billiger fahren werden. In der Lotsenfrage in Lüderitzbucht stehe ich vor einem Rätsel. Die Woermannlinie hat es selbst angeregt, daß der Lotsenzwang auf Segelschiffe streng durchgeführt wird. Daß ein Lotsenbetrieb mehr kostet, als er einbringt, ist selbstverständlich. Wegen der Stellung von Schleppern haben wir auch mit der Woermannlinie eingehend verhandelt. Sie hat es abgelehnt, Schlepper in jedem Falle zu stellen. Das alte Material in Swakopmund muß nach und nach verwendet werden. Mir wurde die Mole-Unterhaltung als technisch notwendig dargestellt. Ich kann es nicht auf mich nehmen, wo die Unterhaltung der Mole nur eine so geringfügige Summe kostet, die Unterhaltung gänzlich zu unterlassen. Die Frage der zwei Materialienverwalter werde ich untersuchen. Ich glaube aber kaum, daß die beiden nur zur Bewachung der alten Materialien da sind. Wie sich in Zukunft die Organisation des Hafenamts gestalten wird, wird davon abhängig sein, wer den Betrieb der neuen Brücke übernimmt. Vielleicht erfolgt auch eine Verlegung des Hafenamts nach Lüderitzbucht. Daß jetzt zwei höhere Beamte in Swakopmund am Hafenamt sind, beruht darauf, daß Baurat Wellmann auf Urlaub ging und sein Vertreter nun nach Rückkehr auf Grund seines Vertrages ebenfalls noch da ist."

Dr. Seitz fügt auf einige Anträge hinzu, daß für 1912 eine Kürzung des Etats nicht mehr möglich sei.

Sodann wird die Abstimmung über einen inzwischen eingegangenen Antrag des Herrn Schad vorgenommen, der Annahme findet und folgenden Wortlaut hat:

„1. Von den per 1912 ausgeworfenen 343 000 Mk. die Summe von 110 000 Mk. für 1913 bereits für 1912 abzusetzen und wirtschaftlichen Zwecken zuzuführen;
2. das Hafenamt so zu reorganisieren, daß der Etat dieser Behörde auch für 1913 um weitere 100 000 Mk. verringert werden kann;
3. den Leiter des Seebauwesens gänzlich zu streichen und dafür aus den Hilfskräften einen fest anzustellen;
4. in Erwägungen darüber einzutreten, ob nach Ablauf der laufenden Personalverträge das Hafenamt als selbständige Behörde nicht gänzlich aufgelöst werden könnte und uns hierüber im nächsten Landesrat Vorschläge zu machen."

Am **8. Mai** fand keine Sitzung statt.

Am **9. Mai** steht zuerst die Frage eines Bodenkreditinstitutes auf der Tagesordnung.

Berichterstatter ist Herr Rudolf Kindt, der ausführt: 1. Die Errichtung einer solchen Anstalt sei dringlich. 2. Sei festzustellen, daß private

Geldinstitute oder deutsche Hypothekenbanken dafür nicht zu gewinnen sind. 3. Sind die Bedenken gegen ein staatliches Institut zurückzuweisen und zu entkräften. 4. Sei es zu wünschen, daß möglichst in einem Nachtragsetat für 1912 die Mittel beschafft würden, und daß der Sitz und die Leitung der Anstalt in das Schutzgebiet selbst verlegt werden möchte. 5. Der Landesrat solle eine Kommission aus seiner Mitte wählen, die Vorschläge aus Berlin sofort nach ihrem Eintreffen im Auftrag des Landesrats zu prüfen hat. Zu Punkt 1 habe ich kurz folgendes auszuführen: Es haben sich jetzt alle in Betracht kommenden Kreise entschieden zugunsten einer Organisation des Bodenkredites ausgesprochen; zuletzt auch der Farmerverein Windhuk, der eine Verquickung der genossenschaftlichen Organisation mit dem Bodenkredit ebenfalls nicht für möglich hält. Seine Exzellenz, der Herr Gouverneur hat während dieser Tagung verschiedentlich in der überzeugendsten Weise darauf hingewiesen, wie dringend notwendig eine Organisation des Bodenkredites ist. Zuletzt traf Seine Exzellenz den Nagel auf den Kopf mit der Feststellung, daß die im Landesrat geäußerten Klagen über wirtschaftliche Depression nur auf den Mangel einer solchen Organisation zurückzuführen seien." Die vom Farmer geschaffenen Werte wüchsen von Jahr zu Jahr in einer Weise, daß die Geldflüssigkeit mangels einer Beleihungsmöglichkeit der geschaffenen großen Werte damit nicht entfernt standhalten könne. Sobald einmal eine Bodenkreditorganisation in das Leben gerufen sei, und die in Farmen, Meliorationen, Vieh u. a. festgelegten Werte beleihbar seien, würden die Klagen über den Mangel an flüssigem Geld von selbst verstummen. Es ist dazu noch zu bemerken, daß die Wirtschaft des Landes und damit auch das Reich den größten Vorteil davon haben werden, wenn ein Teil der heute festliegenden gewaltigen Werte flüssig wird und damit die Mittel zum Weiteraufbau, zur Wassererschließung, zur Bestockung, zur Einzäunung (und damit Sicherung gegen Seuchen) verfügbar werden. Nur so wird eine schnelle Entwicklung der Farmwirtschaft, der einen Export ermöglichenden Farmbetriebe und damit eine dem Lande günstigere Verschiebung der Handelsbilanz möglich sein, die heute zwar eine große Einfuhr, aber keine entsprechende Ausfuhr aufzuweisen hat. Überall in der Welt muß der Kredit auf die vorhandenen Werte die Mittel zum Weiterbau liefern. Verweigert man sie unserem Schutzgebiet, so hält man die Entwicklung der einzigen Siedelungskolonie des deutschen Reichs gewaltsam zurück.

Zu Punkt 2: Es ist bei den Verhandlungen der ständigen wirtschaftlichen Kommission beim Kolonialamt von seiten der in ihr vertretenen führenden Männer auf dem heimischen Geldmarkt sattsam betont worden, daß die Verhältnisse im Schutzgebiet nicht gefestigt genug seien, um die Investierung privaten Kapitals für die Organisation des Bodenkredites zu gestatten. Wenn wir auch andrer Meinung sind, haben wir doch keine Mittel, die tonangebenden Kreise eines Besseren zu belehren. Die Abneigung des deutschen Kapitals, dafür Mittel herzugeben, erklärt sich aber auch ganz einfach daraus, daß wir

billiges Geld fordern müssen, daß also ein privates Institut die Verpflichtung auf sich nehmen müßte, die Spannung des von ihm durch die Ausgabe von Pfandbriefen beschafften Geldes und dem Zinsfuß der dem Farmer zu gewährenden Hypotheken nicht willkürlich zu vergrößern, daß es also in seinen Gewinnaussichten beschränkt wäre. Das aber ist eben nichts für unsere heimischen Geldinstitute.

Zu Punkt 3: Bedenken gegen ein staatliches Bodenkreditinstitut wurden einmal bei den Verhandlungen der ständigen wirtschaftlichen Kommission beim Kolonialamt geäußert, und zwar auf Grund der durch das Gouvernement beigebrachten Unterlagen, die verwunderlicherweise zu falschen Schlüssen Veranlassung gaben und weiter durch den Herrn Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts selbst gelegentlich der diesjährigen Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates. Auch die irrigen Schlüsse des Herrn Staatssekretärs sind nur auf eine falsche Auslegung der vom Gouvernement gegebenen Unterlagen zurückzuführen. Bei den Verhandlungen der ständigen wirtschaftlichen Kommission am 28. und 29. September vorigen Jahres führte der Korreferent, Herr Dr. Salamonsohn, auf Grund der Feststellungen des Referenten, des Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Zöpfl, aus, die Farmwirtschaft zahle auf die Gesamtschuld nur 3,32 bis 4,158% durchschnittlich Zinsen. Er errechnet dies, indem er auch die zinsfreien Restkaufgelder und Ansiedelungsbeihilfen der Regierung in Betracht zieht, und meint dann: „Daß ein derartiger Zinsfuß dem weitgehendsten Verlangen nach einem billigen Zinsfuß in jeder Weise gerecht wird, kann wohl von niemandem bestritten werden.“ Der Herr Dr. Salomonsohn sagt dies, obwohl er vorher festgestellt hat, daß der im Schutzgebiet übliche Zinsfuß 8 bis 10% beträgt. Er übersieht aber, daß zur Befriedigung seines starken Kreditbedürfnisses der Farmer, falls er neue Mittel braucht, heute eben tatsächlich 8 bis 10% Zinsen zahlen muß, da die Regierung dem bestehenden Betrieb keine weiteren zinsfreien Darlehn zur Verfügung stellen kann. Würde das ganze Kreditbedürfnis der Farmer wirklich zu einem Zinssatze von 8 bis 10% befriedigt, so müßten sich auch die Durchschnittszahlen des Herrn Korreferenten sehr zu unsern Ungunsten verschieben. Die Durchschnittsberechnung des genannten Herrn hat also nicht die geringste Berechtigung und seine Folgerung, der Zinsfuß sei billig und werde dem weitgehendsten Verlangen gerecht, ist ein Trugschluß. Der Herr Staatssekretär hat im Landwirtschaftsrat in dankenswerter Weise erklärt, der südwestafrikanischen Farmwirtschaft müsse geholfen werden, hat dann aber davon gesprochen, daß die Mittel a fonds perdu gegeben werden müßten. Daß dies aber nicht der Fall ist, soll hier kurz nachgewiesen werden. Die farmwirtschaftlichen Betriebe waren am 1. Januar 1910, wie die Tabellen des Gouvernements beweisen, mit rund 7,75 Millionen Mark Hypotheken belastet, wovon etwa 4,5 Millionen Restkaufgelder und Beihilfeschulden darstellen. Diese 7,75 Millionen verteilen sich aber, wenn man eine Durchschnittsberechnung aufstellen will, nicht allein auf die 6,615 Millionen Hektar belasteten Farmbesitzes, sondern auf

12 Millionen Hektar, die tatsächlich in Bewirtschaftung sind. Da nun Farmland, das von einer Hand in die andre überging, nach den amtlichen Feststellungen in den Jahren 1909/10 (heute werden noch bessere Preise bezahlt, worüber aber leider die amtlichen Zahlen fehlen) 3,30 Mark der Hektar gebracht hat, läßt sich der Wert des gesamten Farmlandes auf 39,6 Millionen berechnen, dazu kommen aber noch die sehr wertvollen Viehbestände, die nach einer Entscheidung des Obergerichts für die Hypothek als von der Farm unzertrennlich und zur Bewirtschaftung notwendig mithaften. Die Viehbestände hatten nach den letzten Feststellungen einen Wert von rund 50 Millionen; rechnet man nur, daß davon für 30 Millionen auf den Farmen stehen, so ergibt sich als Unterlage für die 7,75 Millionen ein Wert von 69,6 Millionen. Es bedeutet dies eine Durchschnittsbelastung von rund 11 und nicht eine solche von 50%, wie dies der Staatssekretär aus den amtlichen Zahlen herausgelesen hat. Die nicht eingetragenen Schulden der Farmer mit 5 Millionen können bei einer solchen Sicherheit gegenüber wohl außer Betracht bleiben. Bei einer Beleihungsgrenze von 65% des Wertes der Farmen und des Viehes könnten daher, wie rechnerisch betrachtet, noch etwa 37,49-Millionen Mark in der südwestafrikanischen Farmwirtschaft investiert werden, ohne daß die Sicherheit in Frage gestellt werden würde. Aber wenn man auch den Wert des Viehes ganz außer Ansatz läßt, und nur den eigentlichen Bodenwert als Unterlage für die Hypotheken ansieht, so ergibt die Rechnung ein günstigeres Resultat, als der Herr Staatssekretär meint; die Belastung des Farmbesitzes beträgt nämlich dann immer nur etwa 19½, nicht 50%, wie der Herr Staatssekretär irrtümlich meinte. Man vergesse zudem nicht, daß die Farmländereien bei Gewährung von Meliorationskredit, um den es sich meist handeln wird, an Wert um so viel zunehmen, als an Meliorationen in sie hineingesteckt wird, daß also die Sicherheit für die Hypothek durch die Meliorationen selbst in sehr erheblicher Weise vermehrt wird. Die Angaben über die bei Farmverkäufen erzielten Preise genügen aber anscheinend nicht, um die Bedenken zu zerstreuen. Man sagt, es gäbe hier keinen stabilen Bodenwert. Meine Herren! Die Ursache solcher Äußerungen ist die bisherige Bodenpolitik der Regierung. Sie hat das Farmland zu billig, weit unter seinem Wert, verkauft und so selbst den Anschein erweckt, als sei es nicht mehr wert. Das aber wird nach den Ausführungen des Herrn Gouverneurs hier im Landesrat bald anders. Die Farmen sollen später nach ihrem wirklichen Wert, der durch eine Kommission ermittelt werden soll, verkauft werden. Und damit dürfte das Bedenken, die Regierung verhindere durch ihre zu billigen Farmlandpreise die Bildung eines entsprechenden Marktwertes für Farmland, hinfällig werden. Weshalb aber der Staat am ehesten in der Lage ist, der Farmwirtschaft Kredit zu gewähren, sei hier ebenfalls festgestellt. Die Verkaufsbedingungen der Regierung enthalten die Bewirtschaftsklausel, die in das Grundbuch eingetragen wird. Kommt der Farmer dieser Bedingung nicht nach, so steht der Regierung das Recht zu, die Rückübertragung des Eigentums-

rechtes durchzusetzen, ohne daß der Farmer entschädigt wird. Dadurch ist der Besitzer gezwungen, seine Farm zu bewirtschaften, ein Umstand, der reine Spekulationskäufe verhindert — er kann die Farm nicht durch Aufgabe der Wirtschaft verkommen lassen. Ist der Staat nun der Geldgeber, so ist er dagegen gesichert, daß die Unterlage für die Hypothek durch Nichtbewirtschaftung entwertet wird. Denn der Farmer würde sich der Gefahr aussetzen, seine Farm, die nur bis zu 65% des Wertes beliehen ist, zu verlieren, ohne daß ihm der Mehrwert ersetzt wird, wenn er sie nicht bewirtschaftete, und davor wird er sich hüten. Einem privaten Geldgeber, einem privaten Institut würde dagegen die Bewirtschaftungsklausel, falls es gezwungen wäre, eine von ihm beliehene Farm zu erwerben, sehr unangenehm sein. Der Staat dagegen kann die Farm schlimmstenfalls liegen lassen, bis sich ein neuer Käufer meldet; was bei der guten Gewinnaussicht, die unsere Farmwirtschaft tüchtigen und etwas bemittelten Leuten bietet, bald der Fall sein wird. Ich glaube damit nachgewiesen zu haben, daß die Bedenken gegen ein staatliches Bodenkreditinstitut unberechtigt sind.

Zu Punkt 4 und 5 unterbreitet Ihnen die Kommission nachstehende Anträge:

Antrag 1.

Der Landesrat erklärt, daß er in der Frage der Organisation des Bodenkredites für farmwirtschaftliche Ländereien auf dem Boden seines Beschlusses vom Vorjahre bestehen bleibt. Er bittet das Kaiserliche Gouvernement beim Reichskolonialamt dahin wirken zu wollen, daß die Arbeiten zur Errichtung einer staatlichen Bodenkreditanstalt sofort aufgenommen und die Mittel dafür vom Reichstage in einem Nachtragsetat zum Etat für das Rechnungsjahr 1912 angefordert werden. Der Landesrat bittet das Kaiserliche Gouvernement, dahin wirken zu wollen, daß Sitz und Leitung der Bodenkreditanstalt in das Schutzgebiet selbst gelegt werden.

gez. Schlettwein, gez. Gustav Voigts, gez. Kindt, gez. Gessert,
gez. von Wolff.

Antrag 2.

Der Landesrat möge aus seiner Mitte eine Kommission erwählen, der die Aufgabe zugewiesen wird, bei Eintreffen von Vorschlägen zur Errichtung einer Bodenkreditanstalt aus Berlin, diese zu prüfen und dem Ergebnis entsprechende Vorschläge dem Reichskolonialamt durch das Kaiserliche Gouvernement zu unterbreiten.

gez. Schlettwein, gez. Kindt, gez. Gessert, gez. Gustav Voigts,
gez. von Wolff.

Zu deren Begründung ist nur noch weniges hinzuzufügen. Leider ist dem Wunsche des Landesrats, es möchten bereits in den Etat für 1912 Mittel für das Kreditinstitut eingestellt werden, nicht entsprochen worden. Der Umstand,

daß statt der 2½ Millionen, wie es der uns vorgelegte Etat 1912 vorsah, volle 5 Millionen aus den eignen Einnahmen des Landes für Bahnbauten eingestellt worden sind, hat unsere Wünsche durchkreuzt. Die Mittel des Ausgleichsfonds werden für diesen Zweck nicht zu verwenden sein, weil seine Verwendung etatsgesetzlich geregelt ist. Es bleibt daher nur ein Weg, nämlich, die Mittel wenigstens aus einer Anleihe zu beschaffen. Das aber kann, falls das Reichs-Kolonialamt entschlossen ist, uns zu helfen, auch sofort geschehen. Es bedarf nur eines Nachtragetats. Daß der Sitz und die Leitung der Bodenkreditanstalt — ich möchte auch lieber Anstalt und nicht Institut sagen — in das Schutzgebiet gelegt werden mögen, ist eigentlich ein Wunsch, der etwas Selbstverständliches fordert. Die Kommission hielt es aber für ihre Pflicht, dies in den Antrag aufzunehmen. Es darf nicht sein, daß Unkenntnis der Verhältnisse von daheim die segensreiche Arbeit der Anstalt erschwert. Der zweite Antrag bezweckt endlich, den Landesrat in die Lage zu versetzen, mit der Hilfe der von ihm aus seiner Mitte gewählten Kommission über die grundlegenden Bestimmungen mitzureden, ohne daß die Arbeit deshalb verzögert zu werden braucht, bis der Landesrat wieder im nächsten Jahr zusammentritt. Zum Schlusse gebe ich der Hoffnung der Kommission Ausdruck, daß nun endlich das Stadium der Erwägungen verlassen und zur Tat geschritten werden möge, damit der Farmwirtschaft des Landes, auf deren Gedeihen unsere Zukunft beruht, die so dringend notwendigen Mittel zum Weiterbau zur Verfügung gestellt werden.

Gouverneur Dr. Seitz erklärt, er stehe ganz auf dem Standpunkt des Landesrats und sei gleichfalls der Ansicht, daß die Heranziehung von privatem Kapital für das Kreditinstitut ausgeschlossen sei. Von seiner ursprünglichen Meinung, daß eine große heimische Hypothekenbank im Schutzgebiet eine Zweigstelle errichten könne, hätten ihn die Verhandlungen der wirtschaftlichen Kommission in Berlin abgebracht. In der Heimat könne man südwestafrikanische Verhältnisse absolut nicht richtig beurteilen. Die Berechnungen, die dort von der wirtschaftlichen Kommission über den durchschnittlichen Wert der Farmen und die durchschnittliche Belastung mit Hypotheken angestellt wurden, stimmten nicht. Der Wert des Grund und Bodens in der Kolonie sei in ständiger Steigung begriffen. Im vorigen Jahre sind bei Farmverkäufen, obgleich das Jahr doch so schlecht war, keine schlechteren Erträge erzielt worden als früher. Eine langsame Steigerung ist für unsere Verhältnisse viel vorteilhafter, als wenn plötzlich eine sprunghafte Steigerung eintritt. Die Auffassung der wirtschaftlichen Kommission über die durchschnittliche Belastung des hiesigen Grundbesitzes stimmt nicht. Es wird wohl notwendig werden, wenn dieses staatliche Bodenkreditinstitut errichtet werden sollte, es auf der Grundlage einer Haftung des gesamten Grund und Bodens zu errichten. Wie diese Anstalt im einzelnen eingerichtet werden soll, darüber kann ich leider keine Auskunft geben. Aus unseren verschiedenen Berichten und den darauf eingegangenen Telegrammen des Reichs-Kolonialamts kann

ich nur entnehmen, daß sich das Reichs-Kolonialamt entschlossen hat, ein staatliches Bodenkreditinstitut in Verbindung mit einer Meliorationsgesellschaft zu gründen. Wie hoch die Mittel sein werden, die als Grundlage für ein derartiges Bodenkreditinstitut erforderlich sind, kann ich leider nicht sagen. Über die Einzelheiten bin ich noch im Unklaren. Den von der Kommission gefaßten Beschlüssen kann ich im allgemeinen zustimmen. Ich weiß nur nicht, ob es möglich sein wird, durch einen Nachtragsetat die nötigen Mittel noch in diesem Jahre im Reichstag anzufordern ohne eine Gesetzesvorlage an den Reichstag. Ich glaube, es bedarf eines Reichsgesetzes, und zwar deshalb, weil immer eine staatliche Garantie für die Verzinsung der Pfandbriefe notwendig sein wird.

Gustav Voigts gibt seiner Freude Ausdruck, daß der Gouverneur mit dem Landesrat vollkommen übereinstimmt. Alle die Herren, die über diese Frage verhandelt haben, beherrschen den Stoff nicht und hätten keinen Begriff von den Entwicklungsmöglichkeiten des Schutzgebiets; es sei unzutreffend, daß die Farmen in Südwest schon mit sieben Millionen Mark Restkaufgelder und Hypotheken belastet seien und deshalb keine weitere Belastung vertrügen. Das ganze Land stellt ganz andere Bodenwerte dar. Es sei doch eigentlich auch unerklärlich, weshalb für Eisenbahnen glattweg 110 Millionen Mark bewilligt worden seien, und man nun wegen 5 Millionen Mark Bodenkredit für das ganze Schutzgebiet in der Heimat Schwierigkeiten mache. Die Grundlage für die Bahnbauten bildet doch in erster Linie der gesamte Bodenwert unseres Landes, der doch ein mehrfaches von dem Wert der Bahnen betragen muß. Farmen in der Nähe größerer Orte werden jetzt auch schon zu 5, 8, 10 und 15 Mark pro Hektar umgesetzt, und selbst diese Preise haben eine dauernde, gesunde, steigende Tendenz. Im letzten Monat machte ich eine Reise in der Nähe von Gibeon und sah den Damm auf Mariental mit zirka 1½ Millionen Kubikmeter Wasser. Das Berieselungsland liegt einige Kilometer weiter unterhalb, weshalb eine rationelle Ausnutzung des Wassers noch Kapital erfordert. Dann sah ich den neuen Damm auf Korrakorrabis mit rund 1 Million Kubikmeter Wasser. Das gute Ackerland liegt in großer Ausdehnung direkt unterhalb des Dammes. Dann sah ich Stampriet mit dem starken artesischen Brunnen und reichlichem guten Ackerboden. Die Buren dort haben im ersten Jahr wohl dreihundert Zentner Weizen, etwas Tabak usw. geerntet; aber von einer rationellen Ausnutzung des Wassers kann wegen Kapitalmangel keine Rede sein. Die tausend Kubikmeter Wasser, die das Bohrloch täglich zwei Meter hoch auswirft, gehen den größten Teil des Jahres total verloren. Dann besuchte ich den Damm auf Garris, den größten und besten im Schutzgebiet, der über 2 Millionen Kubikmeter Wasser hat, aber sieben Millionen fassen kann, mit genügend gutem Ackerboden direkt darunter. Ich muß sagen, ich habe mich sehr gefreut über das zielbewußte Selbstvertrauen dieses fleißigen Buren, David Maritz, der für die Herstellung dieses großen Dammes kaufmännischen Kredit nahm; aber auch dann noch

seinen ganzen ansehnlichen Viehbestand bis auf sechs Milchkühe und acht kleine Zugochsen verkaufte, nur um das angefangene Werk zu vollenden; denn Bodenkredit gibt es hier im Lande nicht. Die kaufmännischen Kredite sind total erschöpft; die Handelsbanken sagen ganz richtig, für langfristige billige Bodenkredite seien sie nicht da, und verlangen über 10% Zinsen. Alle vier großen Wasseranlagen sind heute mit dem ganzen Farmland verkäuflich, nur weil es an Betriebskapital fehlt. Und da sagen die Herren in Berlin noch, ein weiterer Bodenkredit für Südwest sei nicht gerechtfertigt. Ich wünschte nur, man hätte in Berlin die Einsicht und den festen Glauben an unsere Bodenwerte, wie der Bur auf Garris, dann würde die wirtschaftliche Stockung in der Entwicklung unserer Bodenwerte bald überwunden sein.

Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme der Anträge der Kommission.

Sodann berichtet der Ausschuß für Schulpensionate. Der Referent Dr. Fritzsche meint, das sei nicht Sache der Gemeinde, sondern der Bezirksverbände, die Schulpensionate zu errichten und zu erhalten, weil die Eltern der betreffenden Kinder nicht in der Gemeinde, sondern in dem Bezirk wohnten. Er geht dann die einzelnen Paragraphen durch, worauf Seine Exzellenz erklärt, daß gegen die Beschlüsse der Kommission von seiten der Regierung keine Bedenken zu erheben seien, auch in schultechnischer Hinsicht nicht. Solche Bedenken erhebt aber Rudolf Kindt, und zwar Bedenken finanzieller Art, weil die Belastung der Bezirksverbände bereits eine außerordentliche sei. Ob denn nicht die Regierung in solchen Fällen eine Unterstützung gewähren könne. Er verweist auf den Fall von Omaruru, das sich in große Unkosten gestürzt habe durch den Bau eines Pensionates. Schließlich erfolgt einstimmige Annahme der Verordnung.

Herr Fritzsche ist auch Berichterstatter über die Frage der Armenfürsorge. Die Gemeinden gerieten in lebhafte finanzielle Besorgnisse, weil ihnen auf Grund der Selbstverwaltungsordnung durch die Regierung die Armenfürsorge überwiesen sei. Fraglos seien sie die geeignetsten Träger der Armenverwaltung, aber die finanzielle Belastung sei außerordentlich groß. Früher habe ja die Regierung die Armenfürsorge in Händen gehabt. Besonders betroffen sind große Plätze wie Windhuk, das sechstausend Mark, und Swakopmund, das in einem halben Jahr sogar 3500 Mark an Unterstützung habe bezahlen müssen. Dem Bezirk Gibeon hatten in noch nicht Jahresfrist drei Unterstützungsfälle beinahe 1800 Mark gekostet, das wäre ein Sechstel seines Etats. Die Kommission sei der Meinung, daß der nächsten Tagung des Landesrats eine Verordnung über die Armenfürsorge vorgelegt werden müsse. Der frühere Bürgermeister Kötz in Swakopmund habe eine solche vorbereitet. Schließlich beantragt der Redner die folgende Entschließung: „Der Landesrat kann die in der Rundverfügung des Kaiserlichen Gouvernements vom 7. Dezember 1911 über die Armenfürsorge aufgestellten Grundsätze nicht teilen, weil dadurch die gesamten Lasten der Armenpflege den

Selbstverwaltungskörpern, unter Ausschaltung des Fiskus, auferlegt werden. Der Landesrat ist vielmehr der Ansicht, daß das Kaiserliche Gouvernement unter sinngemäßer Anwendung der Grundsätze des preußischen Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz in unserem Schutzgebiet die Aufgaben des heimischen Landesarmenverbandes übernehmen muß, während den Selbstverwaltungskörpern die Armenfürsorge nur für ihre Angehörigen zur Last fällt. Der Landesrat bittet das Kaiserliche Gouvernement, bei der nächsten Tagung den Entwurf einer Armenverordnung vorzulegen und hält den von dem früheren Bürgermeister von Swakopmund ausgearbeiteten und dem Kaiserlichen Gouvernement eingereichten Entwurf für die geeignete Grundlage einer solchen Verordnung. Der Landesrat sieht sich im Interesse der Selbstverwaltungskörper genötigt, das Kaiserliche Gouvernement zu bitten, daß es bis zur endgültigen Regelung der Armenpflege die Fürsorge für Geisteskranke, dauernd sieche und dauernd erwerbsunfähige Arme selbst übernimmt. gez. Fritzsche, gez. Albert Voigts, gez. C. Weiß, gez. A. Schad, gez. G. Rösemann."

Der Herr Gouverneur muß die Klagen des Vorredners im großen und ganzen zugeben, meint aber, er könne zurzeit noch nicht übersehen, in welcher Weise die heutigen Zustände abzuändern seien. Aus dem Landesrat heraus wird dem Rechtsanwalt Fritzsche zugestimmt. Bürgermeister Houtermans weist dabei zurück auf eine Entschließung des Oberbürgermeisters Dr. Külz, aus dem hervorgehe, daß im § 5 der Selbstverwaltungsordnung der Aufgabenkreis der Gemeinden deshalb so weit gezogen sei, um nicht bei jeder Erweiterung der Aufgaben eine Abänderung der Selbstverwaltungsordnung herbeiführen zu müssen. Daß jedoch den Gemeinden ohne ihre Zustimmung Aufgaben überwiesen werden, das habe dabei als eine Unmöglichkeit gegolten. Die Gemeinden sträuben sich ja aber gar nicht gegen die Tragung gewisser Armenlasten. Die jetzige Verfügung regelt die Frage der Kostenlast jedoch so einseitig, daß der Fiskus gar keine Kosten trägt. Er bemerke, daß doch die Belastung der Gemeinden teilweise ganz erheblich ist. In den Jahren 1909/10 entstanden der Gemeinde Windhuk noch gar keine Armenkosten. Im Jahre 1911 haben sie sich bereits in die Tausende belaufen. Wenn den Unterstützungsbedürftigen erst mehr bekannt wird, daß sie ein gewisses Recht auf Fürsorge haben, dann werden sich diese Lasten noch erheblich steigern. Es wäre jedenfalls sehr wünschenswert, daß bald eine andere Regelung der Armenfürsorge zustande kommt und gewisse Lasten vom Gouvernement übernommen werden, speziell die Unterbringung Siecher und Geisteskranker. Bei den gegenwärtigen Erörterungen halte er es auch für zweckmäßig, die Fürsorge für mittellose, kranke Eingeborene zunächst außer Betracht zu lassen.

Nach weiteren Debatten wird die Entschließung der Kommission angenommen.

Nach einer Pause verliest zuerst der Vorsitzende die im Kolonialblatt vom 1. April 1912 veröffentlichte Abänderung der Selbstverwaltungsordnung.

Sodann geht man über zur Frage der Einführung von Großviehbränden. Als Referent führt Gustav Voigts aus, daß man in Transvaal mit dem System des Großviehbrandes gute Erfahrungen gemacht habe. Auch in Argentinien, Kanada und Australien sei eine Viehbrandordnung amtlich eingeführt. Dem Parlament der südafrikanischen Union liege zurzeit ein Gesetzentwurf vor, nach dem das Dreistücksystem (zwei Buchstaben und eine Zahl) künftighin zwangsweise eingeführt werden soll. Auf diese Weise könnten tausend Zeichen hergestellt werden, die leicht in einem Buch in handlicher Form zusammengefaßt werden könnten. Das amtliche Register von Transvaal verzeichnet für 1910 bereits 14 700 Brände. Freilich dürfte die Haut des Tieres nicht entwertet werden durch Beschädigung des Felles.

Ein anderer Farmer äußert, so eilig sei die Angelegenheit nicht; sie solle auf ein Jahr zurückgestellt werden, während Herr Schlettwein die schnelle Einführung der Verordnung wünscht, denn sie biete einen sicheren Schutz gegen Diebstähle. Man könne in jedem Falle feststellen, wo ein Rind hingehöre. Auch Farmer Prion ist von der Notwendigkeit des Viehbrandes überzeugt, desgleichen Kindt und auch v. Wolf.

Major v. Heydebreck bemerkt zu der Frage: Die Schutztruppe muß ihre Tiere brennen. Sie tut es jetzt schon. Wenn nun ein hier im Lande angekauftes Pferd einen solchen großen Brand bereits hat und nun dazu noch den Truppenbrand erhält, so glaube ich auch mit Herrn Albert Voigts, daß schließlich solch ein Pferd einer Musterkarte gleicht. Im Jahre 1896 wollte das Truppenkommando einen ähnlichen Brand einführen. Die Pferde wurden direkt entstellt. Ich bin dafür, die Pferde so wenig wie nur irgendmöglich zu brennen und habe daher angeordnet, daß die Offizierspferde nur mit einer Krone gebrannt werden, die übrigen mit möglichst einfachen Truppenzeichen. Meines Erachtens können wir die Pferdezüchter nicht zu einem derartigen Brande zwingen. Ich wäre dafür, einfache Brände, ähnlich wie in der Provinz Preußen einzuführen. Warum sollen wir uns immer nach Argentinien oder Australien richten? In Preußen ist jeder Privatzüchter auf seinen Brand stolz, und jedermann im Lande kennt die Brände der verschiedenen Züchter.

Am Ende erklärt sich die Mehrzahl des Landesrats für das Viehbrandsystem. Sodann wird die Vorlage im einzelnen durchberaten, was dann zum Schluß der Sitzung führt.

Auch die **Sitzung vom 10. Mai** hat sich noch mit dieser Materie zu befassen, bis der Landesrat übergeht zur Verordnung der Regelung des Handelsbetriebes der Wandergewerbetreibenden, Inhaber von Wanderlagern und Handlungsreisenden. Für die Kommission erstattet Herr Schad den Bericht. Sie hat an dem Entwurf wenig verändert. Die Verordnung wird schließlich angenommen.

Dann folgt die zweite Lesung über die Verordnung betreffend Bildung eines Eisenbahnrates. Hauptmann Weiß ist Berichterstatter und teilt mit, daß die dafür berufene Kommission einige Abänderungen vorschlägt, mit denen der Gouverneur sich einverstanden erklärt. Die Verordnung wird sodann einstimmig angenommen, und es werden seitens der Kommission als Mitglieder des Eisenbahnrats folgende Herren vorgeschlagen: Als Vertreter der Landwirtschaft: die Herren Prion, Farmer in Oudengaura, und v. Wolf, Farmer in Duwisib; als deren Stellvertreter die Herren Schlettwein, Farmer in Otjitambi, und Dr. Merensky, Rechtsanwalt in Keetmanshoop. Als Vertreter des Handels die Herren: Wardesky, Kaufmann in Swakopmund, und Gustav Voigts, Kaufmann in Windhuk; als deren Stellvertreter die Herren Schad, Kaufmann in Swakopmund, und Peter Müller, Kaufmann in Windhuk. Als Vertreter der Industrie und anderer Berufe die Herren: Hermann Henning, Kaufmann in Lüderitzbucht, und L. Mahler, Brauereidirektor in Windhuk; als deren Stellvertreter die Herren E. Kreplin, Vorsitzender der Minenkammer in Lüderitzbucht, und Röttgers, Vertreter der Genossenschaftsbank und der Ein- und Verkaufsgenossenschaftsbank, Windhuk.

Diese Herren werden dann vom Landesrat bestätigt.

Es folgen zweite Lesungen einiger Verordnungen, die schon früher besprochen worden sind und die mit der Annahme der betreffenden Entwürfe endeten.

Sodann wird eine besondere Kommission zur Beratung der Diamantensteuer eingesetzt, in die gewählt werden die Herren Dr. Fritzsche, Stauch, Gustav Voigts und Weiß und als Ersatzmann v. Wolf. Hauptmann Weiß macht den Vorschlag, zwei Mitglieder der Minenkammer in Lüderitzbucht zu der Beratung als Sachverständige hinzuzuziehen. Der Herr Gouverneur will nichts dagegen einwenden, sofern diese Sachverständigen nicht Stimmrecht beanspruchen.

Hiernach werden Fragen der Pferdezucht besprochen und zur Erledigung dieser Angelegenheit gleichfalls eine Kommission eingesetzt, bestehend aus den Herren Gödicke, v. Wolf, Albert Voigts.

Herr Zillmann kommt sodann auf die Grasbrände zu sprechen. Wie würden sich diese am wirksamsten vermeiden lassen? Redner schlägt höhere Strafbestimmungen vor und die Ausarbeitung einer Feuerlöschordnung. Vom Regierungstisch wird dazu bemerkt, man müsse dreierlei unterscheiden: 1. die Brände als solche, deren Urheber würden schon hinreichend bestraft durch Bestimmungen des Strafgesetzbuches. 2. Verhütung von Bränden; hierfür bieten genug Paragraphen die Wegeordnung, nach der Lagerfeuer nur dort angezündet werden dürfen, wo keine Gefahr besteht, und die Feuer sofort nach dem Verlassen des Lagers gelöscht werden müssen. 3. über das Löschen fehlten allerdings besondere Bestimmungen. Verschiedene Bezirksämter hätten Entwürfe vorgelegt, aber man habe sich noch nicht einigen können über die zu erlassenden Vorschriften.

Herr Kindt äußert, daß auf den Eingeborenenwerften bekannt gemacht werden sollte, daß fahrlässige und vorsätzliche Stiftung von Grasbränden mit hohen Strafen bedacht ist. Außerdem seien die von der Wegeordnung eingesetzten Strafen zu gering.

Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß Grasbrände häufig durch Lokomotiven herbeigeführt würden; man solle den Brandschutzstreifen der Bahnen von dreißig auf sechzig Meter verbreitern. Farmer Albert Voigts meint, wenn dadurch der Bahnkörper auf 120 Meter verbreitert würde, so bliebe ja von einer Farm nichts mehr übrig. In Südafrika käme man mit einem Brandstreifen von zehn Metern aus.

Dr. Seitz bemerkt, so kleine Farmen hätte man ja doch nicht, daß diese dadurch wesentlich beeinflußt würden. Ferner bemerkt Geheimrat Hintrager: Die Strafbestimmungen genügen vollkommen, um dem Übeltäter einen Denkzettel zu geben. Abgesehen von den sehr hohen Strafen des Strafgesetzbuches, die eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren vorschreiben, besteht eine Verordnung aus dem Jahre 1894, in der ein Strafmaß von drei Monaten Gefängnis oder 5000 Mk. Geldstrafe vorgesehen ist. Schon der Versuch einer Brandstiftung wird mit Gefängnis bedroht. Es genügt schon das Wegwerfen eines Zündholzes, um den Betreffenden ins Gefängnis zu bringen. Es wäre erwünscht, wenn diese Verordnung von Zeit zu Zeit ins Gedächtnis gerufen wird. Im übrigen ist es genau, wie in der Heimat Sache der Bezirksverbände, durch eine Verordnung das Löschen von Feldbränden zu regeln. Eine solche Verordnung ist genau festzusetzen, in welcher Weise durch Zusammenwirken der Bewohner eine Feuersgefahr zu beseitigen ist.

Seine Exzellenz meint schließlich, man solle bei der Verschiedenheit der Verhältnisse es den Bezirksverbänden überlassen, durch Bezirkssatzung die Feuerlöschordnung einzuführen. Im übrigen erklärt er sich bereit, noch einmal die Strafbestimmungen in Erinnerung zu bringen.

Am **13. Mai** beginnt die Spezialdebatte über den ordentlichen Etat. Dann beantragt Kindt eine Abänderung der Grundsteuerverordnung dahin, daß ihre Lasten auf die Fläche des Grundbesitzes in den Ortschaften nach dem durchschnittlichen Wert des bebauten oder unbebauten Geländes verteilt wird. Eine Wertzoneneinteilung in den Ortschaften selbst ist nach deren Ermessen vorzunehmen. Der Gesamtertrag der Grundsteuer soll ungefähr der gleiche bleiben.

Der Vorsitzende bemerkt hierzu: Zu diesem Antrag möchte ich folgendes bemerken: Ist es der Wunsch des Landesrates, daß eine derartige Bestimmung schon im Laufe des Jahres in Kraft tritt, so würde ich eine solche Verordnung provisorisch erlassen und im nächsten Jahre dem Landesrat vorlegen, oder sind Sie der Ansicht, daß die Verordnung zunächst im Entwurf aufgestellt und dem nächstjährigen Landesrat vorgelegt werden soll?

Der Antrag Kindt wird schließlich angenommen.

Von verschiedenen Seiten werden kleinere Beschwerden vorgebracht.

Eine längere Debatte entspinnt sich über einen Posten von 40 000 Mk., der zur Behandlung kranker Eingeborener dienen soll, doch wird eine Einigung nicht erzielt, so daß ein gestellter Antrag zurückgezogen wird.

Dann werden wieder Klagen über die Wassererschließung laut; diese sei viel zu teuer. Schließlich stellt Gustav Voigts den Antrag, das Gouvernement solle dahin wirken, daß der Preis für die Bohrungen der staatlichen Maschinen wieder auf die alten Beträge herabgesetzt werde. Dieser Antrag wird angenommen.

Sodann stand zur Debatte ein Antrag Weiß, wie folgt: „Der Landesrat bittet das Kaiserliche Gouvernement: 1. mit dem Reichs-Kolonialamt in Verbindung zu treten, um eine Abänderung der bestehenden Kaiserlichen Bergverordnung vom 8. August 1905 vorzubereiten, unter Berücksichtigung der vom Landesrat und der Minenkammer gestellten Anträge, welche auf Beseitigung aller in der Praxis sich gezeigten Mängel der Kaiserlichen Bergverordnung abzielen; 2. dem Landesrat den Entwurf einer Verordnung zur Abänderung der Kaiserlichen Bergverordnung in der nächsten Session vorzulegen." Der Antrag wird angenommen; ebenso nach kurzer Besprechung der folgende, das Kaiserliche Gouvernement möglichst bald zu veranlassen, daß die sogenannten Schnellzüge in Zukunft auch auf den jetzt ausgeschalteten kleinen Stationen der Strecke Karibib—Windhuk nach Bedarf halten und dort Passagiere und Milch mitnehmen. Leere Transportgefäße sollen mit gewöhnlichen Zügen befördert werden.

Dann kommt wieder die Frage einer Bahn ins Amboland zur Sprache. Schlettwein bittet, die mit dem alten Material der Staatsbahn beabsichtigte Ovambobahn durch den Bezirk Outjo im Auge zu behalten und weiter zu verfolgen. Der Antrag wird angenommen.

Ähnliche Eisenbahnwünsche beschäftigen dann noch fernerhin den Landesrat. Hernach geht er über zur Beamtenfrage und zu der Angelegenheit der Schulpensionate, um nach einer Pause sich der bekannten Frage Schutztruppe oder Polizeitruppe zuzuwenden. Major v. Heydebreck erhält das Wort zu folgenden Ausführungen: Es sind in einer der letzten Sitzungen, bei der ich abwesend war, militärische Fragen berührt worden, zu denen ich nachträglich Stellung nehmen muß. Das Kommando der Schutztruppe muß Wert darauf legen, daß jeder Mann der Schutztruppe und der Landespolizei dem Lande erhalten bleibt, deshalb müssen m. E. die Äußerungen und Wünsche sich dahin richten, daß wohl Ersparnisse gemacht werden, daß aber die Kopfzahl auch der Landespolizei nicht herabgesetzt wird. Ursprünglich wurde der Etat der Schutztruppe 1907 auf 2500 Mann, der der Landespolizei auf 720 Mann festgelegt. Davon sind inzwischen abgebröckelt von der Landespolizei etwa 100 Köpfe, von der Schutztruppe 530 Mann, letztere mit der Begründung, daß mit der Nordsüdbahn ein schnelleres Verschieben der Streitkräfte vorgenommen werden könne. Das ist wohl richtig, wenn die Bahnverwaltung das erforderliche rollende Material zur Verfügung

stellt und wenn noch Truppen zur Verschiebung übrig bleiben. Wir wollen aber nicht vergessen, daß mit dieser Bahn der Schutztruppe auch neue Aufgaben zugedacht sind, nämlich der Bahnschutz. Es ist selbstverständlich, daß uns viel an der Erhaltung der Bahn bei kriegerischen Verwicklungen liegt. Die Hauptaufgabe der Schutztruppe bleibt aber, sich an die Fersen des Feindes zu heften und ihn von Anfang an so in Bewegung zu halten, daß ihm keine Zeit zu Untaten bleibt. Angriff ist hierzulande ganz besonders die beste Art der Verteidigung und in schroffen Gegensatz dazu würde sich eine Truppe setzen, die sich an der Bahn aufstellt und wartet, ob auch gelegentlich die Bahn angegriffen wird. Das muß einmal festgelegt werden, weil über Bahnfrage und Bahnschutz durchaus unklare militärische Begriffe herrschen. Es ist dann wiederholt betont worden, daß Schutztruppe und Landespolizei sich nicht gegenseitig ersetzen können. Dem stimme ich auch rückhaltlos zu. Es ist aber nicht genügend hervorgehoben worden, daß sie sich gegenseitig ergänzen müssen und zwar in allem, auch den geringfügigsten Fällen von Ruhestörungen und Verfehlungen gegen die öffentliche Sicherheit. Es wäre falsch, wenn seitens der Polizeiorgane gelegentlich von Viehdiebstählen, Entweichen gefährlicher Eingeborener und Zusammenrottungen erst abgewartet wird, ob solche Bewegungen größeren Umfang annehmen. Das würde allen militärischen Grundsätzen und allen Erfahrungen der hiesigen Aufstände und Kriege widersprechen. Der bekannte Bandenführer Morenga (richtiger Marinka) hat mit kaum zehn Mann seine ersten Diebstähle begangen. Es wurde nicht hinreichend beachtet und bald führten die Erfolge dem Marinka über 100 Mann zu. Was schließlich aus dieser Zusammenrottung geworden ist, ist noch in frischer Erinnerung. Ähnlich war es beim Einfall der Rolfsbande, der zum Glück durch energische Maßnahmen aller Sicherheitsorgane, einschließlich der Schutztruppe, nur eine partielle Beunruhigung und Schädigung nach sich zog. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einmal die Frage aufwerfen, wie zukünftige, planmäßige Zusammenrottungen der Eingeborenen vor sich gehen und zu unserer Kenntnis gelangen werden. Es wird wie in früheren Jahren in der Weise geschehen, daß einzelne Polizeistationen, Patrouillen, auch Farmer abgeschlossen werden. Das bleibt der ewige Plan, den mir Manasse, der frühere Häuptling von Omaruru, schon 1897 verraten hat und nach dem die Eingeborenen bei späteren Aufständen stets gehandelt haben. Deshalb muß das Ineinandergreifen der Polizei und Schutztruppe ein ständiges bleiben, weil man hier nie wissen kann, ob nicht aus einer kleinen Flamme ein Großfeuer entstehen wird. Nur ein rechtzeitiges Heranziehen geschlossener größerer Truppenteile wird den gewünschten Eindruck und Erfolg sichern. Das liegt in der Natur der Landespolizei und der Schutztruppe. Die Angehörigen der Landespolizei, zur größeren Selbständigkeit erzogen und im ständigen Verkehr mit der farbigen Bevölkerung, würden erstens in geschlossenen Verbänden nicht die Schulung der Schutztruppe erreichen können und zweitens auf eingeborene Banden nicht den Eindruck machen wie die Schutztruppe, die ihnen unbekannter und daher

unnahbarer erscheinen wird. Ich möchte dieses hier einmal klarstellen. Nun sind bereits von der Landespolizei etwa 120 Mann gestrichen. Weitere Streichungen berühren die militärische Sicherheit des Landes und sind deshalb nicht vertretbar. Anders steht es mit einer Neuorganisation und dem Wunsche, zu sparen. Ich habe nämlich schon die Ansicht ausgesprochen, daß eine Umwandlung in eine Gendarmerie sehr erwünscht ist und nach meiner Schätzung auch Ersparnisse bringen wird. Daß im Frieden die Landespolizei, auch wenn sie militärisch organisiert wird, ihre eigenen Wege gehen muß und ihr vom Kommando der Schutztruppe nicht in ihren Betrieb hineingeredet werden darf, ist zweifellos. Das geschieht auch in Preußen nicht seitens der Armee gegenüber der militärisch organisierten Gendarmerie. Anders wird es im Kriege, wo nur ein militärisches Kommando befehlen darf, und daß dies der Schutztruppe zusteht, ist wohl selbstverständlich. Ich möchte daher bitten, alle Anträge dahin zu richten, daß eine weitere Verminderung sowohl der Schutztruppe wie der Landespolizei zu verwerfen ist, nachdem der Schutztruppe von der ursprünglichen Stärke bereits 530 Köpfe, der Landespolizei etwa 120 Köpfe genommen sind. Meine Herren, wir dürfen nicht vergessen, daß mit der fortschreitenden Entwicklung und Besiedelung bisher lediglich größere Kapitalien im Lande investiert sind, nicht aber die Wehrkraft erhöht ist, wie man stets fälschlich daheim betont. Sicherlich ist eine erhebliche Anzahl wehrfähiger Männer zugewandert, aber kein Kommandeur wird die Verantwortung übernehmen, diese Leute zur Verstärkung der Truppe fortzunehmen und Frauen und Kinder in Augenblicken der Gefahr schutzlos zu lassen. Bisher sind durch die Entwicklung der bewaffneten Macht hier lediglich größere Aufgaben erstanden. Die Schutztruppe und die Landespolizei sind gewissermaßen die Versicherungsprämien für das hier investierte Kapital. Es ist allgemeiner wirtschaftlicher Grundsatz, mit der Erhöhung des investierten Kapitals auch die Versicherungsprämien zu erhöhen. Hier soll es gerade umgekehrt gemacht werden. Schutztruppe und Landespolizei sollen mit dem steigenden Wohlstande vermindert werden. Ein solches Verfahren spricht jedem militärischen Grundsatz und Logik Hohn.

Hiernach geht der folgende Antrag Kindt ein: „Der Landesrat bittet das Kaiserliche Gouvernement: 1. Zur Verminderung der Kosten der Landespolizei im nächsten Jahre Vorschläge zu unterbreiten, die eine Umwandlung der Landespolizei in eine Gendarmerie ermöglichen sollen. Bis dahin aber 2. den Etat der Landespolizei für das Rechnungsjahr 1913 dahin abändern zu wollen, daß a) die bisher vertragsmäßig verpflichteten 45 Beamten in Fortfall kommen, b) alle Etatspositionen entsprechend verringert werden, c) die zwei Oberleutnants für die Besatzungen am Okawango, nach dem der Reichstag die Mittel für eine ausgedehntere Besetzung des Okawango mit Polizei nicht bewilligt hat, in Fortfall kommen, d) die Unterhaltungskosten für 978 Reitausrüstungen von je 45 Mk. auf je 25 Mk. in Titel 11 herabgesetzt werden, e) die Unterhaltungskosten für die Bekleidung von 370 Polizeidienern

von je 150 Mk. auf je 100 Mk. in Titel 11 herabgesetzt werden, f) die Unterhaltungskosten für 58 Pack- und Reitsättel für Kamele und 50 Packsättel für Maultiere von je 45 Mk. auf 25 Mk. in Titel 11 herabgesetzt werden. Ferner 3. die Kopfzahl der Beamten der Landespolizei auf 500 zu beschränken mit der Maßgabe, daß für ausscheidende Beamte so lange kein Ersatz eingestellt wird, bis dieser Stand erreicht ist, und ferner mit der Maßgabe, daß von der Verminderung der Kopfzahl nicht die Stationen, sondern nur die Depots betroffen werden. 4. Die wirtschaftliche Verwaltung der Landespolizei nach Möglichkeit der übrigen Verwaltung anzugliedern, damit der Beamtenstab der Inspektion möglichst schon im Rechnungsjahr 1913 verringert werden kann. 5. Die Maultiere künftig anstatt mit Hafer mit Mais oder Hirse zu füttern. gez. Kindt, gez. Prion, gez. Weiß, gez. Gessert, gez. v. Wolf, gez. Goldbeck, gez. Max Sievers, gez. Rösemann."

Der Antragsteller gibt eine Begründung, in der er darauf verweist, daß auch die Regierung die Umänderung der Landespolizei in eine Gendarmerie für wünschenswert erachtet. Die kleinen Stationen im Lande sollen nicht vermindert werden. Der Etat des Landes sei nicht so reich ausgestattet, daß man sich etwas leisten könne, was nicht unumgänglich notwendig sei.

Gouverneur Dr. Seitz erwidert, die Umwandlung der Landespolizei in eine Gendarmerie sei bereits vorbereitet. Seiner Ansicht nach werde gerade bei einem Gendarmeriekorps die militärische Ausbildung noch mehr in den Vordergrund treten. Er werde jedenfalls noch einmal die nötigen Erhebungen anstellen, inwieweit sich noch bei der Landespolizei Ersparnisse machen lassen. Ihre Verminderung werde er aber nur in soweit vorschlagen, wie er es mit Rücksicht auf die Sicherheit des Landes verantworten könne. Von der Zusammenlegung der Inspektion mit der allgemeinen Verwaltung befürchtet er ein großes Durcheinander und am Ende keine Ersparnismöglichkeiten.

Gustav Voigts hofft, daß das zukünftige Gendarmeriekorps dem Publikum gegenüber nicht noch militärischer auftrete. Der Kommißton passe nicht in das Leben des Schutzgebietes. Gegen eine Verminderung der Landespolizei spricht sich Herr Wardesky aus. Der Kindtsche Antrag wird in den ersten zwei und dem fünften Punkt angenommen, dagegen werden Punkt drei und vier abgelehnt.

Gegen eine Verminderung der Schutztruppe erklärt sich dann mit Nachdruck die folgende, einstimmig vom Landesrat angenommene Entschließung: „Der Landesrat bittet das Kaiserliche Gouvernement, bei der Reichsregierung dahin vorstellig werden zu wollen, daß eine weitere Verminderung der Kaiserlichen Schutztruppe unterbleibt. Der Landesrat erklärt dazu, daß seiner Überzeugung nach die Verhältnisse im Schutzgebiet eine weitere Verminderung der Schutztruppe deshalb nicht gestatten, weil noch zu viel in ihren Stammesorganisationen lebende, mit guten Gewehren bewaffnete Eingeborenen im Lande vorhanden sind, die eine Verminderung der vom Aufstand her gefürchteten Schutztruppe als eine Ermutigung zu Ansprüchen und Übergriffen

betrachten würden, deren Folgen noch verhängnisvoller sein könnten, als die des großen Aufstandes, weil die Entwicklung des Schutzgebietes heute ganz erheblich weiter fortgeschritten ist und viel höhere wirtschaftliche Werte der Vernichtungsgefahr ausgesetzt sind. Der Landesrat erklärt ferner, daß die überall im Lande auf kleine Stationen verteilte Landespolizei ihrer gänzlich anderen Aufgaben und ihrer anderen Organisation wegen eine aus geschlossenen Formationen bestehende Schutztruppe niemals ersetzen kann. Der Landesrat erklärt endlich aus diesen Gründen, daß er es ablehnen muß, eine Bürgschaft für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit im Lande, soweit ihn eine Verantwortung trifft, zu übernehmen, wenn die Reichsregierung die Kopfzahl und die geschlossenen Formationen der Kaiserlichen Schutztruppe, die dem Lande bei Aufstandsgefahr allein Schutz gewähren kann und durch ihr Vorhandensein die ruhige Weiterentwicklung des Landes gewährleistet, noch weiter zu vermindern gedenkt."

Im Abschnitt 2 gelangt wiederum der Antrag auf Einsetzung von 200 000 Mk. als erste Rate für den Neubau eines Bakteriologischen Institutes zur Annahme.

Hierauf wird von Herrn Schad verwiesen auf die gesundheitlichen Mißstände im Gouverneurhaus in Windhuk. Es liege direkt über heißen Quellen, so daß besonders in den östlich gelegenen Zimmern die Luft dauernd feucht ist, und daß aus diesem Grunde unter den Bewohnern häufig Krankheiten aufgetreten sind. Mithin sei die Erbauung eines neuen Gouverneurwohnhauses nicht länger zu umgehen, deren Kosten auf eine Viertel Million Mark zu schätzen sei. Einstweilen sollen in den Etat für 1913 100 000 Mk. als erste Rate eingestellt werden. Die Mittel hierzu ergeben sich aus den Ersparnissen beim Hafenamt. Auch Herr Albert Voigts setzt sich für die Bewilligung dieses Antrags ein.

Dr. Seitz dankt den Herren für den Antrag, verspricht sich aber vorläufig keinen Erfolg von ihm. Erst müsse man die große Last, die durch den Bau des Verwaltungsgebäudes auf dem Etat lastet, wegschaffen. Noch notwendiger wie ein Wohnhaus für den Gouverneur sei der Bau eines neuen Bezirksamtes. Beim Gouverneurhaus könne vielleicht ein Umbau bessere gesundheitliche Zustände herbeiführen.

Schließlich wird der Antrag Schad angenommen, und da auch die anderen Titel des außerordentlichen Etats bewilligt werden, kann der Herr Vorsitzende feststellen, daß der Etat somit in zweiter Lesung angenommen sei, und man geht an die Berichte der nächsten Kommission.

Über die Impfordnung berichtet Herr Wardesky, der mancherlei Änderungen an den Regierungsentwürfen verficht, so daß Dr. Seitz schließlich erklärt, er könne zu diesen sehr veränderten Entwürfen nicht sofort Stellung nehmen.

Über die Verordnung, betreffend die Errichtung eines land-

wirtschaftlichen Verbandes ist Herr Kindt Berichterstatter. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Debatte sei sie wörtlich wiedergegeben:

„Meine Herren! Die Kommission hat es für ihre Pflicht gehalten, sich zuerst einmal schlüssig darüber zu werden, ob eine Landwirtschaftskammer überhaupt wünschenswert ist. Die Mitglieder der Kommission sind einstimmig der Ansicht, daß eine solche Neuorganisation der gesamten Farmerschaft des Landes unbedingt förderlich ist.

Die Vorteile liegen auf der Hand. Es wird eine Organisation geschaffen, an deren Aufgaben alle Farmer mitzuarbeiten haben, also eine straffere Organisation, als sie eine freiwillige darstellt. Diese Organisation wird bei der Regierung als eine solche auf öffentlich rechtlicher Grundlage einen ganz anderen Einfluß besitzen als die freiwillige, das Gouvernement kann sich auf ihre Äußerungen auch ganz anders stützen, weil sie eben die ganze Farmerschaft umfaßt. Wird dadurch der Geschäftsgang schon vereinfacht, weil das Gouvernement nur an einer Stelle anfragt und von einer Stelle seine Antworten erhält, so ermöglicht eine Zentralstelle, wo die Wünsche und Interessen der Farmwirtschaft zusammenlaufen, daß gerade dies einheitlicher als bisher Berücksichtigung findet. Deshalb aber, meine Herren, entschied sich die Kommission ebenfalls einstimmig für eine einzige Kammer. Man ist der Ansicht, daß sich, wie die Verhandlungen im Landesrat seit drei Jahren augenfällig bewiesen haben, die Interessen des Landes sehr wohl von einer einzigen Körperschaft vertreten lassen. Norden, Mitte und Süden treffen sich, und in persönlicher Aussprache werden kleine Differenzen erledigt, ohne daß ein Groll zurückbleibt, wie dies im Landesrat bewiesen worden ist. Würden wir drei Kammern haben, so würde jede Kammer mit allen Mitteln nur die Interessen ihres engeren Bezirkes zu vertreten suchen, die Folge wäre ein heftiger und ständiger Kampf der drei Kammern gegeneinander. Das muß und kann im Interesse der Einigkeit, die, wie es überall ist, so auch die südwestafrikanischen Farmer stark macht, vermieden werden. Daher der Vorschlag, eine einzige Kammer zu begründen. Aus dem Entwurf zu einem Statut, den wir ausgearbeitet haben, geht hervor, daß daneben einzelne Arbeitsausschüsse im Norden, Mitte und Süden bestehen sollen, die jene Arbeit zu leisten haben, die von den Anhängern der Dreikammeridee den einzelnen Kammern zugedacht waren.

Einen weiteren Vorteil der von uns vorgeschlagenen Organisation sehen wir darin, daß die Farmer oder landwirtschaftlichen Vereine weit mehr als bisher zu Mittelpunkten des farmwirtschaftlichen Interesses gemacht werden, indem das aktive Wahlrecht zu der neuen Organisation, die wir „Verband“ und nicht Kammer nennen wollen, an die Zugehörigkeit zu einem dieser Vereine geknüpft werden soll. Damit ist auch die Gewähr gegeben, daß sich die Vereine, in denen sich alle Elemente der Farmerschaft so sammeln werden, mehr als bisher mit Berufsfragen und weniger mit politischen Fragen beschäftigen werden. Die Farmwirtschaft wird durch solch einen Gedanken-

austausch nur die größten Vorteile haben können. Daß der Verband nach Wahl sich Aufgaben stellen kann und keineswegs gezwungen ist, sich solche von der Regierung vorschreiben zu lassen, wird sich aus dem Statutsentwurf ergeben. Ich erwähne nur, daß gemeinsamer Saatbezug, Arbeits- und Stellenvermittlung, Maschinenprüfungen, Ausstellungswesen, Absatzorganisation und Handinhandarbeiten mit den Sachverständigen einige jener Aufgaben des Verbandes darzustellen hätten, die er aber nach Belieben aufzunehmen vermag, zu denen er aber nicht gezwungen ist. Der Haupteinwand der Verbandsgegner war: Es kostet zuviel! Meine Herren! Sie werden aus dem Statut ersehen, daß dieser Einwand völlig hinfällig ist. Es wird an Beiträgen nicht mehr kosten, als der Verband selbst beschließt, in den der Farmer selbst die Mitglieder, seine Vertrauensleute, wählt. Es sind im Statut überhaupt keine Beiträge festgesetzt, das steht nur dem Verband, also den Farmern selbst zu.

Nun aber zu den schweren Pflichten des Verbandes, die das Gouvernement den Farmern auferlegen soll. Worin bestehen sie? Einmal darin, daß der Verband einmal jährlich einen Bericht an die Behörde einzureichen hat, und weiter darin, daß jährlich eine einzige Vollversammlung des Verbandes stattfinden muß. Weiter nichts! Der Verband braucht weder Versuchsstationen anzulegen und zu unterhalten, noch die landwirtschaftlichen Sachverständigen zu besolden, ja das Statut gibt der Aufsichtsbehörde nicht einmal die geringste Handhabe, dem Verband derartige Pflichten aufzuerlegen!

Doch nun das Statut selbst! Meine Herren! Ich komme zum Ende. Die Kommission hat sich, wie Sie sehen, redlich bemüht, mit ihrem Entwurfe der Sache zu dienen. Stärkung der Einflüsse der Farmerschaft war für uns die alleinige Richtschnur. Das Normalstatut, über dessen Fassung uns vom Regierungstische aus noch die Mitteilung gemacht werden wird, sieht als einzigen Zwang den vor, daß alle Berufsgenossen, deren Tätigkeit in den Rahmen des Verbandes gehört, auch in die Wahlvereine aufgenommen werden müssen und das kann nur wiederum den Zusammenschluß der Farm-, Land- und Viehwirtschaft treibenden Kreise zu einer straffen Organisation fördern.

Die Kommission gibt der Hoffnung Ausdruck, daß nun auch die dem Gedanken an eine solche Organisation weniger freundlichen Elemente der Farmerschaft sich davon überzeugen lassen, daß der Verordnungsentwurf der Organisation wenig Pflichten auferlegt, aber Rechte verleiht, die es ihr ermöglichen, der gemeinsamen Sache viel energischer zu dienen, wie dies bisher in den Vereinen möglich war, die ja nur einen Teil der Farmer Berufsgenossen umfaßten. Man gedenke des Spruches „Einigkeit macht stark" und ergreife die Hände, die sich aus dem ganzen Lande bei Annahme dieses Entwurfes durch den Landesrat und den Erlaß durch den Herrn Gouverneur den Abseitsstehenden entgegenstrecken. Man vergesse, was vergangen ist und erkenne die ehrliche Arbeit zum Besten der Farmerinteressen an.

Rust: Ich muß Herrn Kindt widersprechen. Ich habe mich nur unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß den Farmern keine erheblichen

Kosten entstehen. Die Angelegenheit ist sehr wichtig, und die Forderungen der Vorredner müssen erfüllt werden. Ich sehe aber nicht ein, daß eine so umständliche Organisation notwendig ist. Das, was erforderlich ist, wird erfüllt durch den Landesrat. In ihm sind so ziemlich alle Bezirksvertreter vereinigt. Ich möchte zu bedenken geben, die Kammer vorläufig noch nicht zu gründen. Denn es ist Tatsache, daß viele Farmer dagegen sind und sich noch nicht beruhigt haben.

Goldbeck: Meine Herren! Ich bin der Ansicht, daß die Mehrheit der Farmer eine Zwangsvereinigung nicht wünscht. In den Bezirken Rehoboth und Gobabis haben die Farmervereine sich gegen die Einführung der Kammer erklärt; in den Bezirken Windhuk und Maltahöhe hat sich eine große Mehrheit dagegen ausgesprochen. Wenn auch die Landesratsmitglieder in großer Mehrheit sich für eine Zwangsvereinigung aussprechen, so glaube ich doch, daß mindestens die Hälfte der Farmer des Landes, vielleicht noch mehr, diese Zwangsvereinigung nicht wünscht. Hauptsächlich haben wir Bedenken wegen der aufzubringenden Kosten. Meine Herren! Wenn hier auch jetzt erklärt wird, daß es nur ganz geringe Kosten sind, die entstehen, so kann es uns niemand verdenken, wenn wir es wagen, daran zu zweifeln. Ich erinnere nur daran, was wir bisher in den Gemeinden und Bezirksverbänden erlebt haben, und was für Lasten wir noch zu tragen haben, obgleich uns vorher gesagt wurde, daß die entstehenden Kosten gering wären.

Ich kann deshalb einem zwangsweisen Zusammenschluß nicht zustimmen, um so mehr nicht, da die Farmerschaft des Landes stark im Landesrat vertreten ist, und das Gouvernement so in der Lage ist, die Wünsche der Farmerschaft zu hören. Wünscht das Gouvernement noch andauernd Fühlung mit Vertretern der Farmerschaft, so könnte aus Landesratsmitgliedern, ähnlich wie der Eisenbahnrat, eine Körperschaft gebildet werden, welche das Gouvernement in allen landwirtschaftlichen Fragen hören könnte. Die Kosten, welche hierdurch entstehen, würden doch sicher bedeutend geringer sein, wie sie die Kammer verursachen würde.

Sievers: Ich muß erklären, daß der Bezirk Rehoboth entschieden dagegen ist. Wenn die Landwirtschaftskammer ihre Aufgaben erfüllen soll, dann muß sie Geld haben und zwar sehr viel. Diese Summen kann der Farmerstand heute jedoch noch nicht aufbringen. Wenn aber die Farmerkammer nur von der Regierung gutachtlich gehört werden soll, so genügt meiner Ansicht nach eine freie Vereinigung, wie sie jetzt bereits in der Mitte besteht. Eine gleiche Vereinigung kann im Norden und Süden errichtet werden. Die drei Verbände wählen dann je einen Delegierten, die dann vom Gouverneur einberufen werden können.

Schlettwein: Seit einem Jahre wird die Wiedervereinigung der Farmerschaft unseres Landes eifrigst behandelt. In allen Bezirken steht man auf dem Standpunkt, daß eine solche Einigkeit herbeigeführt werden soll und muß. Der Farmerstand im Lande bedeutet einen so wichtigen grundlegenden

Faktor unseres ganzen Wirtschaftsbetriebes, daß es verständlich erscheint, wenn die Wünsche und Bestrebungen, eine Einigkeit herbeizuführen, weit über die Kreise der Farmerschaft hinaus, das Interesse des Landes berührt. Es ist aus diesem Grunde ja nur verständlich, wenn sich auch der Landesrat mit der Frage befaßt. Die grundlegenden Punkte für solche zu erstrebende Einigkeit waren bereits im vorigen Jahre festgelegt. Die allgemeine Ansicht ging dahin, der persönliche Einfluß einzelner soll in Zukunft ausscheiden, es soll eine Vereinigung gebildet werden, in der die Stimme der Allgemeinheit in farmwirtschaftlichen Sachen zu Worte kommt. Es soll eine Organisation geschaffen werden, in der die Farmerschaft ihrer Bedeutung entsprechend auch einen erwünschten Einfluß auf die Maßnahmen der Regierung hat, sei es als sachverständiger Berater oder in der Weise, daß Anregungen aus der Farmerschaft direkt der Regierung unterbreitet werden würden. Auch die Ansicht der Kommission deckt sich in ihrem Resultat mit obigen Wünschen. Bei der Verwirklichung dieser gemeinsamen Wünsche stieß man ja, wie bekannt, bereits im Vorjahre auf Meinungsverschiedenheiten. Der größere Teil des Landes glaubte, in einer strafferen Organisation, in der Bildung von Landwirtschaftskammern am besten das Ziel zu erreichen, während die Mehrheit in der Mitte des Landes eine allgemeine freie Vereinigung der Farmer nach Nord und Süd und Zentrum für wünschenswert hielt. Es ist keine Frage, die Bezeichnung Landwirtschaftskammer war von vornherein eine unglücklich gewählte, wer den Apparat einer heimischen Landwirtschaftskammer nur oberflächlich kennt und dann hörte, so etwas soll in unserer jungen Kolonie eingeführt werden, der konnte mit Berechtigung zu der Äußerung kommen: verfrüht für unser Land. So war es aber ja gar nicht gemeint. Es war von den sogenannten Kammerfreunden lediglich eine allgemeine Vereinigung bezweckt, die im Interesse und für das Wohl der geschlossenen Farmwirtschaft arbeiten sollte. Daß diese Organisation einen Zwangsbeitritt nur durch eine kleine Abgabe von jedem Farmer forderte, war im Hinblick auf die vielen gleichgültigen Elemente, die sich sagen, was soll ich in einem Farmerverein und Beiträge zahlen, wenn diese Vereine etwas erreichen, habe ich ja den Erfolg ohne Beitrag, doch nur berechtigt, denn eine Organisation nach innen ist notwendig für die Vertretung nach außen. Mit der größten Freude begrüße ich den Bericht der Kommission. Die Herren, die in der Sache gearbeitet haben, haben mit großem Verständnis dahin gewirkt, den Gegnern des Kammergedankens entgegenzuarbeiten. Man hat den Kammergedanken fallen lassen und schlägt jetzt eine Vereinigung vor, wie sie die Herren um Windhuk in ihrer Mehrheit ursprünglich auch wünschten. Durch solches Entgegenkommen zeigen wir aufs deutlichste, daß uns am allermeisten und in erster Linie darum zu tun ist, eine absolut geeignete Farmerschaft in der neuen Organisation zu sehen. Der Kommissionsvorschlag baut den bisherigen Gegnern eine goldene Brücke, die sie nicht umgehen werden, da auch sie ernstlich und mit Überzeugung nur die Einigkeit im Auge hatten und haben.

Daß die Farmerschaft des Landes reif ist, gesunde sachliche Arbeit zu leisten, weiß der Landesrat am besten zu würdigen. An unsern Farmern wird es liegen, zu beweisen, daß wir an Reife anderen Berufsständen nicht nachstehen. Es fragt sich meiner Meinung nach nun: Wollen wir den dem Zusammenschluß durch einen Zwang entgegenstehenden Teilen der Farmerschaft noch weiter entgegenkommen und von dem Zwang zunächst absehen? Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Herren der Gegenpartei zu sprechen. Man hat mir die dort vertretenen Wünsche folgendermaßen geschildert. Der Verband der Mitte ist gegründet. Die Herren wollen in dieser Organisation für innere wirtschaftliche Fragen sich die Selbständigkeit der Entscheidung garantiert sehen. Daß die Verhältnisse im Lande im Norden, Süden und im Zentrum verschiedene sind, wissen wir alle. Auch im Norden und Süden hat man solche Zusammenschlüsse ja bereits ins Auge gefaßt und besprochen. Für gewisse Fragen, z. B. für die einer genossenschaftlichen Vereinigung oder für die gemeinsame Verwertung gewisser Landesprodukte muß ja das Land auf solche Dreiteilung zurückkommen.

Ebenso wie Herr Kindt und die Kommission stehe ich natürlich fest auf dem Standpunkt: für eine Vertretung nach außen auch dem Gouvernement gegenüber darf diese Dreiteilung niemals zugrunde gelegt werden. Die natürliche Folge wäre nicht Einigkeit und die einmütige Vertretung der Farmerinteressen, sondern steter Kampf und Zersplitterung, indem sich nun Nord, Süd und Zentrum in Gegensatz bringen würden.

Soweit ich orientiert bin, sind aber die Herren der Opposition gegen den Zwangszusammenschluß bereit, uns entgegenzukommen. Man will dem zustimmen, daß künftig in derselben Weise, wie es beim alten Farmerbund war, jeder Bezirk im Lande einen von der organisierten Farmerschaft gewählten Vertreter in den neuen Verband entsendet, der die gesamte Farmerschaft des Landes dann vertritt. Daß es natürlich auch zwei Vertreter sein könnten, dem stände ja auch nichts entgegen. Wenn dieser Verband, den wir nicht Kammer zu nennen brauchen, dann jährlich einmal zusammenträte oder auch sonst in dringenden Fällen einberufen wäre, und wenn die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Herrn Gouverneurs oder eines von ihm zu bestimmenden Vertreters stattfänden, so wäre dadurch nach allen Seiten ja den grundlegenden Wünschen entgegengekommen. Es fragt sich nur, wollen wir soweit entgegenkommen und zunächst auf den Zwang verzichten, der unserer Ansicht nach eine wesentliche Stärke der Organisation bedeutet. Aber noch eine andere Frage möchte ich Ihnen stellen. Wenn es auch dankenswert und im Interesse des Farmerstandes ist, wenn sich der Landesrat mit dem Gedanken einer Wiedervereinigung beschäftigt, würde es nicht genügen, wenn von dieser Stelle die allgemeinen Anregungen gegeben werden und, wenn man es der Farmerschaft überläßt, deren eigenste Angelegenheit doch die Neuorganisation ist, den Entschluß zu fassen über das wie? Wenn wir als Schluß unserer Verhandlungen den Herrn Gouverneur bitten würden, sobald wie möglich die

Delegierten der bestehenden Vereine zusammen zu berufen, um dann definitiv zu entscheiden, wie die von allen Seiten erstrebte Einigung herbeigeführt werden kann, könnte man dadurch schon ausgleichend wirken. In einigen Punkten des uns vorgelegten Entwurfes muß ich aber schon jetzt direkt widersprechen. Es heißt in diesem Entwurf: das für die Vereine im Lande geltende Normalstatut soll vom Gouverneur festgesetzt werden. Ich bitte zu sagen: Das Normalstatut wird vom Verbande aufgestellt und muß die Genehmigung des Gouverneurs finden. Desgleichen bitte ich, wenn es auch gut sein mag, den vorliegenden Entwurf hier zu besprechen, nicht über das Normalstatut direkt verhandeln zu wollen. So dankenswert es ist, wenn der Landesrat für den allgemeinen Einigungsgedanken mitarbeitet, die Festlegung der Statuten für den neuen Verband ist internste Angelegenheit der Farmerschaft des Landes. Diese Grundlage einer Neuvereinigung muß von der Farmerschaft allein vielleicht mit Hilfe der Regierung gelegt werden.

Zillmann: Es wurden die eventuell entstehenden Kosten ins Treffen geführt. Haben sich die Herren überlegt, welche Kosten den Farmern bei dem jetzigen Zustand entstehen? Die Kosten, die wir allein bei gemeinsamen Bezug von Saatgut ersparen, wiegen die 10 oder 20 Mk. Beitrag für die Kammer reichlich auf. Es entstehen uns aber auch moralische Kosten. Wir wollen ein Bodenkreditinstitut. Mit Recht wird uns da entgegengehalten werden, die sind sich ja selbst nicht einig. Den Farmern fehlt das Solidaritätsgefühl. Wir haben jetzt detaillierte Vorschläge gemacht und legen die Einigung in die Hand der Regierung. Der jetzige Zustand ist unwürdig.

Vorsitzender Dr. Seitz: Für die Regierung steht im Vordergrunde der Wunsch, daß eine Vertretung der Farmerschaft zustande kommt, an die sie sich wenden kann. Es fragt sich nun, wie diese Vertretung am besten zustande kommt. Genügt es, wenn wir einen Ausschuß des Landesrats wählen, oder müssen wir eine besondere Vertretung der Farmerschaft haben? Ein Ausschuß des Landesrats wird meiner Ansicht nach seinen Zweck nicht erfüllen. Wir können diese Einrichtung nicht mit dem Eisenbahnrat vergleichen. Jetzt liegen die Verhältnisse so: Solange die Farmerschaft nicht organisiert ist, bin ich genötigt, mich an die einzelnen Farmervereine zu wenden. Das führt nicht zum Ziel. Die Ansichten gehen zu sehr auseinander. Es fragt sich nun, ob eine derartige Organisation aufgebaut werden soll auf den Farmervereinen. Soll dieser Zusammenschluß zwangsweise vereinbart werden, oder genügt es, daß man den Farmervereinen, die sich zusammengeschlossen haben, so viel Vorteile in Aussicht stellt, daß die übrigen von selbst beitreten? Diesen Weg hat man auch in Deutschland mehrfach eingeschlagen.

Ich bin dafür, daß der Entwurf der Kommission jetzt durchberaten wird. Ich sehe allerdings einige bedenkliche Punkte. Bezüglich § 21 meine ich, daß der Verband besser selbständig sein soll. Zu § 19. Hiernach sind beitragspflichtig alle passiv wählbaren Personen, und die Beitragspflicht ist erklärt als eine Abgabe öffentlichen Charakters. Rückständige Beträge sollen im

Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden können. Es ist mir zweifelhaft, ob dieser Beitrag durch Verordnung des Gouverneurs zu einer Abgabe des öffentlichen Rechts erklärt werden kann. Ich glaube, wir bedürfen dazu einer Reichskanzlerverordnung oder gar einer Kaiserlichen Verordnung. Ich glaube, es wird aber auf Schwierigkeiten stoßen, die Reichsregierung zu einem derartigen Schritte zu bewegen, da der § 19 eine Besteuerung von Leuten enthält, die außerhalb des Verbandes stehen. Dieser Verband wird ein Zwischending sein zwischen einem freien Verein und einem Körper der Selbstverwaltung. Ein weiterer Punkt wäre meines Erachtens noch, daß man die Aufgaben und Rechte etwas mehr präzisiert.

Kindt: Meine Herren! Leider muß ich heute zum drittenmal einen Umfall feststellen. Diesmal war es Herr Rust, der umfiel. Er hatte den Kommissionsentwurf ausdrücklich gebilligt, zwar mit jener Einschränkung, daß es nicht viel kosten dürfe. Jetzt aber schlägt er etwas ganz anderes vor, als die Kommission. Der Herr Gouverneur hat ja bereits nachgewiesen, daß eine Kommission des Landesrats eine Kammer nicht ersetzen kann und damit ist dieser Punkt wohl erledigt. Herrn Goldbeck möchte ich antworten, daß auch in den sogenannten gegnerischen Vereinen, wie mir bekannt ist, sehr viel Stimmen für den Kammergedanken zu finden sind. Eine Abstimmung der einzelnen Farmer würde sicherlich eine große Mehrheit für die Kammer ergeben. Auch ich hatte Gelegenheit, mit Herren aus dem andern Lager zu sprechen, wie Herr Schlettwein, allerdings etwas früher. Mir sagte man, wenn unsere Befürchtung, daß die Sache zu teuer werden könnte, unberechtigt ist, dann werden wir auch mitmachen. Deshalb betonte ich, wie der Verband es in der Hand habe nach unserem Entwurf, seine Ausgaben allein zu bestimmen.

Übrigens hat auch der Farmerverband etwas gekostet; vielmehr wird der Verband auch nicht kosten, nur daß er mehr leisten wird. Herrn Schlettweins Anregung, man möge wegen des Normalstatuts erst den Verband selbst hören, muß ich entgegenhalten, daß dies nicht gut geht, da die Abgeordneten für den Verband ja erst vom Verein gewählt werden können, die das Normalstatut angenommen haben. Ich wiederhole hier aber, daß dies Statut etwas harmlos ist. Es bestimmt nur, daß alle die Zahlenden auch in die Vereine aufgenommen werden müssen, läßt sonst alles beim alten.

Vereine, die sich einstweilen noch fernhalten wollen, um zu sehen, wie die Sache läuft, brauchen ja keinen Abgeordneten zu wählen. Es steht ihnen das frei. Wenn aber, meine Herren, an der Grundlage unseres Entwurfes gerüttelt werden sollte, der Bestimmung, daß die Vereine die Wahlkörper sind, dann, meine Herren, ist die ganze Arbeit für die Katze. Das wertvollste an dem Entwurf ist ja gerade, daß die Organisation, wie ich in meinen einleitenden Worten ausführte, eine so erheblich straffere und umfassendere wird.

Vorsitzender: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Farmervereine als solche wählen.

Gödicke: Ich möchte mich auch von vornherein aus bekannten Gründen gegen die Dreiteilung aussprechen. Ich bin der Ansicht von Herrn Zillmann, daß wir nicht eher auseinandergehen sollen, als bis eine Einigung zustande gekommen ist. Keiner wird glauben, daß der Süden und Norden, wie eine Zeitung sagt, die Mitte vergewaltigen will; wir Farmer wollen uns aber auch nicht von einigen vielleicht ehrgeizigen Personen vergewaltigen lassen. Der Herr Gouverneur wünscht ja selbst nur eine einzige Stelle, an die er sich wenden kann, und keine drei, die doch wieder uneinig sein können.

Schlettwein: Der Ansicht von Herrn Gödicke, daß eine Dreiteilung von Nachteil ist, sind wir auch. Wir haben uns aber bemüht, auch den Gegnern in den grundsätzlichen Gedanken näher zu kommen. Diese Dreiteilung soll gedacht sein nur für das innere Wirtschaftsleben, da die wirtschaftlichen Interessen in den einzelnen Landesteilen verschieden sind. Auch die Gegner sind bereit, mitzuarbeiten auf der Basis, daß die einzelnen Farmervereine Delegierte schicken sollen. Es wird darauf hinauskommen, daß wir den Herrn Gouverneur bitten, einen Ausschuß zusammenzurufen und uns darüber auseinanderzusetzen, ob wir eine Zwangsvereinigung gründen sollen oder nicht.

Rust: Ich möchte Herrn Kindt erwidern, daß ich nicht umgefallen bin. Ich habe mich nur unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß es nichts kosten soll. Wenn der Verband aber etwas leisten will, so entstehen natürlich Kosten. Im übrigen bin ich sehr gegen den vorgeschlagenen großen umständlichen Apparat.

Kindt: Meine Herren! Der Gedanke der Dreiteilung findet ja auch in unserem Entwurf Berücksichtigung, wie Sie aus dem § 17 entnehmen können. Dieser bestimmt, daß die Mitglieder des Verbandes innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbezirke zu selbständigen Geschäftsstellen zusammengeschlossen werden können. Meine Herren! Diese Wirtschaftsbezirke würden eben der Norden, die Mitte und der Süden sein können. Die Anhänger des Dreikammersystems gehen nur davon aus, zunächst einmal diese selbständigen Geschäftsstellen innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche zu begründen und sodann das ganze durch eine gemeinsame Spitze, den Verband, bekrönen, wenn ich Herrn Schlettwein recht verstanden habe, während unser Entwurf zunächst aus den Vereinen den Verband herauswachsen läßt. Es ist dies im Grunde der gleiche Effekt, nur der Weg ist ein anderer. Ich wiederhole aber, bei einem System, das ohne gemeinsame Spitze die einzelnen Wirtschaftsbezirke für sich arbeiten läßt, werden unsere besten Kräfte in ewigem Hader vergeudet, statt zum Wohle des Ganzen ausgenutzt. Ich für meine Person kann mich für den Dreikammergedanken nicht befreunden.

Gustav Voigts: Wie Herr Gödecke, so trete auch ich mit Entschiedenheit dafür ein, daß nur eine Kammer oder nur ein Verband gegründet wird, da nur durch eine einheitliche Organisation die lang erstrebte Einigung erzielt werden kann. Herr Gödecke weist ferner darauf hin, daß bei einer Dreiteilung der Norden und Süden gegen die Mitte im Nachteil wären, da

die Mitte durch die Nähe des Gouvernements die Leitung an sich reißen würde. Momentan liegen aber die Verhältnisse auch für die Mitte wenig erfreulich, da auch innerhalb der Mitte eine starke Spaltung eingetreten ist. In Windhuk verließ ein großer Teil der Farmer die alte Opposition (den Farmerbund) und gründete einen neuen landwirtschaftlichen Verein, der das Ziel einer Einheitskammer verfolgt. In Okahandja wurde ebenfalls ein neuer Verein mit demselben Ziel gegründet, und in anderen Vereinen macht sich eine gleiche Tendenz geltend. Denn hier in der Mitte handelt es sich nicht mehr um die Sache, sondern lediglich um die Person, und zu welch unhaltbaren Zuständen das führt, geht aus folgendem hervor: Der neue landwirtschaftliche Verein regte eine Landesausstellung in Windhuk für 1913 an und beschloß, sich mit dem Farmerverein in Verbindung zu setzen, um die Sache gemeinschaftlich zu machen. Der Farmerverein berief daraufhin eine Versammlung ein und antwortete, er habe auch eine Ausstellung angeregt und jetzt beschlossen, daß die Vorbereitungen dazu und die Leitung dem Farmerverein der Mitte, in Wirklichkeit also dem Farmerverein in Windhuk, übertragen würden; wenn sich andere Vereine an der Ausstellung beteiligen wollten, möchten sie sich ihnen anschließen. Solche Vergewaltigungen müßten den Spalt nur noch vergrößern, denn die Mitglieder des neuen landwirtschaftlichen Vereins könnten eine solche Ausstellung wegen befangener Preisverteilung doch überhaupt nicht beschicken. Ich wiederhole nochmals, alles persönliche muß ausgeschieden werden; es darf sich nur um die große Sache handeln, sonst kann es nie zu einer Einigung kommen!

Schlettwein: Wir müssen uns zunächst darüber klar werden, ob die Beratungen im Landesrat erfolgen sollen oder in einer Versammlung von Delegierten als interne Angelegenheit der Farmerschaft.

Vorsitzender: Ich möchte mir eine Bemerkung erlauben, bevor wir morgen in der Verhandlung fortfahren. Bei der Frage, wie schaffen wir eine Neuorganisation der Farmerschaft, sollen wir uns nur von sachlichen Gründen leiten lassen. Alle persönlichen Momente müssen ausscheiden. Die Anregung des Herrn Schlettwein, nochmals einen Ausschuß aller Farmervereine zu hören, ist jedenfalls beachtenswert. Anscheinend weiß man in vielen Farmerkreisen noch gar nicht, um was es sich handelt. Ein allgemeines Verständnis hat sich noch nicht durchgerungen. Deshalb bin ich dafür, daß wir in die Einzelberatung eingehen, um wenigstens hier ein greifbares Resultat herauszubringen. Wir wollen morgen hierüber die Beratung fortsetzen.

Schluß 12½ Uhr.

Die **Sitzung vom 14. Mai** behandelt zuerst mit Ausschluß der Öffentlichkeit Eingeborenenfragen. Berichterstatter war Herr Farmer Schlettwein. Er zollte in seinen Eingangsworten der Mission Anerkennung, daß sie auch hier zum Wohle des Landes mitgearbeitet habe.

Der erste Punkt, mit dem sich der Ausschuß zu befassen hatte, waren die Mischehen. Der Berichterstatter meinte, das ganze Land sei sich darüber

einig, daß die Erlaubnis zu Heiraten zwischen Weiß und Farbig nicht nur eine starke Schädigung des Deutschtums bedeuten würde, sondern auch die Befürchtung rechtfertige, daß bessere Elemente unter der Ansiedlerschaft es sich ernstlich überlegen würden, ein Land zu ihrer neuen Heimat zu wählen, in dem eine Mischlings-Bevölkerung Begünstigung erfährt. Man wolle die bisher geschlossenen gemischten Ehen anerkennen, falls die Bezirksleute dafür entscheiden. Für die Zukunft aber muß jede eheliche Gemeinschaft zwischen Weißen und Farbigen strengstens verboten sein.

Punkt zwei war die Arbeiterfrage. Auf dem Lande herrsche Arbeiternot. Um dem bestehenden Arbeitermangel abzuhelfen, gibt es ja nur ein Mittel, das ist die Arbeiterzufuhr von außen. Mit Dank muß daher die Genehmigung des Gouverneurs begrüßt werden, die z. B. der Minenkammer die Einfuhr von Kulis gestattet. Wenn bei größeren Betrieben, außer auf den Diamantfeldern, weiter asiatische Arbeiter verwendet würden, würde sich das Verhältnis auf dem Lande von selbst bessern. Auch würde die hier und da bereits ans Ungesunde grenzende Steigerung der Löhne in gesunde Bahnen gelenkt werden. Aber nicht nur dem Arbeitermangel auf den Farmen würde abgeholfen werden, sondern man würde auch den Eingeborenen im Hinblick auf ihre Sitten und Gewohnheiten entgegenkommen. Der Herero und der Kaffer fühlt sich am wohlsten auf der Farm, dagegen arbeitet der Ovambo am liebsten in großer Gesellschaft. Seiner Wanderlust entsprechend, die in allgemeinen Verhältnissen liegt, die nicht zu beseitigen sind, gehört er in die großen Minen- und Bahnbetriebe. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der hier und da laut gewordene Wunsch nach Regelung der Lohnfrage behandelt, besonders weil man danach strebte, einen Maximallohn durch gesetzliche Maßnahmen festzulegen. Die Kommission konnte in einer solchen Maßnahme, ganz abgesehen von einer direkten Unmöglichkeit auf Durchführung, keine Besserung sehen. Man würde auf diesem Wege das Abwandern nach den Städten nicht verhindern, andererseits aber den Eingeborenen jede Möglichkeit nehmen, für wirklich bessere Leistungen auch bessere Bezahlung zu erlangen. Es kann doch nur im allgemeinen Interesse liegen, daß wir unsere Farbigen zu steigender Tüchtigkeit erziehen. Es muß jedem überlassen bleiben, die von Farbigen geleistete Arbeit seiner Ansicht nach durch Lohnzahlung zu bewerten. Weitere eingehende Verhandlungen fanden statt über die Frage „Vagabondieren der Eingeborenen". Es ist eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß sich immer noch, trotz unserer großen Landespolizei, in Banden oder einzelnen Familien innerhalb der Besiedelungszone vagabondierende Eingeborene aufhalten. Je nach der Gesinnung des zuständigen Verwaltungschefs, wandern diese Leute von einem Bezirk in den andern. Sehr schnell wird es bekannt, wo man mit Handschuhen angefaßt wird, oder wo mit energischen, fühlbaren Strafen vorgegangen wird. Die Farmerschaft solcher von Vagabunden bevorzugten Bezirke hat natürlich dann durch Viehdiebstähle, sowie durch Schädigung des Wildstandes zu leiden. Ist kein Wild mehr vor-

handen, dann liefert der Farmer diesem Gesindel das Fleisch, ohne daß der Eingeborene dauernd nun einmal nicht leben will. Wird solchem Vagabondieren nicht einheitlich energisch entgegengetreten, so gibt es keine Besserung. Es bedarf keiner Abänderung des bestehenden vorzüglichen Gesetzes, sondern nur einer einheitlichen, strikten Durchführung und energischer Bestrafung. Begnügt man sich weiter mit der Erklärung, wenn eine Bande aufgehoben ist: Wir sind noch nie bei den Weißen gewesen, dann allerdings wird es nie besser werden. Benutzt man aber das Gesetz und sagt, jeder, der innerhalb der besiedelten Zone vagabondierend angetroffen wird, wird bestraft, so würde es bald keine Vagabonden mehr geben. Aber wie auch auf anderen Gebieten, darf hier nicht Gutmütigkeit und Humanität so weit getrieben werden, daß man sich vor der Ausführung der Strafe scheut, wenn der Eingeborene sagt, ich habe es nicht gewußt usw. Die gute Verbindung, die die im Felde sitzenden Leute mit ihren arbeitenden Genossen stets unterhalten, wird genügen und auch wirken. Wer es mit seiner Gutmütigkeit nicht vereinbaren kann, hart zu sein, wenn es das Allgemeinwohl fordert, hat eben das grundlegende Wesen und die Art des Farbigen nicht erkannt. Wer vagabondierend angetroffen wird innerhalb der Polizeischutzzone, muß bestraft werden und zwar mit Prügelstrafe, weil diese allein wirkt und den an Freiheit und Wildnis gewöhnten Menschen nicht so schädigt wie Gefängnis und Zwangsarbeit. In Gegenden, wo noch viele Buschleute leben, müßten diesen gewisse Gebiete angewiesen werden, in denen sie nach ihrer Art und Weise leben können. Ein Überschreiten der Grenzen wäre auch hier zu bestrafen. Die Behauptung, der Buschmann eigne sich nicht für die Kultur, ist längst widerlegt. Auch der Buschmann muß zur Arbeit erzogen werden. Das allgemeine Prinzip braucht auch im Hinblick auf ihn nicht geändert zu werden. Rücksichtslose Energie im Hinblick auf das Ziel und persönliches Wohlwollen gegen den einzelnen Menschen ist und bleibt die Grundlage jeder Eingeborenenbehandlungspolitik. Zu solchen im Felde vagabondierenden Eingeborenen, oder doch mit gleichen zulässigen Strafen zu belegen, sind nach Ansicht der Kommission auch alle sich an den großen Plätzen vielfach aufhaltenden beschäftigungslosen Weiber. Vielfach halten sich diese auf den Werften als zweite oder gar dritte Frau eines Mannes auf. In Wirklichkeit sind sie aber Vagabunden im schlimmsten Sinne des Wortes, und gerade diese Weiber sind der Anlaß und die Quelle vieler Übelstände. Bei der bequemen und leichten Art, wie solche Frauen ihren Unterhalt verdienen an den größeren Plätzen, hilft da nicht etwa eine Besteuerung der zweiten Frau, wie sie auch schon vorgelegt wurde, sondern nur das Verbot: keiner darf mehr wie eine Frau haben. Die Kommission regt an, daß zukünftig von den Werften größerer Plätze rücksichtslos die unbeschädigten jungen Weiber und alle zweiten Frauen entfernt und aufs Land gebracht werden, wo die Frauen fehlen und die Männer nur zu oft aus diesem Grund den Dienst verlassen. Der nächste Teil des Arbeitsprogramms, an obige Frage sich anschließend, beschäftigte sich mit der Freizügigkeit der

Eingeborenen von einem Bezirk in den anderen. Wenn auch der Eingeborene im allgemeinen heimisch ist auf der Scholle, wo er geboren, und wenig Neigung hat, diese Gegend zu verlassen, so tritt hier und da doch das Bestreben nach Abwanderung auf, besonders unter den Hereros, die ja durch den Krieg zurzeit im ganzen Lande verteilt sind. Ein Bestreben der Leute, sich nach ihren alten Stammesverbänden in ihren alten Weidegründen wieder zu sammeln, ist deutlich zu merken. Solches Sichsammeln in der alten Heimat ist aber nach unserer Ansicht von mehreren Gesichtspunkten aus unerwünscht. Im Gegenteil, es ist anzustreben, daß die auf das Land verteilten Hereros in den jetzigen Gegenden heimisch werden. Etwas anderes ist es ja, wenn einzelne Familienglieder noch getrennt sind und diese gerne zueinander wollen. Das bestehende Eingeborenengesetz spricht sich in dieser Hinsicht sehr weitläufig aus; es genügt wohl die Anregung, daß künftig die Bemerkung, das Abwandern kann versagt werden, allgemein aufgefaßt wird, dahingehend: das Abwandern ist zu versagen, wo es sich nicht um einzelne von ihren Familien getrennte Personen handelt. Die Kommission weist darauf hin, daß die Farmer selbst ein gutes Mittel in der Hand haben, die Leute seßhaft zu machen. Dieses Mittel besteht darin, daß man den Arbeitern eine gewisse Zahl von Ziegen gibt, und ihnen diese als Eigentum zu freier Benutzung samt der Nachzucht überläßt, solange die Familie am Platze bleibt. Im Falle aber, wo der Betreffende abzieht, ihm Rückgabe der Tiere mit der halben Nachzucht abverlangt. Gerade der Herero hat für solche Behandlung weitgehendes Verständnis. Es kann nur im Interesse des ganzen Landes liegen, wenn der Farmarbeiter auf solche Weise zu Wohlstand und besseren Ernährungsbedingungen kommt, dadurch aber an die Scholle gebunden wird. Einen weiteren hier und da bemängelten Übelstand möchte die Kommission abgeändert sehen, dahingehend, daß zukünftig angestrebt wird, der Eingeborene soll möglichst in allen Fällen nach dem Rahmen des bestehenden Gesetzes einen Dienstvertrag mit dem Arbeitgeber machen. Auch mit der Frage einer hier und da eingeführten Besteuerung der Eingeborenen hat sich die Kommission auf Anregung befaßt. Die Kommission ist der Ansicht, daß bei Einführung einer sogenannten Eingeborenenkopfsteuer sehr vorsichtig zu verfahren ist. Als absolut undurchführbar wird eine solche Besteuerung angesehen in allen den Bezirken, wo noch Eingeborene in Reservaten mit gewissen alten Rechten sitzen. Für die übrigen Bezirke hält die Kommission es für wünschenswert, daß nach einem gewissen einheitlichen System verfahren werden möge, indem z. B. in den größeren Gemeinden, da, wo man solche Steuern einführen will, nach den verschiedenen Lohnsätzen eine Steuer nach Staffelung erhebt. Für ländliche Bezirksverbände hält die Kommission einen Einheitssatz vom Lohn, der 0,50 Mk. pro Monat nicht übersteigen sollte, angebracht. Im allgemeinen ist für diese Besteuerung der Eingeborenen das Prinzip festzuhalten: Das Aufkommen an Eingeborenensteuern ist ausschließlich zum Besten der Eingeborenen zu verwenden.

Als letzten Punkt verhandelte die Kommission über die Art des Strafvollzuges bei Eingeborenen. Die heutige Art der Strafverbüßung, wo die Gefangenen unter Aufsicht eines Farbigen an den einzelnen Bezirksplätzen spazieren geführt werden und im Gefängnis ohne wirkliche Arbeit ein gutes Leben haben, entspricht oft nicht dem Zweck einer Strafe. Die Kommission ist der Ansicht, daß alle Schwerverbrecher im Lande am geeigneten Platze, wo dauernd viel Arbeit ist, zu sammeln, und daß diese unter Bewachung geleistete Arbeit fiskalisch verwertet werden muß. Als Beispiel wird in Kapstadt die Gefangenenarbeit bei den Hafenanlagen bezeichnet. Auf den Diamantfeldern in Lüderitzbucht würde sich z. B. sehr leicht derartiges schaffen lassen, indem dieser oder jener Gesellschaft die Gefangenenarbeit verpachtet werden könnte. Rückfällige Vagabonden und sich herumtreibende Weiber würden an solchem Platze eher gebessert werden können, wie an den einzelnen Bezirksplätzen des Landes, wo die Bewachung und Unterbringung immer mit größeren Kosten verbunden ist. Auch das Entweichen würde weit mehr verhindert werden können wie jetzt, wo die Verbrecher immer ganz in der Nähe ihres bekannten Schlupfwinkels verbleiben.

Der Herr Gouverneur erklärte sich im allgemeinen mit den Tendenzen und mit den Äußerungen einverstanden. Hierauf fanden die folgenden Entschließungen Annahme.

„Der Landesrat bittet das Kaiserliche Gouvernement, dafür eintreten zu wollen, daß alle bis zum Jahre 1905 geschlossenen Mischehen anerkannt werden, da, wo nach Beurteilung des zuständigen Bezirksrates das Leben der Eltern und die Erziehung der Kinder den allgemeinen Anforderungen an Sitte und Moral entspricht. Den Betroffenen soll eine diesbezügliche Bescheinigung gegeben werden, die es ausspricht, der oder die soundso gilt weiß. Es ist dafür zu sorgen, daß den als Weiße anerkannten Personen ihre Rechte gesetzlich garantiert werden. Für die Zukunft ist jede Ehe zwischen Weißem und Eingeborenem aufs strengste zu verbieten. Der Landesrat sieht in einer weiteren Heiratserlaubnis zwischen Weiß und Eingeborenen eine direkte schwere Gefahr für die weitere Entwicklung des Deutschtums, hält es auch nicht für ausgeschlossen, daß in solchem Falle eine Rückwanderung bester und schätzbarer Kolonistenelemente zu erwarten sein würde. Der Landesrat bittet um telegraphische Übermittlung dieser Resolution an das Reichs-Kolonialamt.“

„Der Landesrat bittet, der schon im vorigen Jahr gegebenen Anregung nach einer allgemeinen Arbeitseinteilung der Farbigen mehr als bisher geschehen zu entsprechen. Es ist dahin zu streben, daß da, wo nicht bindende Verträge vorliegen, Hereros und Kaffern der Farmarbeit zugewiesen werden, die Ovambos dagegen den großen Minen und Bahnbetrieben. Der Landesrat bittet, die der Lüderitzbuchter Minenkammer gegebene Erlaubnis auch auf andere im Lande befindliche Großbetriebe ausdehnen zu wollen, so daß z. B. die weitere Anwerbung von asiatischen Arbeitern unsern bestehenden Arbeiter-

mangel beseitigt. Eine, wie angeregt, allgemeine Lohngrenze nach oben einzuführen, ist undurchführbar und nicht im Interesse des Landes"

„Der Landesrat bittet das Kaiserliche Gouvernement, durch Rundverfügung im ganzen Lande gleichmäßig mit scharfen Strafen gegen vagabondierende Eingeborene vorgehen zu wollen. Die Entschuldigung: Ich bin noch nie bei Weißen in Arbeit gewesen, darf innerhalb der besiedelten Zone nicht als Abwehr von Strafe gelten. Unter solche Vagabunden zu rechnen und mit den zuständigen Strafen zu belegen sind auch alle beschäftigungslosen jungen Weiber und sogenannten zweiten Frauen der Männer an den großen Plätzen. Der Landesrat bittet, diese Weiber aufs Land zu bringen, wo Frauen fehlen und aus diesem Grunde kein Seßhaftwerden der Männer zu erzielen ist. Um der allgemeinen Abwanderung von einem Bezirk in den anderen entgegenzutreten, bittet der Landesrat, von dem § 5 des Gesetzes für Paßpflicht vom 18. August 1907 insofern Gebrauch machen zu wollen, daß es nur einzelnen Personen, die noch durch den Krieg von ihren nächsten Angehörigen getrennt sind, gestattet wird, abzuwandern. Der Landesrat bittet, darauf hinwirken zu wollen, daß möglichst in allen Fällen Dienstverträge zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber geschlossen werden."

„Der Landesrat bittet das Kaiserliche Gouvernement, die Rundverfügung vom 21. 9. 1911 derart abzuändern, daß in allen Fällen, in denen ein sanitärpolizeiliches Interesse vorliegt, die Kosten der Behandlung kranker Eingeborener vom Fiskus übernommen werden, insbesondere die Kosten für Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Der Landesrat bittet, mit dieser Bekämpfung unverzüglich zu beginnen und zwar möglichst gleichzeitig in allen Bezirken, zunächst an den größeren Plätzen."

„Der Landesrat bittet das Kaiserliche Gouvernement, dahin wirken zu wollen, daß bei Beurteilung von Verbrechen Eingeborener mehr nach allgemeinem gleichen Prinzip gehandelt würde, indem z. B. Brandstiftung und Viehdiebstahl auf alle Fälle zu schweren Verbrechen zu rechnen sind und die Gefängnisstrafe über 1 Jahr zu setzen ist. Der Landesrat bittet, an einer geeigneten Stelle ein Landesgefängnis zu schaffen, wo solche Schwerverbrecher, die über ein halbes Jahr zu verbüßen haben, einzuliefern sind, und wo Gelegenheit vorhanden ist, die Gefangenen-Arbeit durch Vergeben an einen größeren Betrieb fiskalisch zu verwerten."

Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die **Sitzung vom 15. Mai** befaßt sich mit der Wegeverordnung; deren Entwurf war dem Ausschuß überwiesen worden, als dessen Berichterstatter Farmer v. Wolf folgendes ausführt: Die Kommission habe ihm im wesentlichen zustimmen müssen, nachdem festgestellt worden sei, daß gerade die am meisten umstrittenen Paragraphen den Bezirksräten die größte Entschließungsfreiheit gewährten. Zunächst sei angeregt worden, die großen Transportwege des Schutzgebietes als „Staatsstraßen" der Regierung zum Ausbau und Instandhaltung zu überweisen. Aus rein praktischen pekuniären

Erwägungen habe man davon Abstand genommen. Im April jedes Jahres soll ein Verzeichnis der im vergangenen Jahre für öffentlich erklärten Wege im Amtsblatt des Schutzgebietes bekannt gegeben werden. Die Mindestgröße der Weideplätze ist im Interesse des Nordens von 300 auf 200 Hektar festgesetzt worden. Der Berichterstatter empfiehlt den Zusatz: „Ein einmal vom Bezirksamt genehmigter Weideplatz darf ohne Einwilligung des Anliegers nicht verändert werden.“ Sonst könnte es geschehen, daß ein an einer sehr großen Straße liegender Farmer, dessen erster Weideplatz abgefressen ist, zur Hergabe eines zweiten und dritten veranlaßt werden könnte.

Dr. Seitz erklärt sich im Namen des Gouvernements mit der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung einverstanden. Er hätte sehr dahin geneigt, die großen durchgehenden Wege als „Staatsstraßen“ zu erklären, er habe sich aber doch überzeugen lassen, daß es praktischer sei, sie den Bezirksverbänden zu übertragen, welche dadurch einen recht großen Einfluß auf die Gestaltung des Wegenetzes erhielten, und dann wird die Diskussion über die einzelnen Paragraphen eröffnet. Es erheben sich Bedenken, ob die Bezirksverbände auf Beihilfen für ihre Wegebauten zu rechnen haben. Der Gouverneur ist der Ansicht, daß sie im nächsten Jahr unter die fortdauernden Ausgaben des Etats eingestellt werden könnten. Er fügt hinzu, daß sich die Frage nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen regle. Auch wenn ein über eine Farm führender Weg näher sei, müsse der als öffentlich bezeichnete Weg befahren werden. Wie solle es denn werden, wenn erst die Farmen eingezäunt sind?

Von Herrn Zillmann wird der Antrag eingebracht: Grundbesitzern, die durch die Wegeordnung große Verluste an Weideland erleiden, kann, falls der Grundbesitz an unverkauftes Regierungsland grenzt, Land in Höhe des durch die Wegeordnung erlittenen Verlustes zugemessen werden. Vom Regierungstisch wird dagegen eingewendet, daß eine Abgabe von 200 Hektar bei einer Durchschnittsfarm von 5000 Hektar nicht ins Gewicht falle, und der Herr Gouverneur fügt hinzu, daß er, wenn keine Gegenleistung eintrete, nicht zur Verschenkung von Regierungsland berechtigt sei. So wird denn auch Zillmanns Antrag abgelehnt. Schließlich wird die Verordnung auch in zweiter Lesung debattelos erledigt und angenommen. Sie soll am 1. Oktober d. J. in Kraft treten.

Hierauf beschäftigt man sich mit weniger wichtigen Anträgen, um nach einer kurzen Pause überzugehen zur Verhandlung betreffend Einrichtung eines landwirtschaftlichen Verbandes. Diese für die Einheitlichkeit der Farmerschaft bedeutungsvolle Frage ist schon einmal im Landesrat angeschnitten worden.

Schwierigkeiten bereitet die Frage, wieviel Stimmen die einzelnen Farmervereine der verschiedenen Teile des Schutzgebiets haben sollen. Zum Süden rechnen die Verwaltungsbezirke Warmbad, Keetmanshoop, Bethanien, Gibeon, Maltahöhe; zur Mitte Okahandja, Rehoboth, Windhuk, Gobabis;

zum Norden Omaruru, Outjo, Grootfontein, Karibib. Über diese Einteilung und die Festlegung der den Bezirken gebührenden Vertreter entspinnt sich noch eine längere Erörterung.

Auf Antrag Schlettwein wird die folgende Entschließung angenommen: „Der Landesrat erklärt, die Wiedervereinigung der Farmerschaft liegt im allgemeinen Interesse des Landes. Der Landesrat überreicht in dem vorliegenden Entwurf das Material, auf dessen Basis die erstrebte Einigung erfolgen kann."

Auch eine von Kindt eingebrachte Entschließung findet eine Mehrheit: „Der Landesrat beantragt, daß für den landwirtschaftlichen Verband Korporationsrechte nachgesucht werden und seinen Beiträgen der Charakter einer öffentlichen Abgabe beigelegt wird." Sodann wird ohne lange Erörterung die Resolution, die am 1. Oktober in Kraft treten soll, angenommen.

In die Kommission für das Bodenkreditinstitut werden hierauf gewählt die Herren Gessert, Kindt, Schlettwein, Gustav Voigts und v. Wolf.

Sodann wird durch Herrn Schlettwein die folgende Erklärung der Rheinischen Mission über Eheschließung zwischen Weißen und Farbigen zur Kenntnis gebracht. Die Mission kann die Entrüstung des Herrn Schlettwein sowie des Landesrats über die angeblich von einem ihrer Vertreter vollzogene Eheschließung zwischen einem Weißen und einer Farbigen sehr gut verstehen und bedauert, falls tatsächlich geschehen, dieses Vorkommnis ungemein. Die Mission ist von Anfang bestrebt gewesen, auch in dieser Angelegenheit mit der Regierung und dem Landesrat Hand in Hand zu arbeiten und wird daran auch nach wie vor weiter festhalten. Missionar Spellmeyer gehört der Namakonferenz an. Nichtsdestoweniger kann ich schon jetzt versichern, daß die diesbezüglichen Erörterungen keineswegs unbeachtet bleiben werden.

Dr. Seitz teilt noch mit, daß beabsichtigt sei, die Entschließung der Eingeborenenkommission nebst dem Bericht in der Presse auszugsweise zu veröffentlichen, und nimmt dann das Wort zu folgendem Schluß: Wir sind somit am Schlusse der Sitzungen angelangt. Wir haben eine ganze Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt. Auf anderen Gebieten konnten wir leider noch keine Beschlüsse fassen, weil uns die Vorlagen noch nicht zugegangen sind. Der diesjährige Landesrat wird demzufolge noch ein Nachspiel haben in seinen verschiedenen Ausschüssen. In diesen werden die Frage der Diamantenbesteuerung und die Organisation des Bodenkreditinstituts in erster Reihe beraten werden. Diese Fragen sind für die künftige Gestaltung unseres Etats von hoher Bedeutung. Wir sind zu einem guten Ende gekommen, und ich sage Ihnen für Ihre fleißige, ersprießliche und sachliche Mitwirkung meinen herzlichen Dank. Ich glaube, daß ich in Ihrem Sinne handle, wenn wir zum Schlusse des Landesrats unseres Kaisers gedenken. Seine Majestät der Kaiser hoch, hoch, hoch!

Hauptmann Weiß führt hierauf das folgende aus: Am Schlusse unserer diesjährigen Beratungen angelangt, habe ich den angenehmen Auftrag, im

Namen des Landesrates Euerer Exzellenz auch unseren herzlichen Dank auszusprechen für die ausgezeichnete Leitung unserer Verhandlungen. Ich darf wohl sagen, daß es uns allen ein Vergnügen gewesen ist, hier im täglichen Verkehr mit Euerer Exzellenz zum Wohle des Landes zusammen zu arbeiten. Obwohl uns ein Beschlußrecht noch nicht zusteht, wollen wir trotzdem nicht unbefriedigt von dannen ziehen, denn wir haben gesehen, daß alle hier gestellten Anträge und alle vorgetragenen Wünsche immer in wohlwollender Weise aufgenommen sind, und wir sind überzeugt, daß Euere Exzellenz soweit als möglich dieselben beachten und auch geneigt sein werden, die Bevölkerung des Landes immer mehr zur Verwaltung heranzuziehen, zumal auch im Reichs-Kolonialamt jetzt der beste Wille erkennbar ist, uns in dieser Beziehung entgegenzukommen. Zum Schlusse möchte ich noch dem einmütigen Wunsche des Landesrats Ausdruck geben, daß Euere Exzellenz an der Spitze der Verwaltung dieses Landes noch lange ausharren möge.

Seine Exzellenz der Herr Gouverneur schließt dann um 12¼ Uhr den Landesrat mit folgenden Dankesworten: Ich danke Ihnen außerordentlich. Ich werde alles daran setzen, die Bevölkerung des Schutzgebietes auch künftig zur Mitwirkung bei allen wichtigen Fragen der Verwaltung heranzuziehen und ihr den gebührenden Einfluß auf die Verwaltung einzuräumen.

* * *

Nachgetragen sei noch aus der Sitzung vom 6. Mai ein Vortrag über die Aussichten für Obst- und Weinbau vom Sachverständigen **Pfennig**:

Wir sind in der Lage, im größten Teil des Schutzgebietes sowohl Wein wie Obst anzubauen, wenn nur das nötige Wasser vorhanden ist.

Für den Norden liegen aber unstreitig die Verhältnisse am günstigsten. Nicht allein, daß wir dort einen sehr hohen Grundwasserstand haben, so daß die einmal angewachsenen Bäume dann nur noch selten der Bewässerung bedürfen, sondern der Norden, und insbesondere der Bezirk Grootfontein, ist auch in bezug auf die Fröste sehr vorteilhaft gestellt.

Diese Punkte waren deshalb auch maßgebend, weshalb Grootfontein als Platz für eine Versuchsstation, in der auch die empfindlichen Zitrusfrüchte angebaut werden müssen, gewählt wurde.

Schon jetzt ist die Produktion am Obst und Wein hier im Lande so gestiegen, daß sie erfreulicherweise einen Teil des Konsums decken kann, lange aber noch nicht genügt, um fremde Erzeugnisse fernzuhalten.

Bei der Rührigkeit unserer Farmer aber, und besonders der Farmer, die schon in ihren Anlagen sehr gute Erfolge im Obst- und Weinbau zu verzeichnen haben, müssen wir bei einer erweiterten Produktion auch an einen größeren Absatz denken, um die Anlagen rentabel zu gestalten.

Es kommt somit nur der Export in Frage, mit dem wir in der Tat werden rechnen können. Südwestafrika liegt in bezug auf die Ernte ebenso günstig wie Kapland, ja sogar noch günstiger, da sie früher ist.

Wir können auf den europäischen Markt Obst, wie Tafeltrauben, zu einer Zeit, also Februar bis Mai, bringen, in der wir in Europa frisches Obst gar nicht haben oder nur sehr teuere Treibhausfrüchte.

Zur Erläuterung will ich hier einige Zahlen nennen, die Kapland allein jährlich an Obst exportiert:

Die Orangenproduktion in Transvaal beträgt im Jahre 1911 74 749 411 Kisten.

Um ein Beispiel hier im Lande anzuführen, nenne ich Ihnen nur den Farmer Pohlmann in Aeagobib, Bezirk Grootfontein, der ca. 400 Orangen von einem Baume erntete. Jede Orange mit 15 bis 20 Pfg. verkauft, was einen Verdienst von 60 bis 70 Mk. für einen Baum ausmacht.

Nehmen wir aber nur den Ertrag eines Baumes auf 5 Mk. an, so ergibt immer noch der Hektar mit 400 Bäumen 2000 Mk. Ertrag pro Jahr.

Ich hoffe wohl nicht vergebens, wenn ich annehme, daß bei einem nennenswerten Export die Bahn den Farmern und Produzenten entgegenkommen wird, sei es durch Einstellung von Kühlwagen und ermäßigte Tarife, die ja zum Teil jetzt schon bestehen. Das gleiche denke ich von der Woermannlinie. Zu einem erfolgreichen Export und einer Konkurrenz mit Kapstadt wird es aber vor allen Dingen unser Bestreben sein müssen, nur erstklassige Früchte und diese in bester Verfassung nach Europa zu bringen.

Einen erheblichen Moment bei der Haltbarkeit der Früchte bildet der Zeitpunkt der Ernte, die weder zu früh noch zu spät geschehen darf.

Zu meinen Aufgaben wird es nun gehören, aus der so großen Anzahl schon hier vorhandener Sorten und der Kapsorten, die für unser Klima und Boden geeignetsten herauszufinden. Wir müssen eine Sorte oder sagen wir einige Sorten, späte und frühere, haben, die hier gut gedeihen, beliebt auf dem Markte sind und hart genug, den weiten Transport gut zu überstehen.

Wir würden einen falschen Patriotismus treiben, wollten wir uns nur auf deutsche Bäume verlassen.

Wir können, ja, wir müssen uns sogar die Erfahrungen der jahrzehntelangen Kultur Kaplands zunutze machen, wollen wir möglichst schnelle Erfolge erzielen.

Die Bäume, die wir aus Südafrika bringen, wachsen hier schnell und gut an, während unsere deutschen Bäume lange kümmern, bis sie sich akklimatisiert haben. Dort finden wir auch schon die Sorten, die in Europa die besten Preise erzielen.

Nicht weniger wichtig sind die Verpackungsmethoden, die wir auch übernehmen könnten, um uns teures Lehrgeld zu sparen.

Bei der Produktion von Wein begegnen wir hier einer Schwierigkeit, und das ist der Zeitpunkt der Reife, der in die Regenzeit fällt; auch hier

wird es mein Bestreben sein, Sorten zu finden oder zu züchten, deren Reife früh genug ist, um nicht die ganze Regenperiode aushalten zu müssen und deren Beeren hart genug sind, um dem Platzen zu widerstehen.

Ich bin überzeugt, daß man sehr guten Südwestwein wird herstellen können. Eins aber dürfen wir nicht verlangen, aus den afrikanischen Trauben einen spritzigen Mosel oder rassigen Rheinwein herzustellen.

Während meiner langjährigen Praxis in den Mittelmeerländern und im Orient ist es mir als Fachmann selbst nicht gelungen, den deutschen Weinen ähnliche Typen zu erhalten.

Wir müssen hier Weine erzeugen, die dem trockenen, auch dem süßen Sucry ähneln, desgleichen Portweine und Rotweine. Die Herstellung dieser Weine ist nicht so schwierig, die Weine selbst sind haltbarer, was für den Farmer sicher sehr ins Gewicht fällt.

Es wird trotzdem immer einmal vorkommen, daß ein Wein nicht gerät.

Aus den schlechteren, außerdem billigeren Trauben und den weniger guten, ja sogar leicht verdorbenen Weinen, läßt sich dann noch Kognak und Weinsprit herstellen.

Es ist das keine so große Kunst, als man im allgemeinen annimmt, vorausgesetzt, daß man gute Apparate benutzt. Die Kunst liegt erst nachher in dem Mischen und Verschneiden der einzelnen Partien, das dann im Handel von Fachleuten ausgeführt wird.

Den Weinsprit benötigen wir auch zur Herstellung und Haltbarmachung der Südweine, und möchte ich vorschlagen, daß der Sprit zu diesem Zweck steuerfrei belassen wird.

Auf welche Weise das am besten geschehen kann, wird sich ja später ergeben.

Einen großen Teil der Tätigkeit der Station wird die Aufzucht junger Bäume und Reben einnehmen, die dann als Pflanzmaterial zu billigen Preisen an die Farmer abgegeben werden.

Ein anderer wichtiger Faktor beim Obst- und Weinbau ist die Schädlingsbekämpfung.

Mit Bedauern sah ich die schönsten Früchte, die von dem großen Nachtfalter angestochen waren und faulten.

Termiten, Dickpense und die kleinen Rüsselkäfer sind weiter arge Feinde, zu deren Bekämpfung ein Studium ihrer Lebensweise notwendig werden wird.

Ich denke dann an die Reblaus, und will ich auch mit der Aufzucht reblauswiderstandsfähiger Amerikanerreben beginnen.

Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß unser Schutzgebiet vor der Einschleppung der Reblaus durch die Gouvernementsverordnung, die die Einfuhr lebender Reben und Rebteile verbietet, geschützt sei.

Meine Herren! Ich stehe dieser Ansicht etwas skeptisch gegenüber, ich kann nur sagen, daß trotz aller Vorbeugungsmaßregeln die Reblaus über kurz

oder lang auch hier auftauchen wird, wenn sie nicht überhaupt schon im Lande ist, was sehr fraglich erscheint.

Dies ist aber noch kein Grund zu Befürchtungen.

Dadurch, daß unsere Reben ständig und besonders in der Vegetationszeit bewässert werden, kann die Reblaus hier nicht so verheerend auftreten als z. B. in Frankreich oder Österreich. Die Reblaus ersäuft einfach. Man hat das Verfahren des Unterwassersetzens der Reben früher zur Bekämpfung der Reblaus angewandt und sogar heute noch geschieht dies in einigen Teilen Frankreichs.

Zu uns kann die Reblaus schon eingeschleppt sein durch die Reben, die vor Inkrafttreten der Verordnung eingeführt wurden, außerdem heute noch durch jeden Obstbaum, an dem noch etwas Erde klebt. Jeder Frachtfahrer kann mit der an den Rädern hängenden Erde oder seiner Ausrüstung uns diesen Besuch bringen.

Der Beweis ist ja auch Deutschland mit den schärfsten Bestimmungen.

In Kapland arbeitet man mit der Reblaus sehr gut, indem man nur auf Amerikaner veredelte Reben pflanzt und hervorragenden Wein und Tafeltrauben erzielt.

Die Amerikanerreben widerstehen der Reblaus, bringen aber nur ungenießbare Trauben. Man hilft sich nun, indem man die Amerikaner in den Boden setzt und die europäische Rebe darauf veredelt.

In Südafrika sind nun schon jahrelang Versuche angestellt worden, die besten Unterlagen für die verschiedenen Böden und echten Sorten zu finden.

Viel Zeit und Arbeit würde uns erspart werden, wenn wir uns die dort gesammelten Erfahrungen zunutze machten und einige der dort gezüchteten Reben hierher bringen könnten.

Es ist unbedingt notwendig, jetzt schon diese Versuche hier einzuleiten, um bei ev. stärkerem Auftreten der Reblaus genügend erprobtes Pflanzenmaterial zu besitzen.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Gegenstandes hoffe ich, daß Sie damit einverstanden sind, wenn mir die einmalige Einfuhr von Reben aus Kapland gestattet wird.

Um jeder Gefahr vorzubeugen, will ich möglichst nur unbewurzelte Setzreben beziehen, die ich ev. selbst dann nochmals in Swakopmund desinfiziere.

Die Station soll dann weiter ausgebaut werden zu einer landwirtschaftlichen Versuchsstation; außerdem ist geplant der Bau einer Obstverwertungsanlage, in der den Farmern gezeigt werden soll, wie auf die einfachste Weise das Fallobst und die nicht versandfähigen Früchte, die jetzt an die Schweine verfüttert werden, noch verwertet werden können.

Viel Fruchtkonserven in Büchsen, Jam und getrocknete Früchte werden heute noch aus Deutschland, Kalifornien, Australien und Kapland eingeführt.

Wenn unsere Früchte gut sind, warum sollen wir diesen Konsum nicht auch im Inland decken? Die Gesamteinfuhr im Jahre 1911 betrug:

	im Werte von
Frucht- und Obstkonserven 969 966 kg	811 744 Mk.
Obst und Südfrüchte, frisch und gedörrt, 296 288 kg	248 248 „
Gesamtsumme	1 059 992 Mk.
Stille Weine 265 273 kg	311 830 „
Branntweine aller Art 105 187 kg	284 159 „
Total	1 655 981 Mk.

Meine Herren! Aus meinen Ausführungen ersehen Sie, daß uns auf diesem Gebiete noch recht große Aufgaben bevorstehen.

Vorbildlich für uns sind Kapland, Australien, Kalifornien. Ich verkenne es nicht, daß speziell in Kalifornien die Verhältnisse besonders günstig lagen, das jetzt an 300 000 Hektar mit Obst und Wein bestellt hat.

Alle diese Länder aber haben sich verhältnismäßig schnell zu der Stellung aufgeschwungen, trotzdem ihnen auch nicht alles glatt gegangen ist.

Jetzt endlich beginnt man auch hier Verständnis für diesen Wirtschaftszweig zu gewinnen.

Im Norden hat die South West Africa Co. ein geschlossenes Terrain mit 10 000 Fruchtbäumen bepflanzt und ein gleich großes Stück soll mit Weinstöcken besetzt werden. Auch die Otavimine entschließt sich zu größeren Anlagen.

Die Wünsche der Farmer an Pflanzenmaterial können leider noch nicht vollständig im Lande befriedigt werden. Doch hoffe ich, daß auch dieses Übel in einigen Jahren wird gehoben sein.

Auf meinen Reisen werde ich mit Ihnen persönlich verhandeln können, außerdem sollte es mich freuen, wenn Sie sich mit Anfragen an die Versuchsstation Grootfontein wenden wollten.

Bau der Strecke Duala—Bidjoka.

Dem Reichstag ist unter dem 5. August der Vertrag über den Bau der Bahnstrecke Duala—Bidjoka zugegangen. Es ist das erste 150,6 km lange Stück der Kameruner Mittellandbahn. Die Strecke hat bekanntlich eine Spurweite von einem Meter; der Bau soll so ausgeführt werden, daß an allen Stellen mit einer Stundengeschwindigkeit von 40 km gefahren werden kann. Für die technischen Einzelheiten gelten die „Grundzüge für den Bau und die Betriebseinrichtung der Lokaleisenbahnen vom 1. Januar 1909". Bis zum 1. April 1912 waren nach Festlegung der endgültigen Linienführung die Unterlagen samt Kostenanschlag einzureichen. Haltepunkte sind acht vorgesehen und ebensoviel Haltestellen.

Wasserstellen sind außer in Duala und in Edea bei km 46 und km 131 anzulegen.

Die Unternehmerin, bekanntlich die Deutsche Kolonial-Eisenbahn-Bau- und Betriebsgesellschaft (Lenz & Co.), erhält als Vergütung für die vertragsmäßigen Leistungen und Lieferungen:

a) den Ersatz der von ihr in Erfüllung dieses Vertrages nachweisbar aufgewendeten Nettoselbstkosten;

b) zur Deckung ihrer sonstigen Kosten und als Gewinn 1 630 000.— Mk. Diese Summe erhöht sich gleichfalls um ein Fünftel des Betrages, um den die bei a genannten Nettoselbstkosten mit Ausnahme der Geldbeschaffungskosten unter 20 600 000.— Mk. (Stichsumme) bleiben, insgesamt aber höchstens um 200 000.— Mk. Sie vermindert sich gegebenenfalls um ein Fünftel des Betrags, um den die bei a genannten Nettoselbstkosten mit Ausnahme der Geldbeschaffungskosten über 20 600 000.— Mk. (Stichsumme) steigen, höchstens aber ebenfalls um 200 000.— Mk. Im Falle einer Änderung der im § 10 genannten Tarife hat auf den Antrag einer Partei eine Regelung Platz zu greifen, durch die der Einfluß jener Änderung auf die obige Vergütung möglichst beseitigt wird. Es besteht jedoch Einverständnis, daß die aus der Änderung der in § 10 genannten Tarife einspringenden Mehr- oder Minderbeträge den Nettoselbstkosten hinzu- oder von ihnen abgesetzt werden, ohne daß die Stichsumme von 20 600 000.— Mk. dadurch erhöht oder ermäßigt wird.

Als Zeitpunkt der Fertigstellung der ganzen Strecke ist der 1. Oktober festgelegt. Für den Fall eines Aufstandes im Schutzgebiet erklärt sich der Gouverneur bereit, soweit als möglich für angemessenen militärischen Schutz der Arbeiten der Unternehmerin Sorge zu tragen. Zur Überwachung der Arbeiten wird vom Gouverneur ein Eisenbahnkommissar bestellt, dem jederzeit allenthalben Zutritt und Einsicht in die Bücher zu gewähren ist.

Verantwortlicher Schriftleiter: Hubert Henoch, Berlin W. 35, Am Karlsbad 10, für den Anzeigenteil W. Süsserott. Verleger: W. Süsserott in Berlin. Druck: Paul Dünnhaupt, Cöthen in Anhalt.

Photogr. Apparate
zu Fabrikpreisen.
Bedarfsartikel billigst.
Katalog gratis.
Tietgen & Co., Hamburg, Kl. Johannisstraße 17.

— Garantiert bester Erfolg! —

Obstbaumkarbolineum „Brunonia"

in unübertroffener Qualität mit Wasser schneeweiß emulgierend,
unterdrückt mit absoluter Sicherheit die vielen verderblichen Krankheiten an Bäumen, Sträuchern, vertilgt alle tierischen Schädlinge und pilzartigen Schmarotzer und sichert reiche Ernten!

Dieses segenbringende, den gesamten Obstbau verjüngende Produkt wird seit Jahrzehnten in unübertroffener Qualität von uns hergestellt.

Ausführliche Gebrauchsanweisungen gratis!

Exportblechkannen v. 50 kg **netto** M. 22.—
do. „ 25 „ „ „ 12.—
fob deutscher Seehäfen.
Barzahlung gegen Versanddokumente.

426 **Theerproduktenfabrik**
Baese & Meyer, Braunschweig

Rohgummi, Gerb- und Farbstoffe
Walther & Lühmann, **Hamburg,** 4/5 Catharinenstrasse.
Makler und Agenten,
Vertreter von Plantagengesellschaften.

W. Künast, Berlin W
Unter den Linden 15.
Echte Briefmarken
Alle verschied. Porto extra. Preisl. gratis.
Gegr. 1866.

50 versch. Australien M. 1.50
100 „ „ „ 4.25
50 „ Franz Kolonien „ 1.50
100 „ „ „ „ 3.25
100 „ Span. „ „ 4.—
50 „ Portug. Kolonien „ 2.50
100 „ Engl. Kolonien „ 1.50
50 „ Mark. m. Aufdruck 3.50
100 „ „ „ „ „ 8.50

Familienwappen!

Sinniges Festgeschenk. Historische Auskunft für fast jeden Namen für 1 M.
F. W. Becker, Wappenmalerei,
Dresden-N., Erlenstr. 8. 453

Staniole: Zinnfolien, Compositionsfolien, Bleifolien endlos und i. Format. i. all. Ausführ. fabriziert
Staniol- u. Metallkapselfabrik
vorm. Conrad Sachs G. m. b. H.
Eppstein i. Ts. 413

Gründungs-Jahr: 1858.
SPECIAL-FABRIK für LAGER-WEISSMETALLE
Wm Louis Schöninghaus, Hohenlimburg.
443

Cigarren-Fabriken
Aug. Chr. Steneberg
Barntrup (Lippe)
Feinste Qualitäten, moderne Fassons
415 von 36—200 M.

Etiquetten u. Plakate

über 1000 versch. Muster. Großes Lager, sof. lieferb. Neuanfertigung n. Zeichn.
Rob. Hesse & Co., Magdeburg.
419

Spitzen

Plauener, Mittel- u. bessere Genre in Baumwolle u. Kunstseide, Spitzenkragen u. -Shawls. Eigene Fabrik.
412 **C. P. Fuchs, Plauen.**

427

Deutsche Kolonialschule Witzenhausen-Wilhelmshof a. d. Werra.

Bewährte Vorbereitung, praktisch und theoretisch, für junge Männer von 17 bis 27 Jahren, welche über See einen Beruf als Pflanzungsbeamte, Land- und Viehwirte, Wein- und Obstbauer suchen. Pflanzern und Landwirten steht die Kolonialschule bei Empfehlung von Pflanzungs- und Wirtschaftsgehilfen (Assistenten, Verwaltern usw. unentgeltlich zu Diensten, sie übernimmt jedoch keinerlei Verantwortung für solche, die nur vorübergehend die Deutsche Kolonialschule besucht haben und ohne Empfehlung abgegangen sind. Prof. **Fabarius,** Direktor

Deutsche Export-Firmen.

Aceton, Weinessig etc.
Johs. Oswaldowski, Altona a. E.

Arzneimittel
Bernhard Hadra, Berlin C. 2.
R. Schering, Berlin N. 4.
Ernst Hess, Klingenthal in Sachsen 108.

Asphalt-Dachpappen, tropenfeste.
Elliesen & Michaelis, Hamburg, Holzbrücke 3a.

Baumaterialien.
Elliesen & Michaelis, Hamburg, Holzbrücke 3a.
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Bedachungen, tropenfeste.
Elliesen & Michaelis, Hamburg, Holzbrücke 3a.

Billardbälle
Wilhelm Schuß, Düsseldorf (Elfenbein u. Imitation).

Brauselimonaden-Essenzen
Hugo Mosblech, Cöln-Ehrenfeld 466.

Briefmarken-Albums
C. F. Lücke, Leipzig.

Briefmarken
W. Künast, Berlin W.
Gebr. Michel, Apolda.

Buchbindereimaschinen
Karl Krause, Maschinenfabrik, Leipzig.

Büchsenmacher
Eduard Kettner, Köln-Suhler mech. Gewehrfabrik, Köln.

Bureaumöbel
Fabrik Stolzenberg in Oos (Baden).

Butter
Emil Seeger, Rostock i. Meckl., Langestraße.

Cigarren und Cigaretten
Aug. Chr. Steneberg, Barntrup (Lippe).

Dachdeckung, tropenfeste.
Elliesen & Michaelis, Hamburg, Holzbrücke 3a.

Dauerwäsche
Rudolf Sturm, Essen-Ruhr 4.

Düngefabrikseinrichtungen
Max Friedrich & Co., Leipzig-Plagwitz T.

Düngemittel

Eisenkonstruktionen, transportabel.
Elliesen & Michaelis, Hamburg, Holzbrücke 3a.

Eisenwaren
Fr. Cordes jun., Hamburg XI.
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Eis- u. Kühlmaschinen.
Schüchtermann & Kremer, Dortmund XIII.
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Elfenbein- u. Schildpattwaren
J. Franz Kruse, Hamburg 36.

„Em Rex", Astralit.
Elliesen & Michaelis, Hamburg, Holzbrücke 3a.

Essenzen u. Extrakte für Limonaden.
Willy Zander, G. m. b. H., Halle a. S.

Etiquetten
Rob. Hesse & Co., Magdeburg.

Fahr- u. Motorräder
Wanderer-Werke A.-G., Schönau b. Chemnitz.

Familienwappen
F. W. Becker, Dresden-Laubegast.

Farben
Farbenwerke Wunsiedel G. m. b. H., Wunsiedel (Bayern). (Spez.: Zement- u. Kunststeinfarben.)

Fasergewinnungsmaschinen
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Feld- u. Industriebahnen
Bahnindustrie Act.-Ges., Hannover-Herrenhausen.
Herm. Heinrich Böker u. Co., Remscheid.
R. Dolberg, A.-G., Hamburg.

Glässing & Schollwer, Berlin W.
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Feldstecher
Optische Werke Carl Schütz & Co., Cassel.
R. Treuer, Berlin W.

Fischereiartikel
R. Weber, Haynau i. Schl.

Fleischwaren
Emil Seeger, Rostock i. Meckl., Langestraße.

Fliegenfänger.
Pyramiden-Fliegenfänger-Fabrik Max Dametz, Zeitz.

Geldschränke
Otto Schleiff & Mesenberg, Berlin SW. 68.

Gewehre
Eduard Kettner, Köln-Suhler mech. Gewehrfabrik, Köln.

Glaswaren

Deutsche Export-Firmen.

Gummigewinnungsmaschinen
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Harmonium
Hug & Co., Leipzig.

Heilmittel
Ernst Hess, Klingenthal in Sachsen 108.

Honig
Emil Seeger, Rostock i. Meckl., Langestraße.

Hygiama
(Pulver- u. Tablettenform) konzentriertes, diätisches Nährpräparat Dr. Theinhardt's Nährmittelges., Stuttgart-Cannstatt.

Jagd- u. Sportartikel
R. Weber, Hoflieferant., Haynau i. Schl.

Jagdpatronen
Cramer & Buchholz, Pulverfabriken m. b. H., Hannover.

Jagdutensilien
Eduard Kettner, Köln-Suhler mech. Gewehrfabrik, Köln.

Isoliermaterialien.
Elliesen & Michaelis, Hamburg, Holzbrücke 3a.

Kaffee.
Eduard Schmidt, Wickrathsberg.

Kartonnagenmaschinen
Karl Krause, Leipzig.

Kegelkugeln
Wilhelm Schuss, Düsseldorf (Kegelkugeln aus Pockholz).

Knochenentfettungsapparate
Max Friedrich & Co., Leipzig-Plagwitz T.

Knochenkohle- u. Knochenmehlfabrikseinrichtungen
Max Friedrich & Co., Leipzig-Plagwitz T.

Kochherde
A. Voss sen., Sarstedt b. Hannover.

Koffer
Carl Malchow & Otto, Berlin.

Kollergänge
Max Friedrich & Co., Leipzig-Plagwitz T.

Konserven
Carl Bödiker & Co., Komm.-Ges. a. Akt., Hamburg 8, Asiahaus.
E. C. Kaufmann & Co., Hamburg.

Kugelmühlen
Max Friedrich & Co., Leipzig-Plagwitz T.

Laboratoriums-Einrichtungen

Lager-Weißmetalle
Ww. Louis Ebbinghaus, Hohenlimburg i. W.

Landwirtsch. Maschinen
Fr. Haake, Berlin NW. 21.
C. Herm. Haußmann, Großenhain i. Sa.
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Lebensmittel
Carl Bödiker & Co., Komm.-Ges. a. Akt., Hamburg 8, Asiahaus.
Gebr. Broemel, Hamburg.
Harder & de Voß, Hamburg.
E. C. Kaufmann & Co., Hamburg.
Emil Seeger, Rostock i. Meckl., Langestraße.

Lederfett
Actiengesellschaft Union, Augsburg.

Lederputzmittel
Actiengesellschaft Union, Augsburg (Lederputzcrêmes).

Lederwaren
Carl Malchow & Otto, Berlin.

Lehrmittel
A. Müller-Fröbelhaus, Leipzig.

Leimfabrik-Einrichtungen
Max Friedrich & Co., Leipzig-Plagwitz T.

Limonadengrundstoffe.
Willy Zander, G. m. b. H., Halle a. S.

Mahlmaschinen
Max Friedrich & Co., Leipzig-Plagwitz T.

Mahlsteine
C. Weber & Co., Artern.

Maschinen aller Art.
Buhrbanck, Cunnersdorf i. Rsgb.
Fr. Haake, Berlin NW. 21.
C. Herm. Haußmann, Großenhain i. Sa.
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Maschinenöl.
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Medicamente

Metallputz
Aktiengesellschaft Union, Augsburg (Lederputzcrêmes).

Milch für die Tropen
Hansa-Meierei, Lübeck.

Mineralwasser-Apparate
Willy Zander, G. m. b. H., Halle a. S.

Möbel
C. Prächtel, Hofl., Berlin SW. 19.

Motorboote
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Munition
Cramer & Buchholz, Pulverfabriken m. b. H., Hannover. Jagd- (Spez. Diana-) und Scheibenpulver (Spez. Nassbrand), Schwarzp. u. Rauchlos.

Musikinstrumente.
Adolf Keßler jr., Markneukirchen i. Sa.
Hermann Trapp, Wildstein (Böhmen).

Nähmaschinen
Hermann Köhler, Nähmaschinenfabrik, Altenburg, S.-A.

Nährmittel
Dr. Theinhardt's Nährmittelges. Stuttgart-Cannstatt (Hygiama).

Naturheilanstalten
Walter Fließ, Hamburg.

Netze
Franz Klinder, Neubabelsberg.

Deutsche Export-Firmen.

Obstbaum-Karbolineum
Baese & Meyer, Braunschweig.

Ölgewinnungsmaschinen
Fr. Haake, Berlin NW. 21.
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Optische Waren
R. Treuer, Berlin W.

Papiere
Carl Roscheck, Düren.

Papier - Verarbeitungs-Maschinen
Karl Krause, Maschinenfabrik, Leipzig.

Papier- u. Schreibwaren
Reinhard Rothe, Meissen i. S. (Postkarten, Papier, Briefkassetten, Albums etc.)

Patent-Baueisen-Konstruktion.
Elliesen & Michaelis, Hamburg, Holzbrücke 3a.

Patent-Möbel
R. Jaekel's Patentmöbelfabrik, Berlin SW.

Pflanzen
Peter Lambert, Trier.

Pharmaceut-Präparate
Ernst Hess, Klingenthal in Sachsen 108.
R. Schering, Berlin N. 4.

Photogr. Apparate und Bedarfsartikel
Georg Nentwig, Berlin NW. 7.
Tietgen & Co., Hamburg.

Photogr. Chemikalien
Act.-Ges. f. Anilinfabrikation Berlin SO. 36 („Agfa"-Platwickler u. Spez.).
R. Schering, Berlin N. 4.

Photograph. Platten
Act.-Ges. f. Anilinfabrikation Berlin SO. 36 („Agfa"-Enten und Planfilms).

Pianos
Hug & Co., Leipzig.

Pillen
J. C. Redlinger & Co, Augsburg.

Pillengläser
F. G. Bornkessel, Mellenbach.

Plakate
Rob. Hesse & Co., Magdeburg.

Postkartenalbums
Reinhard Rothe, Meissen i. S.

Pulver
Cramer & Buchholz, Pulverfabriken m. b. H., Hannover.

Putzwolle.
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Raubtierfallen
Haynauer Raubtierfallenfabrik E. Grell & Co., Haynau i. Schl.
R. Weber, Hoflieferant, Haynau i. Schl.

Raubzeugfangmittel
Herm. Klich, Oppeln.

Rohgummi
Walther & Lühmann, Hamburg.

Pianoforte
Hug & Co., Leipzig.

Samen aller Art
Carl Beck & Comp., Quedlinburg.
Liebau & Co., H ofl., Erfurt.

Sattlerwaren
Wilhelm Steinmetz, Berlin NW. 6.

Schaltuhren, automat.
J. G. Mehne, Schwenningen.

Schiffbauanstalten
Schloßwerft R. Holtz, Harburg a. Elbe (Kleinschiffbau).

Schiffsartikel
Fr. Cordes jun., Hamburg XI.

Schlafanzüge.
Arnold Klemm, Hornberg (Baden).

Schotteranlagen, ortsfest, fahrbar u. Automobil
Max Friedrich & Co., Leipzig-Plagwitz T.

Schreibmaschinen
Schäfer & Clauss, Berlin W. 8.
Wanderer-Werke A.-G., Chemnitz-Schönau (Continental).

Schrotmühlen
Fr. Haake, Berlin NW. 21.
C. Herrm. Haussmann, Großenhain i. Sa.
Irus-Werke, Dusslingen (Wttbg.).
C. Weber & Co., Artern.
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Segeltuche
Salzmann & Co., Cassel.

Seife
C. Naumann, Offenbach a. M.

Siebmaschinen
Max Friedrich & Co., Leipzig-Plagwitz T.

Spedition
Math. Rohde & Co., Hamburg.
A. Warmuth, Hofspediteur, Berlin C. 2.

Spitzen
C. P. Fuchs, Spitzenfabrik, Plauen i. V.

Sportproviant
Dr. Theinhardt's Nährmittelges., Stuttgart-Cannstatt (Hygiama).

Staniol
Staniol- und Metallkapsel-Fabrik vorm. Conr. Sachs, G. m. b. H., Eppstein i. T.

Steinbrechmaschinen, patentiert
Max Friedrich & Co., Leipzig-Plagwitz T.

Strenva-Apparate
Walter Fließ, Hamburg.

Touring-Apotheke.
W. Natterer, München.

Transportmittel.
Theod. Wilckens, G. m. b. H., Hamburg u. Berlin.

Tropen-Anzüge
S. Adam, Berlin W., Leipzigerstr. 27/28.
Arnold Klemm, Hornberg (Baden).
Lüttge & Braun, Hamburg, Ferdinandstr. 55/7.
Nürnberg & Co., G. m. b. H., Berlin W. 8.
Johannes Steinberg, Berlin NW. 7.

Tropen-Ausrüstungen
Harder & de Voß, Hamburg (Lebensmittel).
E. C. Kaufmann & Co., Hamburg.
Lüttge & Braun, Hamburg, Ferdinandstr. 55/7.
Nürnberg & Co., G. m. b. H., Berlin W. 8.
Johannes Steinberg, Berlin NW. 7.

Tropenbauten
Deutscher Holzhausbau H. & F. Dickmann, Berlin W. 57.
Elliesen & Michaelis, Hamburg, Holzbrücke 3a.

Tropen-Bekleidung
S. Adam, Berlin W., Leipzigerstr. 27/28
Lüttge & Braun, Hamburg, Ferdinandstr. 55/7.
Nürnberg & Co., G. m. b. H., Berlin W. 8.
Johannes Steinberg, Berlin NW. 7.

Tropenbettstellen
Lüttge & Braun, Hamburg Ferdinandstr. 55/7.

Druck von Paul Dünnhaupt, Cöthen.

Die außergewöhnliche Vermehrung des Umsatzes der Firma seit 1897 wird durch die zunehmende Größe der 6 Matrosen klar veranschaulicht

1897 1899 1900 1903 1908 1910

Carl Bödiker & Co.

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Hamburg, Tsingtau, Hongkong, Canton, Swakopmund, Lüderitzbucht, Windhuk, Ka ibib, Keetmanshoop.

Proviant, Getränke aller Art, Zigarren, Zigaretten, Tabak usw.

unverzollt aus unsern Freihafenlägern,

ferner ganze Messe-Ausrüstungen, Konfektion, Maschinen, Mobiliar, Utensilien sowie sämtliche Bedarfsartikel für Reisende, Ansiedler und Farmer.

Preiskataloge, Prospekte, Anerkennungsschreiben, Kostenanschläge, Bestellformulare und Telegraphenschlüssel auf Wunsch zur Verfügung.

Druck von Paul Dünnhaupt, Cöthen i. Anh.